

Fred's weihnachtliche Seelendämpfe, der Pranger 2016

Mein Ruhestand läuft so wie ich es immer geplant hatte, ich habe ZEIT aber kaum Muße, also schrieb ich auch 2016 auf was mich so alles kratzte und das war eine ganze Menge.

Zu Gittas Leidwesen huldige ich dem Grundsatz FREUDE ist nichts anders als ein Mangel an Information und da es 2016 schon ein paar tolle „Informations“ Schmankekerl gab waren meine kratzige Gedanken nah. Gedanken die ich einfach festhalten mußte.....



Vor allem kratze mich die Angst derer da oben vor denen da unten.

DIREKTE DEMOKRATIE

gemäß Schweizer Vorbild, sicher NEIN, unsere Parteienfilzokratie bleibt so wie sie ist.

Statement von Herr Kern, z. Zt. österr. Bundeskanzler

Gefragt, warum die FPÖ für so viele Wähler so attraktiv sei, gab Bundeskanzler Christian Kern jüngst in einem Gespräch mit der deutschen „Zeit“ Interessantes zu Protokoll.

„Die Wähler wollen das System und die Eliten auf den Knien sehen“, meinte er, „weil sie sich deklassiert, ausgeschlossen und nicht ernst genommen fühlen.“ Daran ist richtig, daß es dieses Bedürfnis, nicht nur eine längst obsolet gewordene Regierung einfach gegen eine – hoffentlich – bessere auszutauschen, sondern „die Eliten auf den Knien sehen zu wollen“, wirklich und weitverbreitet gibt.

Da geht es nicht einfach um einen demokratischen Machtwechsel, da geht es um ein diffuses Bedürfnis nach Genugtuung, ja sogar nach Rache. Leider erklärt Kern aber nicht, was die Ursache dieser unbestreitbaren Gemütslage ist. Sein Satz kann ja so verstanden werden, daß tatsächlich viele Menschen „deklassiert, ausgeschlossen und nicht ernst genommen“ wurden und werden. Das wäre nach einem halben Jahrhundert größtenteils sozialdemokratischer Bundeskanzler ein interessanter Befund. Oder aber er meint, der Wähler unterliege einem Wahrnehmungsirrtum. Dann stellt sich natürlich schon die Frage, warum der gleiche Wähler, der offenbar zu blöd ist zu erkennen, daß er eh nicht „deklassiert und ausgeschlossen“ ist, klug genug sein soll,

über 1500 Seiten dicke Freihandelsverträge abzustimmen wie jüngst in den Reihen der SPÖ.

Erklären läßt sich die maßlose Wut vieler, die Kern ja korrekt diagnostiziert, möglicherweise auch ohne Wählerbeschimpfung, aber mit einem klaren Blick auf die vergangenen zehn Jahre. In diesen wurden die Wähler – nicht nur in Österreich – von den Kern'schen Eliten nämlich in einem bemerkenswerten Ausmaß politisch betrogen, ohne daß sie so recht sehen konnten, was gegen diese Betrügerei unternommen werden könnte. Vieles, was ursächlich nichts miteinander zu tun hat, hat sich da amalgamiert.

Als Betrug epischen Ausmaßes empfinden viele Wähler, daß die Eliten ab dem Sommer 2015 eine Völkerwanderung zugelassen oder zumindest nicht verhindert haben, die von der Mehrheit der Menschen so nicht gewollt wurde und wird. Und für die es keine wirkliche demokratische Legitimation gegeben hat.

Betrogen fühlen sich die Bürger um die elementarste aller Verpflichtungen des von ihnen finanzierten Staates, nämlich die Aufrechterhaltung der Kontrolle über die innere Sicherheit. Seit Migranten Polizisten an der Grenze einfach beiseite geschoben haben, ist dieses Gefühl nicht zu Unrecht virulent geworden.

Deshalb wollen so viele die Eliten „auf den Knien sehen“, und man wird das verstehen können. Daß keiner der damaligen Entscheidungsträger je in irgendeiner Form zur Rechenschaft gezogen werden wird, dämpft dieses Bedürfnis nicht wirklich. Betrogen fühlen sich auch immer mehr Wähler um das einstige Versprechen der Eliten, der Euro werde genauso hart, stabil und sicher wie der Schilling oder die Mark werden, ihre Ersparnisse seien sicher wie der Goldschatz von Fort Knox. Heute dämmert diesen Menschen, daß auch diese Versprechen gleich multipel gebrochen worden sind. Ihre Lebensersparnisse schmelzen dank der Kombination aus Nullzinspolitik der EZB und (staatlich befeuerter) Inflation dahin, Daseinsvorsorge ist nahezu unmöglich geworden. Damit fühlen sie sich in einem zweiten zentralen Anspruch an die Politik betrogen.

Gleichzeitig treten die Eliten dem Bürger in vielen Fällen mit einer Arroganz, Anmaßung und Unverfrorenheit entgegen, die eine klare Botschaft kommuniziert: Wir haben nichts gelernt. Wir teilen uns Macht, Jobs und Geld weiter auf wie eh und je, wir packeln und mauscheln wie gewohnt, und wenn der Wähler ob des Staatsversagens verzweifelt, erklären wir ihn zum Deppen, der unsere Staatenlenkerkunst einfach nicht zu würdigen weiß. Eigentlich wäre es also ein Wunder, würden die Wähler nicht diese Eliten „auf den Knien sehen“ wollen.

In meinen Augen ist dies eine existentielle Krise, die nur in einem neuen gesellschaftlichen Konsens aufgelöst werden kann.

Nationalratswahlen

Wäre kurzfristig die Wahl des Nationalrates, ich wüßte nicht wem ich meine Stimme geben sollte, wahrscheinlich würde ich „weiß“ wählen, also ungültig. Rot und Schwarz haben nun schon jahrzehntelang eine derartige niederträchtige „Nicht Regierung-Performance“ hingelegt, daß diese Einflüsterungs -Filzokratie für mich unwählbar ist, obwohl man zumindest bei beiden so ungefähr weiß WIE sie ticken.

SOZIALISMUS

Kaum eine andere wirtschaftspolitische Idee ist so offensichtlich und nachhaltig gescheitert wie der Sozialismus. Gleich, in welcher Dosierung er angewendet worden ist, mal hochkonzentriert wie bis 1989 in der Sowjetunion und ihren osteuropäischen Vasallenstaaten, mal vergleichsweise niedrig dosiert und mit menschlichem Antlitz wie im Schweden der 1980er-Jahre: Am Ende stand immer ein ökonomisches Scheitern (in Schweden in Form einer Fast-Staatspleite). Und je höher dosiert der Sozialismus, umso spektakulärer das Scheitern.

Venezuela, wo die Menschen mittlerweile hungern müssen, obwohl sie auf gigantischen Ölvorräten leben, ist das aktuellste Beispiel für die Belastbarkeit dieser Regel.

Der Sozialismus hat vielen Menschen beigebracht, sie besäßen Ansprüche, ungeachtet ihrer Leistung, ungeachtet ihrer Mitwirkung. Urteilen wir nach den Moralvorstellungen, die die erweiterte Ordnung der Zivilisation entstehen ließen, so stiften die Sozialisten die Menschen zum Rechtsbruch an. (Friedrich von Hayek)

Die SCHWARZEN

Aus lauter Machtgier hat sich Schüssel seinerzeit mit Haider ins Regierungsbett gelegt. Die Minister die uns die Blauen dann in die Regierung entsandten hatten nahezu alle ein Niveau das ich, ohne Gefahr zu laufen langwierigen Ehrenbeleidigungsprozessen ausgesetzt zu sein, nicht kommentieren kann.....

Die Österreicher haben diese „EHE“ nicht vergessen, die Wahlergebnisse zeigen es.

BLAUE und GRÜNE

Bei beiden ist das Wissen wofür sie tatsächlich stehen FÜR MICH nicht so richtig ersichtlich, aber sie haben eine Gemeinsamkeit. Jede dieser Parteien hat eine viel zu große Bandbreite. Bei den Blauen sitzen an dem einen Ende immer noch Nazis und am anderen Ende der Bandbreite sind die echten Liberalen.

Bei den Grünen sieht die Sache für mich so aus. Ein Ende der Bandbreite ist tatsächlich grün und das andere Ende stellt praktisch verkappte Kommunisten dar.

Und ich möchte weder Nazis nach Kommunisten wählen, ihnen eine Regierungschance geben.

Das „Team Stronach“.

Altmeister Stronach hat, aus wirtschaftlicher Sicht, hervorragendes geleistet, das muß ihm erst jemand nachmachen!

Von der Politik sollte er die Finger lassen. Ich kenne kein Vorbild das sich anlässlich einer TVrunde, einem politischen Suizid nicht unähnlich, so ins eigene Knie geschossen hat. Seine zusammengekaufte Mannschaft ist sicherlich zu vielen zu gebrauchen, aber Politiker sehen anders aus. Auch dann wenn der Altmeister keine unbrauchbaren Zurufe getätigt hätte.

Die Neos

Diese Partei prangert nur die mehr als vielfältig gegeben tatsächlichen Unzulänglichkeiten an.

Über realistische Lösungsvorschläge denkt dort offensichtlich keiner nach, die sind mit dem Anprangern voll ausgelastet. **Aber das ist eindeutig zuwenig für eine Regierungspartei.**

Leere Versprechungen

Ein großartiger Vertreter dafür ist einer meiner deutschen Freunde



Er machte nicht nur leere Versprechungen, erhielt sie auch.

Subvention der Gemeinde Wien

Die 19.000 Euro **Jahres-Förderung** für **Leih-Omas** kann sich die Stadt Wien offenbar nicht mehr leisten, das Füllhorn an Subventionen wird aber dennoch reichlich ausgeschüttet.

Hier sind die skurrilsten Subventionen aufgelistet:

#1. Ganz vorne in der Subventions-Hitparade: Der „**Verein für weiblichen Spielraum**“ im Kosmos Theater durfte sich über 600.000 Euro freuen.

#2. Geradezu mit einem Bettel wurde hingegen der **Verein für physische Kommunikation in der darstellenden Kunst** abg gespeist-hier gab es "nur" 70.000 Euro.

#3. Den gleichen Betrag bekam **Im_flieger: Verein zur Förderung performativer Kunst**, überwiesen.

#4. Über 190.000 Euro Unterstützung freute sich der **Theaterverein toxic dreams**, laut eigener Homepage "liars... cheap dancers... risk takers... bad gamblers... we love the old fashioned, big acting style theatre, we don't know what to do with it".

#5. Der Film "**China Reverse**" lockte zwar nur 1189 Besucher ins Kino - dafür ließ die Stadt Wien aber immerhin 19.190 Euro an Unterstützung springen.

#6. Der **Austro-Brasilianische und Afro-Brasilianische Verein** setzte einen "Brasilien-Tag" an. Motto: Nachdenken über Veränderung durch Musik. 1500 Euro.

#7. Der Film "**Arbeitsrechte in der Bekleidungsindustrie**" war zwar kein Blockbuster, 4000 Euro Subvention gab es aber schon.

#8. Immerhin 509 Euro bekam Ö3-Moderator **P.A. Straubinger** für seine umstrittene Doku "Am Anfang war das Licht", das sich für "Lichtesser" einsetzte. Der ORF zeigte das unfaßbare Machwerk sogar im Hauptabendprogramm und trat damit einen Shitstorm los.

#9. Über den Bettel von 1000 Euro konnte sich der **Verein für die akademische Forschung und Entwicklung der Zaza-Sprache** erfreuen. Zur Aufklärung: Das ist eine eigenständige Sprache des nordwestlichen Zweigs der iranischen Sprachen.

#10. Und mit den richtigen Teasern gibt es 1500 Euro aus Steuergeldern. **Die Nestbeschmutzer & Innen - Verein zur Förderung innovativer Theaterarbeit - Schwerpunkt Politsatire - mit Einbeziehung der Genderthematik** wissen offenbar, welche Schlagwörter notwendig sind, um städtische Unterstützung lukrieren zu können.

#11. Sogar 2000 Euro war den Stadtoberen ein weibliches Thema wert. Der - kein Scherz - **Frauenkultur-Menstruations-Körperweisheit-Verein zur Förderung eines wertschätzenden Umgangs mit dem Thema Menstruation als positiv praktizierte Frauenkultur** - lud damit zur nicht rasend toll besuchten Lesung "Die glückliche Gebärmutter".

#12. Und City4U zieht den Hut vor dem Einfallsreichtum des **1. Ober St. Veiter Huatklubs**: Zur "Erhaltung der Hut- und Wirtshauskultur" ließ die Stadt einen Tausender springen.

Einige Statements von Politikern zur Flüchtlings Problematik

"Das was in Deutschland passiert ist, möchten wir nicht in der Slowakei! Ich werde es nicht zulassen, dass sich muslimische Siedlungsgebiete in der Slowakei bilden, diese stellen für europäische Frauen eine Gefahr dar, ihre Integration ist unmöglich."

Robert Fico, Ministerpräsident der Slowakei



"Falls Sie in einem Land leben, in dem Sie für das Fischen ohne Anglerschein bestraft werden, jedoch nicht für den illegalen Grenzübertritt ohne gültigen Reisepass, dann haben Sie das volle Recht zu sagen, dieses Land wird von Idioten regiert."

Milos Zeman, Präsident der Tschechischen Republik



"Europa soll der Kontinent der Europäer bleiben, Ungarn das Land der Ungarn. Wir haben ein Recht darauf zu beharren, unsere ethnisch-kulturelle Identität zu bewahren. In einem Teil der Medien und Politik Europas gibt es einen selbstmörderischen Liberalismus."

Viktor Orbán, Ministerpräsident von Ungarn



Offensichtlich haben sich diese Gentleman den Wahnsinn dieser Völkerwanderung tatsächlich angesehen, Frau Merkl hätte es auch tun soll, tat es aber nicht.

Die Frage ist, wäre dann Ihre sprachlichen Absonderungen anders gewesen?

Humanität, eine Tochter der Zeit

Was passiert, wenn ein interessierter Staatsbürger einen höflichen Brief an das Innenministerium schreibt, in dem er sich erkundigt, ob die Politik der offenen und unkontrollierten Grenzen im Herbst 2015 eigentlich rechtlich gedeckt sei?

Er bekommt eine jedenfalls interessante Antwort:

„Ohne auf die dafür ausschlaggebenden Momente einzugehen, darf ich dazu die Situation in Erinnerung rufen, vor der die Grenzkontrollorgane letzten Herbst standen. Tausende Flüchtlinge haben sich auf den oft lebensgefährlichen Weg gemacht, um Schutz und Hilfe in einem fremden Land zu finden, und gelangten auf ihrer Route an die österreichische Bundesgrenze. Unter ihnen befanden sich alte und gebrechliche Menschen genauso wie Kleinkinder und Babys. Sie verfügten meist nicht einmal über ausreichende Mittel, um ihre notwendigsten Grundbedürfnisse selbst befriedigen zu können. Eine den Menschenrechten verpflichtete Polizei konnte in dieser Situation keine andere Entscheidung treffen, als auf die sich aus dem Schengener Grenzkodex ergebende Möglichkeit zurückzugreifen und diesen Menschen aus humanitären Gründen die Einreise zu gestatten. Um nochmals den rechtlichen Aspekt zu betonen und damit dem Vorwurf der Gesetzeswidrigkeit entgegenzutreten, soll betont werden, daß die gewählte Vorgangsweise ihre rechtliche Deckung in der unmittelbar anwendbaren Vorschrift des Schengener Grenzkodex fand und daher im Einklang mit den rechtlichen Rahmenbedingungen agiert wurde.“

(Schreiben des Bundesministeriums für Inneres vom 21. September 2016)

Das ist insofern recht aufschlußreich, als zeitgleich zu diesem Brief die Republik in den vergangenen Wochen weitere kilometerlange Sperranlagen an der Staatsgrenze Süd hochziehen oder vorbereiten ließ, mit deren Hilfe künftig verhindert werden soll, daß nach allfälligem Erreichen der sogenannten Obergrenze heuer oder eher 2017 Migranten österreichisches Hoheitsgebiet erreichen können.

Daraus ergibt sich eine interessante Frage. Denn es kann ja jederzeit passieren, daß sich wieder ein paar hunderttausend Menschen gleichzeitig auf den Weg Richtung Norden machen; für genau diesen Fall werden die Zäune errichtet. Was aber, wenn dann abermals Flüchtlinge, darunter „alte und gebrechliche Menschen genauso wie Kleinkinder und Babys“, an der Staatsgrenze stehen? Werden die dann, Obergrenze hin oder her, ins Land gelassen wie 2015, mit der gleichen Begründung? Oder gilt dann plötzlich, daß die Grenze dichtgemacht wird, egal wer Einlaß begehrt? Ist Letzteres geplant, stellt sich natürlich die Frage: Warum wurde es nicht schon im Herbst 2015 so gehandhabt?

Daß Humanität auch nur eine Tochter der Zeit oder gar der öffentlichen Meinung ist, will ich nicht annehmen.

Sollte 2017 gelten, was 2015 galt – „Eine den Menschenrechten verpflichtete Polizei konnte in dieser Situation keine andere Entscheidung treffen, als (...) diesen Menschen aus humanitären Gründen die Einreise zu gestatten“ -, dann ist der ganze Grenzzaun womöglich bloß ein potemkinscher Zaun, der vorspiegeln soll, was real gar nicht existiert.

Für zweckdienliche Hinweise der Bundesregierung, was da nun gilt, wäre die Bevölkerung gewiß überaus dankbar.



Syrische Staatsbürger werden zu Türken ummodelliert

Es scheint so zu sein, daß Erdogan Millionen von Syrern die Türkische Staatsbürgerschaft geben will (das bringt ihm Stimmen) – aber was bedeutet das in für uns in der Zukunft?

Es ist ganz egal was wir die Bevölkerung wollen, unsere POLITIKER werden der Visumsfreiheit für Türken zustimmen, sie wird Gesetz werden. Und damit können praktischerweise alle Türken z.B. ganz legal in A und D einreisen.

Dank dieser Visaregelung kann die "Türkei" alle nicht brauchbaren "Sozialfälle" (egal ob Türke oder Syrer) nach D und/oder A abschieben - die "guten" bleiben in der Türkei. Die Systemkritiker Kurden usw. können dann ebenfalls abgeschoben werden – bzw. gehen freiwillig, es haben ja inzwischen viele enge Verwandte in A und/oder D.

Unsere Wohlfahrtsdemokratie hat eine eigene Dynamik, die so beschaffen ist, daß, wenn sie sich ungehindert auswirken darf, sie möglicherweise oder sogar sehr wahrscheinlich die Selbstzerstörung unseres demokratischen Systems herbeiführen wird.

Der Informationsgehalt unseres ORF Lochs

Am 21.06.2016 berichtete das staatliche u.a., daß McDonald's in Venezuela den Verkauf seines Big Mac einstellen mußte und begründete diese Meldung mit der Feststellung „es gab keine Laberl“.

21.10.2016 > ORF Stmk.

Die Österreichischen Bundesforste (ÖBf) bauen im Rahmen eines EU-Projektes Flugschancen für Raufußhühner. Damit soll der Lebensraum der Hühner im Ausseerland artgerecht gestaltet und verbunden werden.“

Mein Kommentar dazu:.....: nein lieber nicht, nicht schon wieder.....

Ich bin mir sicher diese Meldungen und eine Unzahl anderer Nachrichten waren in ihrer Wichtigkeit für praktisch jeden Österreicher von eminentem Interesse.

Oh ORF Loch...auf der einen Seite die Zwangsgebühr und auf der anderen Seite Werbung, Werbung und nichts als Werbung, oder blöde Meldungen.

Wenn schon Zwangsgebühr dann KEINE Werbung oder WERBUNG und dann keine Zwangsgebühr.....beides ist eine Zumutung.

Da in Österreich und auch in Deutschland alle Medien praktisch gleichgeschaltet sind, (in den USA übrigens auch) wird nur in ausländischen, noch so halbwegs freien, Medien ausgewogen über das was weltweit wirklich wichtig und interessant ist, berichtet. Erich Honecker, würde er noch leben, hätte seine wahre Freude mit der uniformen Wahrheitsproduzenten in Österreich, Deutschland und den USA.

Es gibt in der EU (noch!) keine „EU Pressekommission“ und auch keine Zensurbehörde, aber irgendwo muß es ein „Ministerium für Wahrheit“ geben, das Empfehlungen für den Umgang mit heiklen Themen gibt und auch konkrete Vorschläge macht, wie man Situationen beschreiben und interpretieren sollte. Aus diesem Ministerium kommt sicherlich auch die Maßgabe, zwischen Amokläufern und Terroristen zu unterscheiden und so lange von einem Amoklauf zu sprechen, bis man bei dem Amokläufer einen Mitgliedsausweis des IS gefunden oder der IS ein Bekennervideo des Täters ins Netz gestellt hat. Dann ist der Amokläufer ein mutmaßlicher Terrorist, wobei man

immer noch unterscheiden muß, ob er „auf Anweisung einer terroristischen Organisation“ gehandelt hat oder nur von ihr „inspiriert“ war, weiters muß man noch prüfen, ob er als Junge in der Schule gar gemobbt wurde, was sowohl die Entwicklung zum Amokläufer wie auch zum Terroristen erklären könnte.

Die meisten deutschsprachigen Medien & Journalisten sind heute konditioniert wie ein pawlowscher Hund. Nach jedem neuen Massaker starten sie wie auf Knopfdruck ihre Relativierungs-, Verschleierungs- und Beschwichtigungsmaschinerie. Das jeweils (fast Wochen-) aktuelle Blutbad, der jeweilige Attentäter wird solange durch die mediale Experten-, Talkrunden- und Psychomühlen gedreht, bis nur noch inhaltsleerer Sprachschrott (Blitzradikalisierung etc.) und politisch-korrektur Meinungsbrei herauskommt. Die Bürger werden von diesem Schwall an byzantinischem Geschwurbel ganz gewollt sediert.

Man konzentriert sich auf Nebensächlichkeiten, Befindlichkeiten und legt ganz bewußt auch falsche Fährten, um ja nicht in die Nähe des eigentlichen Problems zu kommen. Das wäre für die Propagandisten der gescheiterten Willkommenskultur und der Multikulti-Ideologie fatal. Das gilt es offensichtlich unter allen Umständen zu vermeiden.

Wie lange sie ihre dämmliche Taktik angesichts der immer schnelleren Abfolge von Attentaten – die in Wahrheit eigentlich Kriegshandlungen sind – und der Eskalation des **Clash of Cultures** durchhalten können, haben sie sich wahrscheinlich noch nicht überlegt. Wie Herr und Frau Biedermann hoffen die Gutmenschen, daß sich doch noch alles in Wohlgefallen auflösen wird, manche glauben, nach wie vor, auch an die unbefleckte Empfängnis.....

Derzeit versucht man den Heiligen Krieg, der gegen uns geführt wird, mit völlig untauglichen Mitteln zu analysieren. Man ignoriert das große Ganze, jedes Massaker wird als singuläres Ereignis betrachtet und dargestellt. Mal war es ein psychisch Gestörter, dann wieder ein Racheakt, eine Verzweiflungs- oder Beziehungstat und wenn es gar nicht mehr anders geht, eben auch ein islamistischer Anschlag, aber immer sind es ganz unterschiedliche Motive und Ursachen. Zusammenhänge müssen ignoriert werden, damit in der Öffentlichkeit kein beängstigendes Gesamtbild entstehen kann.

Die unzähligen staatlichen Hofschranzen, sprich Experten, versuchen eine Dampfmaschine mit Uhrmacherwerkzeug zu zerlegen und wundern sich, warum sie jedes Mal kläglich scheitern, warum ihre Prognosen und Analysen immer daneben liegen. Diejenigen, die schon seit Jahren all das, was derzeit passiert, präzise vorausgesagt haben, gelten nicht nur nicht als Experten, sondern als Aufwiegler und Hetzer. Eine politisch-korrekte Logik. Über ihren eurozentristischen Tellerrand schauen unsere geschwätzigten Politiker und TV-Experten selten. Es ist nämlich vollkommen egal, ob der jeweilige Attentäter direkt vom IS beauftragt worden ist, sich „blitzradikalisiert“ hat oder ob er einfach gemäß den Zielen der islamistischen Ideologie gehandelt hat. Europa befindet sich im Krieg, auch wenn Politiker und Medien alles daransetzen, diese Tatsache solange zu verschleiern, solange es nur irgendwie geht. Den Islamisten ist das egal, ja, sie haben dieses duckmäuserische Verhalten längst in ihre Kriegsstrategie erfolgreich mit einbezogen. Wahrscheinlich sind selbst die Islamisten über die ausbleibenden Reaktionen und die ausbleibende Gegenwehr überrascht.



Mit jedem neuen Blutbad wird die politisch-korrekte Elite offensichtlich ein bißchen klüger. Hatte nach Würzburg etwa Deutschlands **GRÜN Renate Künast** noch die Polizei für ihren Einsatz kritisiert, hat sie nach München und Ansbach einfach ihren Mund gehalten. **Endlich!**

Ein gewaltiger Fortschritt. Denn mehr ist von solchen Leuten ohnehin nicht zu erwarten. Alle anderen

haben geradezu überschwänglich den Polizeieinsatz im München gelobt. Langsam bemerken selbst grüne Gutmenschen, daß sie ohne „faschistische Bullenschweine“ doch ziemlich wehr- und hilflos dastehen.

Wenn die Grünen an politische Macht kommen, dann würde unser Staat aussehen als ob „Guns N' Roses“ einen Boxenstop eingelegt hätten.

Morgens, vor den ersten Sonnengrüßen, würde uns ein Drink aus zerstoßenen Drachenkrallen und getrockneten Mimosen amtlich verordnet werden und anschließend sind Kräuterteestunden angesagt mit Leuten die es 'gemütlich' haben und Sätze wie: "ich habe meine Mitte gefunden", von sich geben.....

Doch zurück zu den Islamisten. Ihre Stärke liegt vor allem in der Schwäche Europas. In einem Krieg fragt man nicht, ob Soldat XY eine schlechte Kindheit, psychische Störungen oder Neurosen hat. Das ist völlig unerheblich. Er ist ein gegnerischer Kämpfer. Punkt. Die Heerschar an Experten, Psychologen, Feministen, Soziologen und all die anderen Schwätzer versuchen irrelevante Nebenaspekte mit untauglichen Mitteln zu analysieren, sie sind damit Teil des Problems, die fünfte Kolonne der Islamisten. Schuld an den Blutbädern sind, wenn man nicht mit psychischer Störung durchkommt, in der Regel soziale Ungerechtigkeiten und Ausgrenzung, etwas Anderes hat man in den Schulen, Universitäten nie gelernt. Darüberhinausgehende Überlegungen finden nicht statt, alle anderen Aspekte werden ausgeblendet. Zumindest heute noch, aber wie lang noch?

Nach mehreren Blutbädern mit vielen Toten und Verletzten gibt die Politelite nun zumindest zu, daß wir ein kleines Problem haben könnten; eventuell. Selbst das hat man bis vor kurzem noch abgestritten. Der germanische Innenminister de Maizière hat angekündigt, man wolle nun das „subjektive Sicherheitsempfinden“ der Menschen erhöhen. Sprich, es sei zwar eh alles mehr oder weniger in Ordnung, aber mit ein paar symbolischen Handlungen (etwa leere Polizeiautos in Fußgängerzonen abstellen) und anderen Alibiaktionen sollen sich die Leute etwas sicherer fühlen. Wohl gemerkt fühlen, nicht sein. Das ist zwar angesichts der vielen echten und nicht gefühlten Opfer extrem zynisch, aber für die abgehobene politisch - korrekte Elite ist selbst dem einen Schritt nach vorne. Noch ein paar Massaker, noch ein paar Dutzend Tote und wir sprechen vielleicht nicht mehr von subjektiven Ängsten und Gefühlen, sondern darüber, wie man die Sicherheit im Land ganz konkret erhöhen kann

und davon, daß „wir“ nicht mit Terror und Massakern leben müssen. Bis dahin werden aber noch viele Menschen in Europa in die Luft gejagt, überfahren, geköpft, erstochen, erschossen und vergewaltigt.

Der blinde Fleck im Auge der „Gerechten“

Alle Steuerbürger für die anhaltende Unfähigkeit der Regierenden, längst überfällige Reformen auf Schiene zu bringen, Milliarden zahlen zu lassen – das ist die wahre Ungerechtigkeit in Österreich aber auch in vielen anderen Staaten wie z.B. in Irland, Luxemburg etc. etc.

Wahlkampf dräut am Horizont, wir stecken also bereits mitten in der von der Kanzlerpartei SPÖ forcierten Gerechtigkeitsdebatte.

Die Ausgangslage:

Mit den bestehenden Einnahmen wird Österreich nicht auskommen, sagt der Bundeskanzler. Was sich am besten mit der Wiedereinführung von Vermögens- und Erbschaftssteuer, einem Abbau der Agrarsubventionen und mit einer Beseitigung der – unzweifelhaft vorhandenen – Steuerprivilegien der Bauern reparieren ließe.

Nicht, daß man über all diese Punkte nicht diskutieren könnte. Da gibt es viele Pro- und Kontraargumente. Allerdings kann man die Gerechtigkeitsdebatte, wenn man sie schon führen will, ruhig ein bißchen weiter fassen. Denn die öffentlichen Hände kommen mit ihren Einnahmen ja jetzt schon bei Weitem nicht aus, obwohl ihnen dafür der schier unerschöpfliche Quell einer der höchsten Steuer- und Abgabenquoten der zivilisierten Welt zur Verfügung steht. Es ist also nicht so, daß die Steuerzahler zu wenig einschießen. Sondern vielmehr so, daß die Regierungsparteien, tatkräftig unterstützt von den Landeshauptleuten, permanent mehr Geld beim Fenster raus schaufeln, als hereinkommt. Wir haben eindeutig kein Einnahmen-, sondern ein (ziemlich gravierendes) Ausgabenproblem.

Fragen wir also:

- Ist es gerecht, die Steuerbürger für die Unfähigkeit der Regierenden, längst überfällige Verwaltungs-, Föderalismus- und Gesundheitsreformen auf Schiene zu bekommen, zahlen zu lassen? Experten, egal ob Wirtschaftsforscher oder Rechnungshof, kommen da auf Einsparungspotenziale im niedrigen zweistelligen Milliardenbereich. Selbst wenn nur ein Teil der Expertenvorschläge, die seit Jahren ausformuliert in den Laden des Bundeskanzleramts und der diversen Ministerien vergammelt, realisiert würde, würde das den möglichen Erlös der SPÖ „Gerechtigkeitssteuern“ bei Weitem übersteigen.
- Ist es gerecht, die Steuerbürger dafür zahlen zu lassen, daß einzelne Bundesländer Pensionsreformen einfach nicht umsetzen und damit Mehrausgaben im mittleren dreistelligen Millionenbereich provozieren? Und daß Länder wie Wien und der Staatsbetrieb ÖBB ihre Mitarbeiter im Schnitt weit unter 60 auf

Regimentsunkosten in die Pension verabschieden, was allein bei der Bahn einen höheren dreistelligen Millionenbetrag im Jahr kosten dürfte?

- Ist es gerecht, die Steuerbürger dafür zahlen zu lassen, daß die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst so sind, daß dort die Krankenstände bis zu dreimal so hoch wie in der Privatwirtschaft gegeben sind und (laut Rechnungshof) in manchen Bereichen bis zu 80 Prozent der Beschäftigten krankheitshalber in Frühpension gehen? Oder liegt das vielleicht gar nicht an den Arbeitsbedingungen?
- Ist es gerecht, die Steuerbürger dafür zahlen zu lassen, daß Länder (Niederösterreich, Kärnten, Wien, Salzburg) und Gemeinden (Linz) mit unglaublichen Summen aus der Steuerkasse unglaublich schlecht auf internationalen Finanzmärkten herum zockten und verdammt viel Geld dabei verspielten?
- Ist es gerecht, die Steuerbürger dafür zahlen zu lassen, daß das Landwirtschaftsministerium zweifelhafte Projekte mit hunderten Millionen „überfördert“ (und bei Kritik durch den Rechnungshof auch noch pampig wird) und daß eine längst zum Selbstzweck gewordene Agrarförderungs-Verteilungsmaschinerie mit Zähnen und Klauen Steuerprivilegien (wie etwa die Steuerpauschalierung für relativ große Landwirtschaftsbetriebe) verteidigt?
- Ist es gerecht, den Steuerbürgern die Rechnung für einen völlig außer Rand und Band geratenen Föderalismus aufzubürden, der nach dem Motto „der Bund zahlt – und wofür wir das Geld ausgeben, geht keinen was an“, funktioniert?

Man sieht schon an diesen wenigen, willkürlich herausgegriffenen Beispielen: Die Gerechtigkeitsdebatte kann schnell ausufern, wenn man ein wenig ins Detail geht. Und sie dreht sich sehr schnell von Steuererhöhungen zu Effizienzsteigerungen. Denn selbst wenn man die oben genannten „Ungerechtigkeiten“ nur sehr vorsichtig beseitigt, kommt dabei ein Vielfaches jeder möglichen Steuererhöhung heraus. Mit dem angenehmen Nebeneffekt, daß sich auch die Effizienz des Staates deutlich verbessert. Was auf Dauer wirklich positive Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft hätte. Denn daß man Budgets über die Einnahmeseite sanieren kann, glauben wohl nur noch sehr naive Mitmenschen. Ohne die Strukturen zu ändern, führen Mehreinnahmen auf direktem Weg zu Mehrausgaben – und damit sehr schnell in die nächste „Gerechtigkeitsdebatte“.

Natürlich kann und sollte man auch über eine Umgestaltung des Steuersystems diskutieren. Denn daß hierzulande der Erwerb von Vermögen (etwa durch Arbeitseinkommen) steuerlich erschwert, dafür aber der Besitz von Vermögen steuerlich stark begünstigt wird, ist eine Asymmetrie, die uns von anderen marktwirtschaftlichen Ländern (Schweiz, USA, um ein paar zu nennen) deutlich unterscheidet.

Dann reden wir aber bitte über eine Umgestaltung, die Arbeit wieder leistbar macht. Und nicht über das simple „Draufpappen“ zusätzlicher Steuern auf jetzt schon geschmalzene Steuerquoten. Denn das hat mit Gerechtigkeit, auch wenn uns das ein paar Linke permanent eintrichern wollen, wirklich nichts zu tun.

Ich bin der Meinung, eine Unzahl grundlegender Gesetze des Bundes, (Bundesverfassung) der Länder und der Gemeinden müßten dringendst geändert werden.

Brauchen wir Bürger wirklich überall einen teuren Bürgermeister oder genügt ein Gemeinderatspräsidium das die kommunalen Aufgaben erfüllt, ein Gremium das spätestens nach 4 Jahren, ohne der Möglichkeit der (sofortigen) Wiederwahl, neu gewählt wird.

Ein Gemeinderatspräsidium in dem durchaus Platz sein muß für Vertreter aller politischen Parteien aber auch für parteifreie Personen. Dieses Gemeinderatspräsidium sollte durch das Volk in direkter und geheimer Wahl gewählt werden und dabei die einzelnen Leitungsfunktionen (geschäftsführende Stadträte) ohne politische Kungelei besetzt werden.

Obligatorische, rechtsverbindliche Volksabstimmungen müssen jeden Herbst und Frühjahr auf Gemeindeebene darüber abgehalten werden ob die ins Auge gefaßten und einen gewissen Betrag übersteigenden Investitionen auch tatsächlich gemacht werden.

Brauchen wir einen Landhauptmann oder genügt ein Regierungspräsidium, das jährlich neu gewählt wird von einem Landesparlament?

Brauchen wir einen Bundeskanzler?

Brauchen wir wirklich einen Bundespräsidenten oder könnte dieses Amt samt „Stab“ ersatzlos gestrichen werden. Das höchste Amt im Staat ist der Präsident des Parlaments.

Zu fordern ist, daß der Bundesrat aus Kostengründen auf nur je zwei Mitglieder jedes Bundeslandes verringert wird und nicht eine Abstellkammer ausgedienter Parteiapparatschiks ist.

Hinterfragen wir einmal warum haben die Finanzhoheit nicht die Bundesländer / Gemeinden anstatt der Bundes? Es würde dadurch ein gewisser Steuer-Wettbewerb (innerhalb gewisser Leitplanken) entstehen, wer wirtschaftet besser..... die Besteuerung in den einzelnen Kantonen der Schweiz ist äußerst unterschiedlich, hier funktioniert dieser Wettbewerb.

Unsere österr. Verfassung ist ein wundersamer Keuschheitsgürtel, zu dem die Lady selbst den Schlüssel besitzt und sie öffnet diesen jederzeit nach Bedarf, Laune und Befindlichkeit.....

WASSER

Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht, Wasser ist ein öffentliches Gut und keine Handelsware, so meine ich.

Die EU-Kommission will den Markt für die Privatisierung der Wasserrechte freigeben. Monitor hat darüber eine Sendung ausgestrahlt: „**Geheimoperation Wasser**“ und erklärte in dieser Sendung, wie (und auf wessen Bestreben hin) die EU-Kommission Wasser zur Handelsware machen will. Es geht darum, daß die EU-Zuständigen im Endeffekt den Markt öffnen für eine Privatisierung der Wasserrechte. Portugal wurde bereits dazu gezwungen und muß jetzt den 4-fachen Wasserpreis bezahlen. Griechenland wird es nicht anders gehen (auch wenn Wasser zuvor durch staatliche Subventionen "zu billig" gewesen sein soll).

Zur Info:

Aguas del Tunari, eine Tochterfirma von International Water Ltd., einem Firmenkonsortium mit Beteiligung der US-Baufirma Bechtel und des Energieunternehmens Edison aus Italien, handelte ohne öffentliche Beteiligung und hinter verschlossenen Türen mit der bolivianischen Regierung einen 40-jährigen Monopolvertrag der Wasserver- und -entsorgung aus. Die Konzession beinhaltet die Konfiszierung und damit Enteignung gemeinschaftlich errichteter und genutzter Brunnen. Sogar private Regenwassernutzung sollte verboten werden. Kurz darauf erfolgten Preiserhöhungen für die Konsumenten, deren Wasserrechnungen zwischen 50 und 250 Prozent anstiegen. Auf Proteste wurde mit äußerster Gewalt geantwortet.

Und das ist nur der Anfang....., und bei uns, wer wehret z.B. den EVN Anfängen <https://www.evn.at/Privatkunden/EVN-Wasser/Trinkwasser/Wasseranschluss.aspx>

Meine lieben GRÜNEN und die Diktatur der Guten

Es sind oft kleine Dinge, an Hand derer man exemplarisch eine immer totalitärer werdende Einstellung der Politik ablesen kann. Wobei die Grünen diesbezüglich weit an der Spitze stehen. Sie behandeln, kaum sind sie in Ämter gekommen, öffentliche

Gelder und Entscheidungen als ihre privaten ideologischen Waffen, mit denen sie jeden Andersdenkenden in die Knie zwingen wollen.

Es geht im konkreten Beispiel um eine kleine Subvention von heißen 1.500 Euro durch den Grazer Gemeinderat, die der Verein „Klassik4Kids“ erbeten hat. Sein Ziel: Er will Kinder zur klassischen Musik heranholen. Lassen wir offen, ob diese Subvention notwendig ist. Angesichts der vielen Unsinnigkeiten, die sonst von Gemeinderäten zwischen Donau und Mur mit Steuergeld bedacht werden, scheint mir jedenfalls dieses Vorhaben noch zu den relativ sinnvolleren Subventionszielen zu gehören.

Skandalös ist jedenfalls die Begründung, mit der die zuständige grüne Stadträtin in Graz, Frau Lisa Rücker, die Subvention abgelehnt hat. Sie begründet das allen Ernstes mit „Gender Mainstreaming“ und mit „Geschlechtergerechtigkeit“!

Wohlgemerkt: Es geht um klassische Musik! Der Verein will Kinder zu dieser hinführen, was in Zeiten ein sehr lobenswertes Ziel ist, da die Parteien selbst mit Millionen Steuergeldern irgendwelche Popkonzerte veranstalten. Und der Verein hat auch keineswegs angedeutet oder gar angekündigt, nur oder überwiegend Buben anzusprechen.

Dennoch verlangt die Frau Rücker wörtlich: „Mädchen müssen als solche angesprochen werden.“ Erst wenn das in einem neuen Ansuchen geschieht, ist sie bereit, „noch einmal über die Förderung zu reden.“ Sie gab in einer Gemeinderatssitzung auch ganz offen zu, daß sie in gleicher Art auch alle anderen ansuchenden Vereine vor den grünen Phrasen in die Knie zwingen wird.

In Graz müssen jetzt also alle Antragsteller einen Kotau vor der „Geschlechtergerechtigkeit“ machen. Was auch immer diese konkret bedeuten mag. Wahrscheinlich muß jetzt in jedem Antrag fünfmal „Mädchen“ und „Frauen“ stehen, um Gnade vor den Augen der Dame zu finden. Offenbar muß halt auch ein Veranstalter von klassischer Musik Mädchen als solche „ansprechen“, wollen sie so subventioniert werden wie etwa migrantische Radfahrerinnen. Wie auch immer sich die Dame, die fremde Steuergelder verteilt, das genau vorstellen mag. Bei Geistesriesen wie dieser Frau Rücker wird die geforderte „Ansprache“ freilich sinnlos sein. Bei ihr geht wohl weder klassische Musik noch Vernunft hinein. Da ist alles voll mit verbissener Gender-Ideologie für etwas anderes ist kein Platz vorhanden.

Dieser Vorfall erinnert mich lebhaft an die Universitäten im einstigen Ostblock: Dort mußte in jeder Dissertation (ob diese nun der klassischen Musik oder der Vermehrung der Maikäfer gewidmet war) eine ausdrückliche Reverenz an den Marxismus-Leninismus enthalten sein. Im Nationalsozialismus wiederum war ein Hitler-Zitat Voraussetzung für die Annahme einer „wissenschaftlichen“ Arbeit.

In Schillers „Wilhelm Tell“ gibt es den Geßler-Hut, den jeder Schweizer in Zeiten der Habsburger-Herrschaft demütig zu grüßen hatte. Maria Theresia wiederum ließ den Sakramente Empfang der Schulkinder kontrollieren.

Unsere Grünen haben Vorbilder.....

Mag sein, daß sich die Grünen, die in ihrer Jugend von revolutionärer Durchlüftung und „Freiheit für Vietnam“ (*was freilich in Wahrheit schon damals kommunistische Diktatur bedeutet hat*) geschätzt haben und sich in dieser Gesellschaft wohlfühlen. Mit Demokratie, Rechtsstaat oder gar Freiheit hat das Verhalten der Grünen jedenfalls ganz sicher gar nichts zu tun. Das ist nur totalitärer Gesinnungsdruck.

Man darf aber eines nicht vergessen: Die Waffen, die unsere grünfaschistischen Gesellschaftsgouvernanten permanent zur Durchsetzung ihrer Ideologie einsetzen, wurden von Rot und Schwarz gebaut, abgesegnet und zur Verfügung gestellt. So what.....?

Gutmenschen vs Schlechtmenschen

Es stellt sich die Frage: „Haben die Gutmenschen das Recht, die Schlechtmenschen hinzuopfern? Sind die Schlechtmenschen damit einverstanden, daß es sich eine lebenshungrige fremde Religion mitten in ihrer säkularisierten Gesellschaft bequem macht? Und das nicht in Form von individualisierten, hilfsbedürftigen Menschen, sondern als ein gleich über die Gruppen- und die politischen Rechte verhandelndes Kollektiv?

Wenn in diesem diskursiven Kräftemessen die Schlechtmenschen in Minderzahl bleiben, dann gehen wir eben unter. Plus, und das könnte als eine weitere Errungenschaft des Inklusionsprinzips in die Theorie eingehen: Nicht, wie bis jetzt, Demokratie oder Untergang, sondern Demokratie und Untergang.....

Italien, seine Schulden

Eine Krise „epischen Ausmaßes“ und Gefahr für ganz Europa tut sich in Italien auf. „Europa ist schwerkrank“, das sagte David Folkerts-Landau, Chefvolkswirt der Deutschen Bank.

Er denkt dabei an die eigene Branche, vor allem sorgt er sich um Italiens Banken. Ihre Kapitalprobleme bedrohen die Stabilität des ganzen Kontinents. Daß Italiens Banken ein milliardenschweres Kapitalproblem haben, ist inzwischen allseits bekannt. Daß Italiens Banken die Finanzstabilität Europas bedrohen könnten, wird allerdings gern verschwiegen – vor allem in der Politik: Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble beispielsweise sieht „keinen Grund“ für Spekulationen über „irgendwelche negativen Entwicklungen“.

Und Angela Merkel versichert: „Ich sehe keine krisenhafte Entwicklung insgesamt.“ Und die österr. Politiker spielen Vogel Strauß, sie wissen nichts, sie hören nichts und im Übrigen sind sie gar nicht mehr da.....

Tatsache ist: Gewaltig sind die Summen, um die es geht, gewaltig ist auch das Problem für die gesamte europäische Bankenbranche. Das stellte Folkerts-Landau in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“ eindeutig klar. „Es geht derzeit nicht um einzelne Banken, die ganze Branche ist unter Druck“.

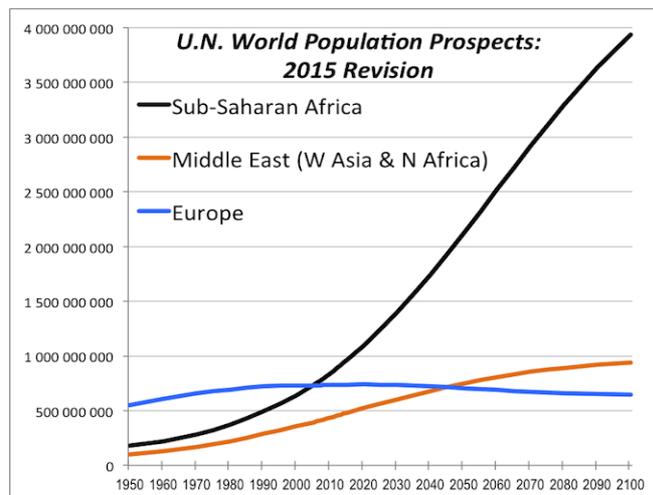
Das habe enorme Auswirkungen, denn: „Wenn ein Spieler ausfällt, ist das für die anderen kein Vorteil – statt dessen gerät das gesamte System unter Streß.“ Und die italienischen Spieler wanken gefährlich

In den Bilanzen der italienischen Geldinstitute sollen sich Problemdarlehen von insgesamt 360 Milliarden Euro auf türmen, was „eher die Untergrenze“ sein dürfte, schätzt Folkerts-Landau. „Im Nullzinsumfeld fällt es leichter, Kredite einfach ohne Tilgung weiterlaufen zu lassen“, so der Experte.

Migrationskrise

Gelegentlich lichtet sich langsam der moralische Nebel. Die tugendreichen Verdikte, welche noch zu Beginn der Flüchtlingskrise vor mehr als einem Jahr, von der Moralistin Merkel und ihrer sittengetreuen Anhängerschaft proklamiert und von den linken Leitmedien bejubelt wurden, verblassen zunehmend. Der immer und immer wieder zitierte humanitäre Imperativ als Motto für die Willkommenskultur wird von der Bevölkerung immer mehr und mehr hinterfragt und angezweifelt.

12 Fakten zeigen warum die Migrationskrise nicht sobald enden wird, also stellen wir uns darauf ein.....



Die Bevölkerungsexplosion in Afrika, die Grafik erklärt eigentlich alles.

Übrigens wir sollten nur Präservative und Antibaby Pillen nach Afrika liefern, alles andere ist sinnlos.....

Endlose Religions- und Bürgerkriege in Afrika und im Nahen Osten

Europa hat keine funktionierende Küstenwache **und will offensichtlich auch keine.....**

Afrikanische Länder brechen durch Korruption, Glaubenskämpfen und Mißwirtschaft zusammen Was hat der Kontinent Afrika bis dato für die Menschheit erfunden, ich höre.....?

Die Sozialleistungen für Flüchtlinge in Europa liegen 10 Mal höher als das Durchschnittseinkommen in Sub-Sahara Afrika.

Abgelehnte Asylanten brauchen keine Angst vor einer realer Ausweisung zu haben.

Viel zu viele Menschen im Westen denken, daß alle zusammen in einer glücklichen, friedlichen und multikulturellen Gesellschaft leben können und fühlen sich dafür verantwortlich Millionen Migranten aufzunehmen. IM Erika ist nach wie vor der Fahnen-träger.

Nichtregierungsorganisationen (NGO's) arbeiten hart daran die Migrantenkrise weiter anzufeuern **und verdienen teilweise dabei ganz prächtig.**

Wenn es um Flüchtlinge und Migration geht, sind Gesetze bedeutungslos, Durchwin-ken.....etc.

Die Massenmedien und auch die Popkultur haben sich vereint um die Invasion des Westens zu unterstützen.

Der Islam versuchte seit Jahrhunderten Europa zu erobern, **allein mit der heutigen Geburtenrate, welches Problem und diesmal schnakselt sich der Islam einfach hoch und gewinnt.**

Es ist vollkommen egal, ob uns dieses Szenario gefällt oder nicht, Tatsache ist, in Europa herrscht ein riesiges politisches Vakuum und dieses wird vom Islam aufgefüllt; niemand stellt sich dem wirklich entgegen, mit politischen Sprechblasen der EU sind die vorhandenen Probleme nicht lösbar.

Und die Wiener Grünen gemeinsam mit den Roten, sehen nach wie vor in jedem Flüchtling ein wunderbares „Geschenk“ für Wien, denn das braucht diese „Vernunft-blase“ auch dringend denn sonst stirbt die „Freundschaft“ aus.....

Die EU als Erfüllungsgehilfe der Schleppermafia

Daß man „den Schleppern das Handwerk legen muß“, war vermutlich der heuer in ganz Europa am häufigsten abgesonderte Politiker-Stehsatz.

Eine ideale Formulierung. Niemand wird dagegen sein, niemand trägt unmittelbar für ihre Einlösung die Verantwortung, niemand muß sich daher politisch rechtfertigen, wenn nichts geschieht. Gegen Schlepper sein, das ist auf dem Feld der Außenpolitik das Pendant zu „mehr Gerechtigkeit“ in der Innenpolitik geworden, eine billige Verwendungsabsicht ohne Wert.

Deswegen war „Den Schleppern das Handwerk legen“ ja auch beim herbstlichen Wiener Gipfeltreffen der Regierungschefs zur Migrationskrise wieder einmal das, wo-rauf sich alle verständigen konnten. In den Luxusvillen der Schlepperbosse an der nordafrikanischen Küste dürfte das freilich für erhebliche Heiterkeit gesorgt haben. Denn in der Wirklichkeit gelingt es den EU-Staaten nicht im Geringsten, den Schlep- pern im Mittelmeer das Handwerk zu legen.

Ganz im Gegenteil: Die EU ist zum Handlanger und Erfüllungsgehilfen der Schlep- per-Mafia geworden. Seit nämlich Schiffe der EU-Mission Sophia und andere sehr nahe an der libyschen Seegrenze patrouillieren und dort Abertausende von Migran- ten an Bord nehmen, können die Schlepper noch seeuntüchtigere und klapprigere

Boote mit Menschen überfrachten als früher. Die Schlepper und ihre Kunden wissen: Die Boote müssen es ja nicht mehr bis Italien schaffen, sondern im besten Fall nur mehr die zwölf Seemeilen (etwa 22 Kilometer) bis zum Erreichen internationaler Hoheitsgewässer, wo in vielen Fällen Sophia-Schiffe den Weitertransport übernehmen.

22 Kilometer – dazu braucht es nur ein halbwegs zusammengeflacktes Schlauchboot. Das senkt natürlich die Kosten der Schlepper, was entweder niedrigere Preise für die illegale Überfahrt und damit stärkere Nachfrage oder aber noch höhere Profite bedeutet. So habe ich mir ein in Brüssel orchestriertes „Den Schleppern das Handwerk legen“ schon immer vorgestellt. Wenn die EU aber schlappe 22 Kilometer vor dem nordafrikanischen Festland illegale Migranten aufnimmt, stellt sich allen Ernstes die Frage nach der Sinnhaftigkeit dieser kurzen Distanz. Konsequenter, ungefährlicher und für alle Beteiligten einfacher wäre doch, die illegalen Einwanderer gleich in den libyschen, ägyptischen oder tunesischen Häfen an Bord von ganz normalen Fähren zu bringen.

Würde irgendjemand in der EU den Kampf gegen Schlepper ernst nehmen, würde die Operation Sophia andere Ziele mit anderen Mitteln verfolgen. Ihre Aufgabe wäre dann primär nicht, illegale Migranten an Bord der EU-Schiffe zu holen und von dort weiter auf Unionsterritorium zu verbringen, sondern vielmehr, den Migranten möglichst nah an der libyschen Küste gegebenenfalls seetüchtige Boote mit überlebenswichtigen Gütern zur Verfügung zu stellen und sie zur Umkehr zu zwingen.

Das wäre angesichts der sehr kurzen Distanz zum Festland ohne Gefahr möglich. Wo wirklich Gefahr in Verzug ist, könnten die Schiffe der Mission Sophia ja auch weiterhin Menschen an Bord und dann in die EU bringen. Bloß, daß dies dann eben die Ausnahme und nicht die Regel wäre. Den Schleppern würde das tatsächlich das Handwerk legen, zumindest in hohem Maße. Denn die Bilder von Migranten, die nach kurzer Seefahrt wieder dort landen, wo sie hergekommen sind, würden sich in Afrika und dem Nahen Osten so schnell verbreiten wie seinerzeit das „Merkel und der Migrant“-Selfie.

Schleppern, die nicht schleppen können, würden die Kunden ziemlich schnell abhanden kommen.

Geht gar nicht – sagen uns dieselben Politiker, die noch vor einem Jahr das Schließen der Balkanroute für unmenschlich, unmöglich und rechtswidrig erklärt haben. Die Geschichte lehrt bekanntlich, unsere heutigen Politiker sind einfach zu blöd.

Der größte Feind des Fortschritts ist nicht der Irrtum, sondern die Trägheit.

Leute wann beißen wir endlich die politische Hand, die uns angeblich füttert!

Offene Grenzen

oder Pippi Merkel sitzt im Kanzleramt und wünscht sich was.....

Wir sollten uns entscheiden, offene Grenzen oder Sozialstaat, aber beides geht nicht denn auf Dauer ist freie Migration nicht mit einem ausgebauten Sozialstaat vereinbar. Wanderungsfreiheit sollte nicht die freie Einwanderung in die Sozialsysteme bedeuten. Wer einen Job in einem anderen EU-Staat findet, sollte dort problemlos hinziehen können. Wer nicht selbst für sich sorgen kann, eben nicht.

Es sollte UNMÖGLICH sein, daß rumänische und andere osteuropäische Pensionisten, dann wenn sie nach Österreich verzogen sind, österr. Sozialleistungen beziehen. Es wurde nichts in den österr. Topf einbezahlt und aus einen (sozialen) Topf kann man nur das entnehmen was man vorher hinein getan hat.

Wer sieht es anders?

US-Anti-Terror-Behörde in Deutschland

Den Amerikanern ist alles unter dem Mantel der Terrorbekämpfung recht. Und sie biegen ihre Verbündeten, der Reihe nach übers Knie. Jetzt errichten die USA – von der Öffentlichkeit meist unbeachtet – eine neue Anti-Terror-Behörde auch in Deutschland ein. Und zwar mitten in Deutschland wird künftig eine neue US-Behörde zur Terrorismusbekämpfung aufgebaut. Die Truppe wird offenbar ohne deutsche Beteiligung (!) direkt mit Mitteln der US-Army errichtet. Bereits zuvor scheint auch die US-Heimatschutz-Behörde Mitarbeiter nach Deutschland entsandt zu haben. Künftig sollen die „Joint Interagency Counter Trafficking Centers“ (JICTC) beim Zentralkommando der US-Streitkräfte in Deutschland tätig sein, bestätigt die deutsche Bundesregierung auf Anfrage. Eine der Aufgaben ist der „Kapazitätenaufbau in der Terrorismusbekämpfung“. Das JICTC beschäftigt sich demnach vor allem mit Drogen-, Waffen- und Menschenhandel.

Zunächst mit 40 Beschäftigten wird die neue Dienststelle bestückt sein. Es sind Vertreter der wichtigen US-Ministerien und Sicherheitsbehörden – u.a. des US-Außen-, Energie- und Finanzministeriums, des Grenzschutzes (!), der Bundespolizei FBI, der amerikanischen Einwanderungs- und Zollbehörde und der Drogenvollzugsbehörde (DEA). Die US-Regierung betrachtet die Beamten zudem als „ziviles Gefolge im Sinne des NATO-Truppenstatuts“; welche Auffassung die Bundesregierung über den Status der US-Regierungsvertreter hat, bleibt vorerst unklar (wahrscheinlich läuft alles auch noch unter den Geheimverträgen mit der Besatzungsmacht USA).....

Kritische Beobachter sehen, daß die neue Behörde zwar für den „Informationsaustausch“ mit „europäischen Partnerbehörden“ gedacht ist, jedoch anscheinend völlig in der Eigenregie der US-Army aufgebaut wird. Es gibt keine „organisatorischen oder sonstigen Unterstützungsleistungen“ der Bundesregierung. „Die US-Streitkräfte stell-

ten dabei vor allem Infrastruktur zur Verfügung“ und könnten zudem auch durch ihre „vorhandene Expertise für die Ausbildung von Partnerstaaten“ behilflich sein.

Selbst deutsche Politiker wie z.B. Verteidigungspolitiker Paul Schäfer sind entsetzt: Dem US „Joint Interagency Counter Trafficking Center (JICTC)“ in Stuttgart wurde von der Bundesregierung sogar weitergehendere Befugnisse eingeräumt, als deutschen Behörden. Für ihre Arbeit „im sensiblen Graubereich zwischen polizeilicher und militärischer Tätigkeit“ schein die Bundesregierung der US-Regierung „einen Blankoscheck“ ausgestellt zu haben.“Die Bundesregierung zeigt ein erschreckendes Desinteresse an den Aktivitäten US-amerikanischer Sicherheitsbehörden auf deutschem Hoheitsgebiet”.

Das JICTC wäre wohl nicht die erste US-Regierungsbehörde, die in Deutschland schalten und walten kann, wann und wie sie will. Nach Angaben von Insidern befinden sich etwa bereits seit „geraumer Zeit“ Mitarbeiter des US-Heimatschutzes auf deutschen Flughäfen für die Überwachung des Verkehrs und für Personenkontrollen in Deutschland. „Die Öffentlichkeit wurde bislang über diese Zusammenarbeit im Unklaren gelassen“, stellen Beobachter kritisch fest.

Karl Popper sagt:

Wir wollen den Frieden und glauben an seine Möglichkeit. Wir alle glauben an die Freiheit und daß nur die Freiheit das Leben lebenswert macht. Wo sich unsere Wege trennen, ist bei der Frage, ob es recht ist, der Erpressung nachzugeben und zu versuchen, den Frieden mit der Freiheit zu erkaufen.

Und was sag ich?

G’sturb’n ist g’sturb’n“, sagt der Wurm. Als Leich ist jeder gleich.

Wirtschaftspolitik

verständlich erklärt anhand von zwei Kühen

Christdemokrat

Sie besitzen zwei Kühe. Ihr Nachbar besitzt keine. Sie behalten eine und schenken Ihrem armen Nachbarn die andere. Danach bereuen Sie es.

Sozialist

Sie besitzen zwei Kühe. Ihr Nachbar besitzt keine. Die Regierung nimmt Ihnen eine ab und gibt diese Ihrem Nachbarn. Sie werden gezwungen, eine Genossenschaft zu gründen, um Ihrem Nachbarn bei der Tierhaltung zu helfen.

Sozialdemokrat

Sie besitzen zwei Kühe. Ihr Nachbar besitzt keine. Sie fühlen sich schuldig, weil Sie erfolgreich arbeiten. Sie wählen Leute in die Regierung, die Ihre Kühe besteuern. Das zwingt Sie, eine Kuh zu verkaufen, um die Steuern bezahlen zu können. Die Leute, die Sie gewählt haben, nehmen dieses Geld, kaufen eine Kuh und geben diese Ihrem Nachbarn. Sie fühlen sich rechtschaffen. Udo Lindenberg singt für Sie.

Freidemokrat

Sie besitzen zwei Kühe. Ihr Nachbar besitzt keine. Na und.....

Kommunist

Sie besitzen zwei Kühe. Ihr Nachbar besitzt keine. Die Regierung beschlagnahmt beide Kühe und verkauft Ihnen die Milch. Sie stehen stundenlang für die Milch an. Sie ist sauer.

Kapitalist

Sie besitzen zwei Kühe. Sie verkaufen eine und kaufen einen Bullen, um eine Herde zu züchten.

EU-Bürokratie

Sie besitzen zwei Kühe. Die EU nimmt Ihnen beide ab, bezahlt Ihnen dafür eine Entschädigung, tötet eine, melkt die andere, bezahlt Ihnen auch dafür eine Entschädigung und schüttet die Milch dann in die Nordsee.

Amerikanisches Unternehmen

Sie besitzen zwei Kühe. Sie verkaufen eine und leasen sie zurück. Sie gründen eine Aktiengesellschaft. Sie zwingen die beiden Kühe, das Vierfache an Milch zu geben. Sie wundern sich, als eine tot umfällt. Sie geben eine Presseerklärung heraus, in der Sie erklären, Sie hätten Ihre Kosten um 50% gesenkt. Ihre Aktien steigen.

Französisches Unternehmen

Sie besitzen zwei Kühe. Sie streiken, weil Sie einen Bullen haben wollen. Sie gehen Mittagessen. Das Leben ist schön.

Japanisches Unternehmen

Sie besitzen zwei Kühe. Mittels modernster Gentechnik erreichen Sie, daß die Tiere auf ein Zehntel ihrer ursprünglichen Größe reduziert wer-

den und das Zwanzigfache an Milch geben. Jetzt kreieren Sie einen cleveren Kuh-Cartoon, nennen ihn Kuhkirnon und vermarkten ihn weltweit.

Deutsches Unternehmen

Sie besitzen zwei Kühe. Mittels modernster Gentechnik werden die Tiere redesigned, so daß sie alle blond sind, eine Menge Bier saufen, Milch von höchster Qualität geben und 160 km/h laufen können. Leider fordern die Kühe nun 13 Wochen Urlaub im Jahr.

Britisches Unternehmen.

Sie besitzen zwei Kühe. Beide sind angeblich wahnsinnig, treten aber doch aus der EU aus.

Italienisches Unternehmen

Sie besitzen zwei Kühe. Aber Sie wissen nicht, wo sie sind. Während Sie sie suchen, sehen Sie eine schöne Frau. Sie machen Mittagspause. Das Leben ist schön.

Polnisches Unternehmen

Ihre beiden Kühe wurden letzte Woche gestohlen.

Der transatlantische Wirtschaftskrieg

In meinen Augen ist Wirtschaft ein wildes Tier, versucht man es zu zähmen, kommt bestenfalls ein Bettvorleger raus, der nicht mehr in der Lage ist sich selbst zu ernähren. **Ja, in meinen Augen ist Wirtschaft > Krieg**, deshalb bekommen die grünen Gutmenschen ja auch nahezu immer einen Koller, wenn sie etwas von freier Wirtschaft hören. Denen muß man die Konkurrenz, die einem jederzeit lächelnd das Messer in den Rücken rammen und den Kundenstock übernehmen wollen, als fairen und gerechten „Mitbewerb“ verkaufen, damit sie überhaupt hinschauen können.

In der Wirtschaft hat man viele Gegner, die Konkurrenz, die Kunden, die Lieferanten, die Mitarbeiter, und nicht zuletzt der gefräßige Staat, alle wollen nur dein Bestes, nämlich dein Geld! Mit einigen dieser Gruppierungen gibt es zeitlich begrenzte beidseitig gültige Vereinbarungen, die befristeten Frieden gewähren, allein der Staat gebärt sich als Diktator und Monopolist, welcher einseitig, kurzfristig und manchmal sogar rückwirkend diese Konventionen beeinflusst oder ändert.

Vor vielen Jahren erhielt ich eine Rüge einer Steuerbehörde, weil ich in einem Lagebericht des Jahresabschlusses den Staat als atypischen Großaktionär bezeichnete, der sehr wohl an den Gewinnen eines Unternehmens partizipiert, die Geschäftsfüh-

rung maßgeblich zum Schaden des Unternehmens beeinflusst, sich bei Verlusten aber generös verabschiedet und umgekehrt bei ihm zuzurechnenden Unternehmungen dieses Prinzip umkehrt, nämlich die Verluste der Allgemeinheit überlässt und die Gewinne in opportune Richtung (beim Parteienstaat mit entsprechender Deckung im Parlament meist in Richtung Partei oder deren Günstlinge) privatisiert.

Und die Österreicher sollen da ja nicht an die BUWOG und an „krassere“, seit 2004 bis heute in Untersuchung befindliche Dinge, denken, denn es gilt immer noch die Ungultvermutung, pardon das sollte wohl Unschuldsvormutung heißen....., immer diese Schreibfehler.....

Dieser heimliche, nie erklärte, aber heftiger gewordenen Wirtschaftskrieg zwischen Europa und den USA eskaliert augenscheinlich und diese europäisch-amerikanische Eskalation ist extrem beunruhigend.

Auch wenn es alle leugnen, für mich besteht zwischen den Fällen VW, Apple und Deutsche Bank ein enger Zusammenhang. Kaum bedroht die EU Apple (und damit automatisch auch andere amerikanische Konzerne) mit der gigantischen Forderung, an Irland 13 Milliarden Steuern nachzuzahlen – *obwohl Irland in völlig unverständlicher Weise, diese Steuern gar nicht haben will* –, wird die Deutsche Bank von einer ebenso gewaltigen Forderung des US-Justizministeriums in Existenznöte gebracht, an die USA eine Strafe von 12 Milliarden Euro zu bezahlen. Das aggressive Verhalten der EU-Kommission im Fall Apple war wiederum offensichtlich eine Retourkutsche auf das aggressive Verhalten der USA gegenüber VW.

Alle drei Mega-Causen sind von kaum bemäntelten chauvinistischen Untertönen begleitet. Auch wenn es keine Regierung zugeben will: Es herrscht ein transatlantischer Wirtschaftskrieg, der immer mehr und mehr eskaliert. Wie vor dem ersten Weltkrieg hat zwar auch niemand wirklich einen solchen Krieg gewollt. Es haben sich aber mehrere undurchdachte Einzelaktionen zu einem gefährlichen Gebräu vermischt. Niemand soll glauben, daß auch nur in einem einzigen dieser Fälle rein objektive Rechtsmaßstäbe für diese Eskalation gesorgt hätten, an denen man ja nichts ändern könne. Gleich mehrere Gründe sprechen dafür, daß das nicht so ist.

Erstens zeigt die ganze Rechtsgeschichte, daß es wirklich objektives Recht gar nicht gibt, daß es neben vielen anderen Filtern, die die Objektivität eines Richters trüben, auch immer die nationale Brille gibt, durch die jedes Gericht schaut. Wahrheit, Objektivität, absolute Gerechtigkeit gibt es vielleicht im Jenseits. Auf Erden agieren zwangsläufig immer nur Menschen mit ihren Unvollkommenheiten, Stereotypen und nationalen Identitäten. Was wirklich wiegt ist wenn die Richter (beziehungsweise die agierenden Beamten) in einem Streit zu einer von zwei Parteien gehören.

Zweitens ist unbestreitbar, daß das Vorgehen der US-Regierung und die drohende Judikatur amerikanischer Gerichte viel wohlwollender wäre, wären VW und Deutsche Bank amerikanische Konzerne. Ebenso würde sich die EU-Kommission ganz anders verhalten, wäre Apple ein europäisches Vorzeigeunternehmen.

Drittens machen gerade die allerletzten Entwicklungen in der Causa Deutsche Bank eindeutig, daß es da keineswegs um zwangsläufige und objektive Folgen von Gesetzen gehen würde, die für alle gleich sind: Denn die US-Regierung hat mit einem Strich über Nacht die Straf-Forderung gegen den deutschen Bankriesen auf kaum

mehr als ein Drittel reduziert. Das zeigt: Hier geht es zu wie auf einem orientalischen Basar, auch wenn das Drittel noch immer sehr viel ist.

Man kann vorerst nur rätseln, warum die Strafdrohung so plötzlich so stark abgemildert worden ist. Mag sein, daß die amerikanische Politik erkannt hat, daß auch die USA schwer beschädigt würden, wenn die Deutsche Bank umgebracht wird. Oder sei es, daß die deutsche Regierung (von der EU-Kommission ist das wohl weniger zu erwarten) hinter den Kulissen Washington klargemacht hat, daß sie das Vorgehen gegen die Bank als extrem unfreundlichen Akt ansieht und mit anderen unfreundlichen Aktionen zu beantworten plant.

Diese vorläufige Reduktion der angedrohten Strafe ist derzeit jedenfalls der einzige Aspekt, der noch Hoffnung auf einen späten Sieg der Vernunft macht. Wobei freilich die kaskadenartigen Folgen der orbitanten ersten Strafdrohung schon irreversibel eingetreten sind.

Schiedsgerichte sind notwendiger denn je

Diese drei Großfälle machen deutlich, wie dringend nötig die Schaffung **TATSÄCHLICH** unabhängiger Schiedsgerichte für Wirtschaftsstreitigkeiten gerade zwischen der EU und den USA wäre. Nur solche Schiedsgerichte könnten wieder das notwendige Vertrauen schaffen. Nur die Entscheidungen von unabhängigen Schiedsrichtern aus nicht direkt involvierten Drittstaaten könnten dazu führen, daß es statt eines Wirtschaftskriegs wieder glaubwürdige Lösungsversuche ohne nationale Schlagseite oder gar Ressentiments geben kann.

Die Anti-TTIP-Argumentation auf Intelligenzniveau Christian Kern (mit vielen Nachplapperern auch auf der politischen Rechten) spricht immer davon, daß durch die Schiedsgerichte „demokratische Rechte“ ausgehebelt würden. Aber in Wahrheit sind genau diese demokratischen, also politischen, also parteipolitischen, also ressentimentgeladenen Dimensionen die Ursachen des Problems. Genau sie verhindern eine ruhige Lösung.

Handelskriege lassen sich nur durch Abbau von Emotionen, durch möglichst unabhängige Sachlichkeit entschärfen. Nicht durch parteipolitisch motivierte „demokratische“ Scharfmacher, die jeweils die eigene nationale Justiz in Stellung bringen. Die Attacken auf VW, Apple und die DB zeigen, wie sehr sich derzeit nationale politische Interessen und Ressentiments austoben.

Seit der Eskalation im europäisch-amerikanischen Wirtschaftskrieg muß sich jedes Unternehmen dreimal überlegen, auf der anderen Seite des Atlantiks zu investieren, Arbeitsplätze zu schaffen oder sich sonstwie transatlantisch zu engagieren. Jedes Management muß damit rechnen, daß eines Tags politisch („demokratisch“) motivierte Aktionen gegen ihr Unternehmen stattfinden. Daß man daher vielleicht besser auf ein Engagement verzichtet. So wie man ja auch aus vielen Drittstaaten genau wegen dieser Rechtsunsicherheit draußen bleibt.

Wohlgemerkt: Das alles heißt nicht, daß Deutsche Bank oder VW keine objektiven Fehler und Unkorrektheiten begangen hätten. Aber wenn jetzt beispielsweise jeder amerikanische Käufer eines VW-Dieselaautos viel besser für die (den Autofahrer selber in Wahrheit gar nicht belastenden) Abgasmanipulationen entschädigt wird als Käufer in Europa, dann zeigt das schon deutlich, wie nationalistisch geprägt derzeit Recht angewendet wird. Auch die Deutsche Bank wird in den USA für ihre Delikte viel strenger und eben existenzbedrohend bestraft als in Europa. Ebenso hat das Vorgehen der EU gegen Apples Steuerabkommen mit Irland einen massiven anti-amerikanischen Hautgout.

Was ist mit Trump und Le Pen?

Ohne in die medienübliche Hysterisierung zu verfallen, so ist doch kl(a)ar, wenn schon die jetzigen Regierungen ein solches Schlamassel angerichtet haben, dann wird ein Präsident Trump oder eine Präsidentin Le Pen mit ihrer jeweils betont nationalen Interessenpolitik schon gar nicht zu einer Entschärfung bereit sein.

Es wäre für uns alle eine Katastrophe, wenn in den nächsten Jahren die Wirtschafts- und Rechts-Räume nicht zusammenwachsen würden, sondern auseinander. Das droht aber auch ohne Trump und Le Pen.

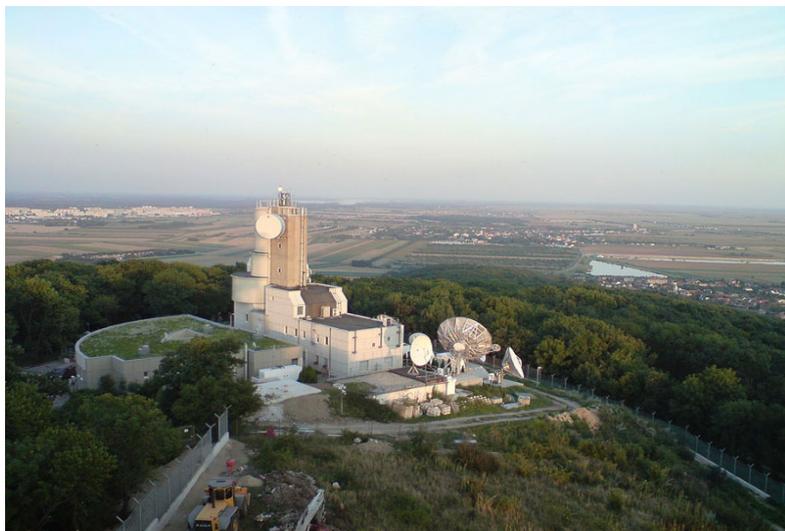
Die Deutsche Bank kann keine internationale Großbank bleiben – derzeit zählt sie noch zu den weltweit sechs wichtigsten Banken –, wenn sie in Amerika nicht mehr aktiv ist. Die Notwendigkeit einer Präsenz auf dem amerikanischen Finanzplatz haben in früheren Jahren etwa auch schon die beiden Schweizer Großbanken teuer erfahren müssen. Gerade Industrienationen brauchen starke Banken, die sie bei ihrem globalen Engagement mittragen.

Auch VW wäre in Existenzproblemen, wenn es auf den amerikanischen Markt verzichten müßte. Und ohne Apple und Google wären viele Europäer – Konsumenten wie Unternehmer – viel schlechter dran. Umgekehrt profitieren aber natürlich auch die Amerikaner in vielerlei Hinsicht von den transatlantischen Aktivitäten.

Der Ruf nach staatsunabhängigen Schiedsgerichten für solche transatlantischen Wirtschaftsstreitigkeiten bedeuten natürlich keinesfalls, daß Unternehmen privilegiert werden sollen. Es bedeutet aber die klare Notwendigkeit von überall und für alle gleichen, von Anfang an klar festgelegten Spielregeln und Rahmenbedingungen. Ohne nationale („demokratische?“) Verzerrungen, Ressentiments, Racheaktionen. Ohne die Möglichkeit, daß ein Land zuerst Firmen und ihre Investitionen anlockt und hereinholt – und dann ausraubt.

Zu dieser zentralen Problematik eines eskalierenden Wirtschaftskriegs kommen im Fall der Deutschen Bank auch noch etliche andere schwierige Ebenen. Das ist die ganze Reihe von strafwürdigen und in Deutschland auch schon vielfach bestraften Inkorrektheiten der Deutschen Bank: **Siehe etwa Kirch-Prozeß, siehe Bank-Tricks bei Konsumentenkrediten, siehe die Mitwirkung an den Libor-Manipulationen...**

Neutralität



Das ist die Königswarte, bei Hainburg an der Donau, ein eindeutiger NSA Lauschposten der vom „NEUTRALEN“ Österreich auf seinem Staatsgebiet seit Jahrzehnten anstandslos geduldet wird.....

Über unsere österreichische Art der Auslegung des Begriffes: „Neutralität“ lachen nicht nur die Hühner rund um den Globus.

Steuerpolitik ist eben anders, Politik ist oftmals legalisierte Kriminalität

Der Räuber verlangt vom seinem Opfer nicht, daß es Gewissensbisse bekommen soll, wenn es ihm eine verborgene Tasche verheimlicht hat, während der Staat analoges Verhalten nicht nur als verbrecherisch bewertet, sondern sogar verlangt, auch der Betroffene möge es als unmoralisch empfinden, wenn er dem Finanzamt etwas von seinem Einkommen oder Eigentum verheimlicht.

Ein Finanzminister ist ein gesetzlich autorisierter Taschendieb und gibt oftmals das Geld für völlig unsinnige Dinge aus die wir, der SOVERÄN, so nicht wollen

Wenn die inkompetenten und ausschließlich parteidemokratisch gewählten filzokratischen Regierung(en) das Ihnen anvertraute Steuergeld, das genau genommen eigentlich ein Treuhandgeld ist, wie ordentliche Kaufleute verwenden würden, wäre die Steuerbelastung der Bürger so wie in der Schweiz, wo es praktisch keine Steuerhinterziehung gibt.

Nach wie vor wird auf globaler und nationaler Ebene versucht, Schulden mit Schulden zu bezahlen, was weder nachhaltig ist, noch auf Dauer funktioniert. Verzweifelt bekämpfen die Notenbanken die Krise mit historisch niedrigen Zinsen – also mit einer Flut von billigem Geld. Mit dem Ziel, das Geldkarussell am Laufen zu halten, pumpen Staaten und Notenbanken weiterhin Hunderte von Milliarden in ein völlig marodes

Finanzsystem. Die Notenbanken, die Brandstifter und Feuerwehr in einem sind, verkennen dabei, daß es gerade die niedrigen Zinsen gewesen sind, die die letzte Krise mit verursacht haben. Durch eine aus dem Ruder gelaufene irrsinnige Notenbankpolitik wurden die Aktienmärkte global enorm aufgebläht. Abermals entstehen durch das viele billige Geld Blasen an den Immobilien-, Aktien- und Anleihenmärkten. Inzwischen sind die Märkte dermaßen abhängig vom billigen Geld, daß sich niemand mehr traut, ihnen die Droge Geld zu entziehen....“

Die Gfraster sind in meinen Augen nicht die Steuerhinterzieher sondern:

- die jeweiligen nationalen Regierungen mit ihrer nicht mehr finanzierbaren Übersozialisierungen, ihrer enormen Schuldenpolitik (**jeder erwerbstätige Österreicher hat heute mehr als € 70.000,- Schulden!**), und durch eine heute durch nichts mehr gerechtfertigte Subventionspolitik und
- eine EU die mit Milliarden Beträgen EU Beitrittskandidaten wie z.B. Albanien, Mazedonien, Türkei etc. finanziell anfüttert und die nicht einmal zurückschreckt auch nicht EU Beitrittskandidaten wie etwa Palästina teilweise zu finanzieren.....

Die Steuerhinterzieher wehren sich und wollen und können zu diesen Bedingungen das wirtschaftliche Hamsterrad für die Sozialschmarotzer nicht mehr weiter drehen.

Die Tröge bleiben gleich, die Schweine wechseln, sowohl bei den „sozialen“ Nehmern als auch bei den gebenden Politikern.

Die mentale Katastrophe beginnt jeden Tag wenn man aus dem Bett steigt und sich den Zustand der feudalen Republik vor Augen hält > der Staatsanwalt ist „weisungsgebunden“, immer noch wie zu Kaisers Zeiten, ein täglicher Hohn für jede Demokratie.

„Grasser“ geht es kaum noch....., der BUWOG Vkf. war 2004, die Ermittlungen dauerten 12 Jahre und bereits im Juli 2016 wurde eine Anklage in Erwägung gezogen.

**Wenn wir uns einig wären, gibt es wenig, was wir nicht könnten.
Wenn wir uneins sind, gibt es wenig, was wir können.**

Und darauf baut die Filzokratie und sie gewinnt (fast) immer.

Unterwerfung oder Ausrottung

Für den „grünen“ Traum vom Multikulturalismus' dürften das Morden in Paris, Brüssel, Nizza, etc. etc., der türkische „Putsch“, das IS-Attentat im Zug bei Würzburg etc. etc. arge Schläge sein, von dem er sich hoffentlich nicht mehr erholt. In der Realität geht es nun um den Alptraum, den jede multikulturelle Gesellschaft erlebt, nämlich um Terror, Freiheitsbeschränkung, Blutzoll. Denn eines ist klar: Der IS hat Europa erreicht, und der türkische Faschismus ebenso.

Islamische dschihadistische Gruppen bedrohen die libanesischen Christen und verlangen, **daß sie sich dem Islam unterwerfen**.

Die libanesischen Christen, Nachfahren der aramäischen Syriaken, stellten noch vor gerade einmal hundert Jahren die Mehrheit der Bevölkerung im Libanon.

Die an die Christen gerichtete Forderung, zum Islam zu konvertieren, ist eine der Erklärungen, die der **IS und andere islamische Gruppen**, die sich im gebirgigen Grenzgebiet zwischen Syrien und dem Libanon verstecken, veröffentlicht haben.

Mein Kommentar dazu:

Auch wenn viele gemäßigte Muslime es nicht wahrhaben wollen, der Terror kommt aus dem Herzen des Islam, er kommt direkt aus dem Koran. Er richtet sich gegen alle, die nicht nach den Regeln des Koran leben und handeln, also gegen Demokraten, abendländisch inspirierte Denker und Wissenschaftler, gegen Agnostiker und Atheisten. Und er richtet sich vor allem gegen Frauen.

Und selbst Kardinal Schönborn meinte:

„Ich muß mich da selbst ein korrigieren: Ich habe in manchen Stellungnahmen an die früheren Flüchtlingsströme etwa aus Ungarn oder der damaligen Tschechoslowakei erinnert. Es gibt aber einen Unterschied: Diese Flüchtlinge waren alle Europäer, hatten ungefähr dieselbe Kultur, viele dieselbe Religion. Selbst die Integration der Bosnier, die vielfach Muslime waren, ist durch die kulturelle Gemeinsamkeit gegangen. Jetzt haben wir es zu tun mit einer Zuwanderung aus dem Nahen Osten, aus Afrika, und da ist die kulturelle und religiöse Differenz sicher ein Faktor, der Sorge macht.

Europa ist drauf und dran ist, sein christliches Erbe zu verspielen. Es wird in relativ kurzer Zeit eine islamische Eroberung Europas geben denn Europa ist am Ende. Warum? Weil Europa nicht Willens und/oder in der Lage ist seine Außengrenzen wirksam zu schützen und weil die EU in der heutigen Form völlig aus dem Ruder gelaufen ist und in dieses politische Machtvakuum hinein hat der Islam ein offenes Scheunentor durch das er nur hinein strömen muß und gelegentlich wird er immer noch von „Gutmenschen“ mit Willkommen Rufen empfangen.

Viel zu viele der zugewanderte Islamen sind völlig ungebildet, haben keine berufliche Perspektive, so viele Jobs für ungelernete Menschen gibt es nicht, und die Migranten sprechen kaum die Sprache ihres europ. Einwanderungslandes.....

Illusion Integration

Leider gibt es sie, die multikulturelle Scheinwelt der Linken, in der pausenlos idealisiert, banalisiert und ignoriert wird. In diesem weltfremden Wolkenkuckucksheim wird Toleranz gepredigt, Weltoffenheit herbeigesehnt und die Verschiedenartigkeit der Kulturen als Bereicherung gefeiert, als gäbe es kein morgen. Die Vertreter der linksliberalen Politik haben die Integration zu ihrem Fetisch erkoren, sie solidarisieren sich

in ihrer widersprüchlichen Willkommenskultur mit dem Islam und bezeichnen dieses totalitäre System als Teil Europas. Ohne Wenn und Aber.

Die Gutmenschenethik will der Demokratie gelebte Radikalität und Repression in Form einer Religion einpflanzen, die ihren Anspruch auf Macht über Gesellschaft und Glauben gewaltsam einfordert.

Fern ab dieser diffusen Denkweise, herrscht allerdings Realität. Und Gewißheit, daß sich der Islam samt seinem vormodernen Irrsinn nicht den westlichen Werten beugen will und wird. Eine aktuelle Studie des Instituts ICM, die mehr als 1000 Muslime in Großbritannien im direkten Gespräch nach ihrem Denken befragt hat, bestätigt genau dies einmal mehr. Das Ergebnis dieser Umfrage gibt das wieder, was die unehrlichen Moralisten entweder stillschweigend unter den Teppich kehren oder mittels politisch korrekter Vernebelung zu relativieren versuchen, indem sie wirre Sprachregelungen ersinnen, um einen wohlthätigen Islam von einem gefährlichen Islamismus strikt zu trennen. Während die Befragten und somit Repräsentanten dieser heillos komplexbeladenen Religion unverschämt offen ihren Anspruch auf Totalitarismus bekunden, ist die Dunkelziffer selbstredend deutlich höher.

Knapp die Hälfte der Befragten meint, daß die Ehefrau dem Mann immer zu gehorchen habe. Knapp ein Drittel hält Polygamie für akzeptabel. Jeder Vierte ist der Überzeugung, daß nach der Scharia gelebt werden sollte und nicht britische Gesetze den Handlungsrahmen vorgeben sollten. Viele halten Steinigung als Bestrafung bei Ehebruch für legitim, deklarieren sich offen für Terror und Selbstmordanschläge im Kampf gegen Andersgläubige.

Die existentielle Gefahr geht von den linken Toleranzterroristen aus, welche die Ideologie des Islams importieren und als kulturelle Eigenart verniedlichen. Ihre Doppelmoral besteht darin, daß sie Toleranz fordern, aber das intolerante Fremde fördern, während sie selbst in ihrem Moralisierungsmorast zu ersticken drohen. Dabei verharmlosen sie gut und gerne Gewalt, solange es ihren eigenen Zwecken dient. Ihr linker Kampf für den Multikulturismus rechtfertigt alles, auch autoritäre Ansichten, selbst wenn diese ihre linkspazifistischen Kuschelwerte ad absurdum führen. Es sind die linken Erreger, die diese Islam-Epidemie ausgelöst haben und nun blindwütig verbreiten.

Der Islam ist eine von religiösen Dogmen untersetzte, totalitäre Politik, die ihren Herrschaftsanspruch mit Hilfe von Terror und kognitiver Inkompetenz zu realisieren versucht. Das rückwärtsgewandte islamische Weltbild beruht auf einem Minderwertigkeitskomplex, schriftlich festgehalten in einer Ansammlung von Absurditäten namens Koran. Westliche Anbiederung, die Negation der inhärenten Ideologie-Komponente und der Tausch von Opfer- und Täterrollen stellen einen inakzeptablen Verrat an der Vernunft, an der modernen Zivilisation, an der freien Gesellschaft dar. Entgegen den Parolen aus den linken Lagern, ist der Islam kein Teil Europas und wird nie einer sein. Anhänger dieses schädlichen Systems, die ihren basisreligiösen Terror und Aberglauben über den demokratischen Rechtsstaat heben, zerstören die westlichen Werte, die Europa definieren.

Eine tatsächliche Integration der Islamten in ein seit Jahrtausenden katholisch geprägtes Europa ist eine Illusion, ein schrecklicher Irrtum.

Terror und der Umgang damit

»Wieder war es geschehen. Wieder diese schrecklichen Bilder. Wieder waren alle möglichen Leute »Betroffen«. 84 Tote, 18 Schwerverletzte – die Bilanz des Terror Anschlags in Nizza, diesmal durch einen aus Tunesien stammenden Terroristen, der mit einem Lastwagen einfach in Menschen hinein raste.

Wieder wurde uns erzählt, daß es nichts, aber auch gar nichts mit dem Islam zu tun hat. So wie in Brüssel, Paris, London, Köln etc.

Ich bin es leid. Ich kann es nicht mehr hören. Ich kann Euch nicht mehr ertragen, wenn Ihr Eure Gesichter in die Kameras haltet. Ihr Merkels, ihr Hollandes und wir Ihr alle heißt, Ihr habt uns diesen Irrsinn ins Land geholt.

Anstatt uns wenigstens die schlimmsten dieser religiösen Irren vom Hals zu halten, schickt Ihr Menschen, die vor lauter Verzweiflung, aus eurer Sicht, politisch Unkorrektes in die Tasten hauen, die Polizei vorbei. Was glaubt Ihr eigentlich, wie lange das noch so weiter geht?

Den Kommentar habe ich auf Metropolico gelesen. Da ist wenig hinzuzufügen ... außer, daß es zum Glück vernünftige Alternativen gibt zu diesem Leben im zunehmend kranken Europa.

..... und daß seit Nizza eine Menge passiert ist! Einen Tag später war der Putsch in der Türkei, den die einen den Erdogan Feind Gülen zuschreiben, also der CIA. Andere sagen, Erdogan selbst habe, um mal so richtig aufzuräumen, eine Operation unter falscher Flagge durchgezogen. Im Gegensatz zu 9/11 in New York darf das im Fall Erdogan öffentlich ausgesprochen werden.

Dann der Messerstecher im Zug bei Würzburg, natürlich ein weiterer irrer Einzeltäter. Dazwischen waren die Storys aus den USA, wo die Extrem-Pigmentierten (*Neger ist und bleibt politisch uncorrect und darf daher nicht mehr verwendet werden!*) in letzter Zeit zurückschießen. Und dann München.....

Eigentlich kritisieren Journalisten nichts, was aus Deutschland kommt, denn das muß funktionieren, weshalb sogar jede noch so kranke akustische Absonderung Merkels so etwas wie ein Wort Gottes ist. Aber der Fall München hat dieses Image nun doch zumindest ein wenig angekratzt, so wegen der Fernsehbilder (stundenlang eine nächtliche, leere Kreuzung und zwischendrin der bekannte Video-Clip von YouTube), über die katastrophale Informationspolitik – und über die Tatsache, wie wegen eines einzelnen Pistolenschützen eine ganze Millionenstadt lahmgelegt wird, inklusive Fernzügen.

Sie konnten nicht wissen, daß einer, der an seinem Leben hing, in dieser Nacht tatsächlich lieber zu Hause blieb. Ich denke, bei 2.500 nervösen, schwerbewaffneten Polizisten auf den Straßen, die gar nicht recht wußten, wonach sie eigentlich suchten, war ein Terrorist vermutlich die kleinere Gefahr.

Die Politik hatte andere Sorgen ...

Ihr Auftrag lautete: Keine Verbindung zulassen zwischen dem »Deutsch-Iraner« mit dem typischen Münchner Namen Ali David Sonboly (oder einfach David S. in der Alpen-Prawda, das klingt deutscher!) Da wurden Rechtsradikale ins Spiel gebracht (Springerstiefel!), sogar eine Verbindung zu Breivik wurde hergestellt (Jahrestag, gleiche Pistole).

Am Ende einigten sie sich auf einen Amokläufer. Depression, angeblich Amok-Lektüre am Computer. Medien wiederholten bis zum Erbrechen: Islam spielte keine Rolle!!! Keine Verbindung zu IS !!! Nichtsnutz De Maizière mußte extra aus den USA sofort zurück kommen, um von schärferen Waffengesetzen zu schwafeln.....

Frau Merkel hat wieder eine Ihrer Sprechblasen abgesondert: Sie werde für unsere Sicherheit und Freiheit sorgen, berichten Medien voller Enthusiasmus.

Wie lange werden die Bürger noch verarscht?

Und was tut die EU für unsere Sicherheit? Brüssel arbeitet an einem Beschluß zur Beendigung der Reisefreiheit. Kommt jetzt die Rasterfahndung für alle.....?

Sicherheit, die sowieso keiner garantieren kann, soll durch noch mehr Überwachung erreicht werden, was nur auf Kosten von Freiheit möglich ist. Merkels absurdes Versprechen ist ein Widerspruch in sich selbst, wie dieses Beispiel zeigt, wie sie uns Sicherheit auf Kosten von Freiheit garantieren wollen:

Die EU plant ein zentrales Informations- und Genehmigungssystem für alle Reisende aus Drittstaaten, wie etwa die Schweiz, Liechtenstein, Andorra oder Norwegen. Aber man weiß ja, was passiert, wenn etwas erst einmal eingeführt ist.

In einer Zeit, in der wir uns vor lauter Anschlägen gar nicht mehr auskennen, gibt es dafür Begründungen im Überfluß, daß am Ende irgendwann jeder Schritt vor die Tür genehmigungspflichtig ist.

Wenn Sie also künftig aus der Schweiz oder Liechtenstein mal schnell nach Deutschland oder Österreich wollen, müssen Sie vorher erst einmal einen Reiseantrag stellen! Mit Angaben zur Person, Kontaktdaten, genauem Zweck der Reise und Reiseroute. Dazu Fingerabdrücke und biometrisches Paßbild. *Oh du nettes Vorbild USA.* All das wird in einer Datenbank mit Dingen wie DNA und Kraftfahrzeugdaten zu einem Profil zusammen gedichtet. Erst wenn alles erfaßt und geprüft ist, kann die Reise genehmigt werden.

Ob es Ausnahmen für anerkannte »Fachkräfte« gibt, ist nicht bekannt. Vermutlich dürfen wir davon ausgehen.

Es ist einfach unglaublich in welchem Wolkenkuckucksheim Politiker aller Couleurs und auf allen politischen Stufen (National & EU) von schwarz bis rot, grün oder gelb leben, ihre Volks-Tantiemen genießen, Steuer-Euros in Milliarden-Säcken in Griechenland oder anderswo im Sand versenken und die Islamisierung einfach hinnehmen.

Es ist einfach unglaublich wie sich die staatlichen Beschwichtiger im ORF, ARD, ZDF, etc. etc. und auch nahezu alle Printmedien, sich von der tatsächlichen Meinung der Zuseher und Leser entfernt hat.

Nicht zu übersehen ist freilich auch, daß sich was tut in Europa. Daß sich immer mehr Widerstand regt gegen Bevormundung und Lügen aus Politik und Medien.

Die Briten sind de facto raus aus der EU.

Österreichs oberste Richter zeigten völlig unerwartet Eier und „befahlen“ eine Wahlwiederholung.

Sogar der ganz rot unparteiische höchste händeschüttelnde Schnarcher im Land hat bei seinem Abgang immerhin doch noch erkannt, daß es Probleme gibt, denn,

— In **Italien** soll Beppo Grillos 5-Sterne-Bewegung bereits beliebteste Partei sein. In Rom stellt sie die Bürgermeisterin. Ihr Motto: Gegen Staatsmonopole, ausufernde Bürokratie, Macht der Banken. 58 Prozent der Italiener wollen jetzt über einen EU-Austritt abstimmen.

— **Frankreich:** Je mehr Staatsmedien gegen Marie Le Pen und ihre islamkritische »Front National« hetzen, desto schneller steigt deren Beliebtheit. Ein Referendum über den EU-Austritt wollen bereits 55 Prozent aller Franzosen.

— **Niederlande:** Die Holländer verpaßten Brüssel eine Klatsche, als sie gegen das Abkommen mit der Ukraine stimmten. Der liberale Islamkritiker Geert Wilders verzeichnet starken Zulauf.

— **Polen:** Seit die EU-kritischen National-Konservativen an der Regierung sind, läßt die deutsche Presse am ganzen Land kein gutes Haar mehr. Als ob sie damit in Polen die Stimmung ändern würden.....

— **Dänemark:** Die EU-kritische Volkspartei ist seit 2015 zweitstärkste Kraft im Parlament.

— **Tschechien:** Unter dem Sozialdemokraten Sobotka regieren inzwischen Rechts-Konservative mit.

— **Slowakei:** Seit Regierungschef Robert Fico ein Bündnis mit der Nationalpartei bildet, gehört er für die Staatsmedien auch zu den bösen EU-Kritikern.

— **Ungarn:** Viktor Orbán will nicht raus aus der EU, sondern diese möglichst von innen her ändern. Gelingt ihm das nicht, macht er einfach, was er will. **Aus meiner Sicht ein durch und durch vernünftiger Ansatz.**

Keiner muß ein politischer Analyst sein, um zu sehen, daß früher oder später ein weiteres Euroland aussteigen wird, daß EU Kartenhaus instabil wird und möglicherweise zusammen fällt. Unmöglich, daß Brüssel diese Entwicklung nicht sieht und was machen unsere Berufs-Europäer?

Gab es da zumindest einen Hauch von Einsicht? Demokratie einführen? Ein Neubeginn, weg vom Europa der Bürokraten, Banken, Lobbisten und Konzerne zu einem Europa, das den Menschen TATSÄCHLICH nützt? Von wegen!

»Jetzt erst recht!« befiehlt Schulz! Volksabstimmungen gehen nicht aus als gewünscht? Da werden sie eben verboten und/oder eben wiederholt (seinerzeit Irland) bis das gewünschte Ergebnis vorhanden ist (war). Nationale Parlamente könnten hier und da einen Strich durch die Rechnung machen? Da werden sie eben einfach übergegangen, wie bei den Abkommen CETA und TTIP.

Nein, Einsicht dürfen wir nicht erwarten. Die Bevölkerung stört bei diesen Plänen nur. Was unsere Politiker von uns Bürgern denken ist nicht druckreif. Aber die Menschen brauchen sie nur, weil jemand die Zeche zahlen muß. Damit keiner ausschert, wird immer strenger überwacht. Auswege werden konsequent versperrt, auch das Bargeld kommt irgendwann an die Reihe. Ausgereifte Pläne sind ja schon vorhanden.

Zum Glück können Sie selbst entscheiden, ob Sie dabei mitmachen wollen – noch! Es gibt viele Gründe, nicht (gleich) aus Österreich oder Europa weg zu gehen. Aber man sollte sich einen Ausweg offen halten und/oder zumindest einen Plan B für unsere Kinder und Enkelkinder für den Zeitpunkt, wenn Sie nicht mehr mitmachen wollen.....

Mögliche Auswege wären:

Ausweg 1:

Wird Großbritannien nach dem Brexit eine Steueroase vor der Nase der EU?

Die Briten haben schon eine eigene Währung, eine eigene Zentralbank und niedrige Steuern. Bald sind sie endgültig raus aus der EU – und der Eurohaftung – und bald haben sie die Kontrolle über ihre Grenzen und die Quantität und Qualität der Zuwanderung zurück. Wir müssen den Briten gratulieren, daß sie sich vom sinkenden Schiff rechtzeitig in Sicherheit gebracht haben.

Was jetzt aus London zu hören ist, gefällt allen Anhängern einer freien Marktwirtschaft. Ein Plan von Finanzminister Osborne will aus dem Land sowas wie eine Steueroase vor den Toren der EU machen. Ziel sei eine extrem wettbewerbsfähige Volkswirtschaft. Unter anderem will er Steuern für Unternehmen auf unter 15 Prozent zu senken – das ist weniger, als alle großen EU-Länder kassieren!

Ausweg 2:

Ihr preiswerter Zufluchtsort ist Bolivien, ein Land, wo die Welt noch in Ordnung ist. Da ist eine Art Auswanderer-Dorf geplant, ein Zufluchtsort für alle, denen in Europa der Boden definitiv zu heiß unter den Füßen wird. Wer sich kurzfristig zum Mitmachen entschließt, ist von Anfang an dabei und bekommt den Quadratmeter Land ab 10 Cent. Für 100.000 Euro, ein kleiner Bauplatz in Österreich, kriegen Sie da 10 Hektar. Für 25.000 Euro können Sie ein Haus mit 100 Quadratmetern drauf bauen.

Wenn Sie also gerade nichts vorhaben, setzen Sie sich am besten ins Flugzeug und sehen sich die schöne Gegend mit eigenen Augen an, wo Land noch so preiswert zu haben ist.

Oder machen Sie es einfach wie George Bush, der sich für den Notfall riesige Ländereien in Paraguay zulegte. Das gleiche wird auch immer wieder von Angela Merkel erzählt, bewiesen ist das aber (noch) nicht.

Falls Sie nicht so millionenschwer sind wie der frühere US-Präsident, und Ihr Landkauf folglich ein paar Nummern kleiner ausfallen wird, muß das kein Hindernis sein. Vielleicht interessiert Sie ja diese Gelegenheit bei Bush gleich um die Ecke...

SPÖ & ÖVP teilten noch ein letztes Mal die Beute

Es geht und ging um ein gewaltiges Personalpaket, bei dem sich Rot und Schwarz Positionen aufteilen und für viele Jahre eigenen Parteigängern zuschanzen wollen, welche die beiden Parteien bisher noch nicht kontrolliert haben. Was zugegeben in der österreichischen Realverfassung nicht mehr sehr viele Funktionen sind. Aber statt einzusehen, daß zwei Parteien, die für ihre eigenen Präsidentschaftskandidaten nur jeweils elf Prozent mobilisieren können, nicht mehr die ganze Republik gehört, mischen sie in einer Art Torschlußpanik noch rasch eine Extra-Portion Zement an, um sich zusätzlich einzubetonieren.

In der Koalition wurden ziemlich rasch bei einem großen Personalpaket folgende Positionen zwischen Rot und Schwarz aufgeteilt werden, bevor allfälligster Weise der neue Bundespräsident dazwischenfunken könnte:

- a) Der neue österreichische Richter am Europäischen Gerichtshof (die zweifellos mächtigste Position in der EU);
- b) Der neue Rechnungshofpräsident;
- c) Der (neue?) ORF-Generaldirektor samt der gesamten Führungscrew des Staatssenders;
- d) Der neue Präsident des Verfassungsgerichtshofs;
- e) Zwei weitere Richter des Verfassungsgerichtshofs.

Mit diesen Besetzungen wollen die beiden Regierungsparteien wichtige Machtpositionen auf viele weitere Jahre hinaus absichern, auch wenn die Totenglocken der rot-schwarzen Koalition selbst schon zu läuten begonnen haben.

Wem das Wasser bis zum Hals steht, sollte nicht den Kopf hängen lassen...

Nur allzuoft ist das österr. Motto: Arbeit ist Leid, Pension ist ein Segen, aber so wird das nix

Wir brauchen ein Ende dieser Mentalität, daß Arbeit Leid und die Pension der große Segen ist.

Wir brauchen ein Ende der Mentalität, daß das Wochenende in der Morgensendung des ORF schon am Donnerstag eingeläutet wird.

Wenn an der Wirtschaftsuni ein Großteil der Studierenden einen Job im öffentlichen Dienst anstrebt, zeigt das, daß wir unser Bewußtsein verändern müssen. Verteilt werden kann nur, was vorher erwirtschaftet wurde. Auf allen Ebenen.

Die Wiener SPÖ ist offensichtlich "eine Art Familienclan mit angeschlossenem Rathaus"

Gemeinderätin Martina Ludwig-Faymann ist mit dem ex Bundeskanzler - früher Wiener Wohnbaustadtrat - verheiratet.

Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely ist die Lebensgefährtin von Finanzstaatssekretär Andreas Schieder, ihre Schwester Tanja seit April Vize-Klubchefin in Wien.

Die Stadträte Christian Oxonitsch (Bildung) und Ulli Sima (Umwelt) waren ein Paar,

Vizebürgermeisterin Renate Brauner (Finanzen) die Jugendliebe von Bürgermeister Häupl.

Der Frau von Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny, Gemeinderätin Sonja Kato, werden Chancen auf einen Stadtratsposten nach der Wahl eingeräumt.

Eva-Maria Hatzl, die Ehefrau des ehemaligen Landtagspräsidenten Johann Hatzl, sitzt seit April im Gemeinderat.

Die Bundesgeschäftsführerin und frühere Landtagsabgeordnete Laura Rudas könnte, glaubt man der Wiener Gerüchteküche, ebenfalls bald Stadträtin werden. Ihr Vater Stephan ist (war +++) Chefarzt der Wiener Psychosozialen Dienste.

Der Sohn von Häupl, durfte sich bei der letzten NR-Wahl schon "aufwärmen" er war auf der Liste, aber weit hinten.

Christian Cap ist Geschäftsführer der Kabel TV Wien, die sich für die Verwaltung des städtischen 5%-Anteils des Wiener Kabelnetzes (Telekabel) **ZWEI** Geschäftsführer leistet. Er war der Bote von Häupl der Gusenbauer zum Rücktritt aufforderte.

Interessant waren aber auch Faymanns Netzwerke:

Denn da ist ja der Herr Wolfgang Jansky, der Faymanns Pressesprecher war, bevor er nun Geschäftsführer bei der Gratiszeitung "Heute" wurde. Er war übrigens mit Doris Bures (heute Nationalratspräsidentin) liiert. Frau Bures war bekanntlich SPÖ-Bundesgeschäftsführerin und war somit zuständig für Herrn Faymanns Wahlkampf....

Und Herausgeberin und Mitgeschäftsführerin von "Heute" ist die Schwiegertochter von Hans Dichand, verblüffend.

Und mit der ehemaligen (!) Pressesprecherin von Herrn Faymann ist Herr Klaus Pandi liiert und der wiederum ist für die Innenpolitik bei der „Krone“ zuständig; so what?

Und wie ist das mit dem heutigen Klubobmann der SPÖ im Parlament SCHIEDER, war dessen Vater nicht auch Gemeindepolitiker?

Putineske Geschichte

Aus dem beschaulichen Luxemburg, das Jean-Claude Juncker bekanntlich zur Spielhölle globaler Steuertrickser gemacht hat, dringt eine fast putineske Geschichte hervor. Zwei Ex-Mitarbeiter einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hatten Daten und Papiere der Öffentlichkeit überreicht, da sie Juncker's „tax rulings“ für unmoralisch und illegal hielten. Wegen Diebstahl und Verrat von Geschäftsgeheimnissen forderte der Staatsanwalt 18 Monate Gefängnis auf Bewährung. Auch der Journalist, der alles veröffentlichte, wurde angeklagt.

Am Mittwoch den 29.06.2016 wurden Sie dafür vor Gericht gestellt und verurteilt.

Verkehrte Welt: Die drei hätten einen Preis für Zivilcourage verdient und welches Gericht streichelt Herrn Juncker nieder?

.....die verbrüsselten Österreicher sollten endlich einmal begreifen was wirkliche Souveränität darstellt bzw. was Freiheit für die Bürger ausmacht.....

Schuldenfalle

„Der Staatshaushalt soll ausgeglichen sein. Die Schulden der Regierung müssen vermindert werden; die Arroganz der Behörden ist zu mäßigen und zu kontrollieren. Zahlungen an ausländische Regierungen sind zu verringern, wenn das Land nicht bankrott gehen will. Das Volk muß wieder lernen zu arbeiten, anstatt von staatlicher Unterstützung zu leben.“

So meinte Herr Marcus Tullius Cicero vor ein paar Tausend Jahren, also alles schon einmal dagewesen.....und das römische Weltreich ging unter.

Ich geh mal schnell unser Geld retten. Wer kommt mit?

Potzblitz, diese ganze Berichterstattung über drohende Staatsbankrotte, mit tausend Billionen Quadrilliarden dotierte Schutzschirme und den quasi schon an die Tür klopfenden Banken-Domino-Day – der, wenn er denn wirklich über uns hereinbrechen sollte, zum Trost im ORF wenigstens von Armin Assinger kommentiert werden wird – mit dem finalen Höhepunkt der effektvollen Verpuffung sämtlicher Ersparnisse zumindest jener, die halt leider zu deppert waren, sich mittels ihrer wohlverdienten Boni frühzeitig die Kleinen Antillen und einen Privatjet, der sie dorthin ins Exil bringt, ins Portfolio zu legen.

Das ganze Geschreibsel also über all diese schiachen Sachen finde nur deswegen öffentlich statt, weil es in letzter Zeit umständehalber leider bei dem Großkunden ÖBB im Auftrag der Regierung, einen kleinen Auftragsengpaß bei den Inseraten gegeben hat – und die Zeitungen diesen vielen Platz ja schließlich irgendwie füllen müssen.

Dabei, und das ist quasi wissenschaftlich erwiesen, sahen die Österreicher ja wirklich Inserate mit einem scharf gescheitelten und entschlossen eine glorreiche Zukunft herbei lächelnden Verantwortungsträger allemal lieber als mit unanständigen Begriffen wie BIP oder ATX vollgeschmierte Seiten: Laut jüngsten Umfragen wissen nämlich 60 Prozent der Österreicher weder, was das eine, noch, was das andere sein soll. Ein sattes Drittel kann nicht erklären, was Zinsen sind. Und demzufolge verschätzen sich auch 25 Prozent ein wenig bei der Beantwortung der Frage, ob denn ein Zinssatz von zwei, drei, vier oder vielleicht doch minus ein Prozent bei Spareinlagen am besten wäre. Fazit: „Die meisten lesen nicht einmal den Wirtschaftsteil der Gratiszeitungen.“

Damit bringen sie klarerweise ideale Voraussetzungen mit, um den Euro zu retten. Also aufgehts.....

Denn es ist natürlich völlig einsichtig, daß die Regierung angesichts der Komplexität des Alltagslebens, in dem man ohnehin andauernd mit Sonderprüfungen wie dem Ausrechnen müssen, in wie vielen Tagen die Milch sauer wird, oder aber auch dem Zubinden von Schuhen konfrontiert ist, die Bevölkerung nicht über Gebühr mit unnützen Informationen über den EFSF belasten will.

Denn wenn die wüßte, was sie da gerade tut – aber -hallo! Allerdings, so viel ist auch klar: Was sie da tut, ist ja alternativlos. Also soll sie nicht irgendwelchen trüben Gedanken über Hyperinflation oder Haircut nachhängen – die sie noch dazu ohnehin nicht versteht –, sondern sich lieber den Kopf darüber zerbrechen, wer „Die Fußballmeisterschaft“ gewinnt. Herr Ober bitte noch ein Krügerl.....

Außerdem würde schon allein das öffentliche Aussprechen des Begriffs „Europäische Finanzstabilisierungsfazilität“ HC Strache gleich wieder ein Umfrageprozent mehr bescheren – und vermutlich auch die Märkte gröblichst verunsichern, weil es gerade die Märkte nicht gern haben, wenn blöd geredet wird.

Nun wird aber bekanntlich leider vor allem in Parlamenten ganz gerne einmal blöd geredet – und das bitte nicht nur in einem Land, in dem Peter Westenthaler oder Gerald Grosz völlig ohne fachmedizinische Akutbetreuung ans Mikrofon dürfen. Das haben die Eliten, die die Europäische Union schließlich zu dem gemacht haben, was sie heute ist, und die eben schon allein deshalb alles Recht der Welt haben, sich nicht von jedem dreinreden zu lassen, zum Glück überall erkannt. Angela Merkel etwa sagte unlängst über die Bekämpfung der Eurokrise den ausnehmend schönen Satz:

„Wir werden Wege finden, wie die parlamentarische Mitbestimmung so gestaltet wird, daß sie trotzdem auch marktkonform ist.“

Ja, kla(a)r. Da ist er heikel, der Markt. Und wir müssen verdammt vorsichtig sein. Weil sonst wandert er am Ende beleidigt irgendwohin aus, wo es schöner ist. Nach China zum Beispiel. Darum ist es ja auch viel gescheiter, daß jetzt, wo die Aufstockung des EFSF auf 440 Milliarden in allen diesen Quatschbuden durch ist, nicht mehr extra beschlossen werden muß, ob man diese Summe durch „Hebeln“ auf das Fünf- bis Achtfache erhöht. Weil, ehrlich jetzt: Das würden ja die meisten Abgeordneten auch nicht mehr verstehen, wie das geht und warum das super ist und auch überhaupt nicht gefährlich und so.

Weil das verstehen halt nur Experten. Zum Beispiel die Experten von Goldman Sachs, die die europäischen Regierungen in puncto Eurorettung beraten. Ja, richtig, das sind die, die vorher Griechenland geholfen haben, mit gefälschten Zahlen überhaupt erst in den Euro zu kommen. Und ja, die, die ihren Kunden jetzt zu Wetten gegen den Euro raten.

Übrigens glauben laut einer anderen neuen Umfrage 58 Prozent der Österreicher an Schutzengel. Hoffentlich kennen die sich da besser aus als beim BIP.

Grundlegende Tatsache ist, sowohl Guthaben als auch Schulden wachsen durch den Zinseszins-Effekt exponentiell an. Schulden bzw. deren Zinseszinsen wachsen anfangs langsam; da aber die Rate des Wachstums sich fortwährend beschleunigt, wird sie nach einiger Zeit so rasch, daß sie jeder Einbildung spottet.

Hier nun beispielhaft die heutigen konkreten Zahlen der Statistik Austria über die österreichischen Staatsverschuldung:

Mio. €:

Im Jahre	1995	BETRUG diese	119.834
	2005		172.842
	2014		278.089
	2016		wird erst veröffentlicht

Also wenn das nicht ein „wirtschaften“ in der Art und Weise eines ordentlichen Kaufmanns ist, dann weiß ich nicht?!

In Zypern, Griechenland, Portugal, Irland und wohl auch Spanien ist diese Schuldenfalle bereits zugeschnappt, Italien steht kurz davor und das bringt den Euro dann in wirklich ernste Gefahr.

Die Sowjetunion und ihre Trabanten sind vor gut 20 Jahren letztlich an ihren Schulden zugrunde gegangen, ist es morgen die EU?

In den USA sieht es noch übler aus, ohne Nachtragshaushalt wäre Washington bereits längst pleite.

Aus meiner Sicht ist der Zusammenbruch des aktuellen Währungssystems keine Frage des "ob", sondern nur des "wann".

Immer wenn Staaten aus irgendwelchen Gründen ihre Schulden nicht mehr bedienen können, wurde und wird die Geldpresse (JAPAN!) angeworfen. In den Zwanzigerjahren des vergangen Jahrhunderts waren z.B. der verlorene Erste Weltkrieg und die Reparationszahlungen schuld, dann kam der Kriegstreiber Adolf der Schnauzer, heute sind es andere Ursachen, aber die Konsequenzen sind die gleichen.

Kapitalismus und freie Marktwirtschaft werden Stück für Stück außer Kraft gesetzt. Der Überwachungsstaat boomt. Bankrotte Banken und korrupten Staaten, was für eine Interessengemeinschaft. Notwendige, schmerzvolle Selbstreinigungsprozesse werden verhindert, weil Politiker Angst um den Verlust der für sie zweckdienlichen Parteiendemokratie und um ihre vielfachen von den „Parteien“ vergebenen Pöstchen haben.

Um das heutige System weiter aufrecht zu erhalten, wird Geld gedruckt - versteckt oder heimlich. So werden auch diesmal die Effekte die gleichen sein: Eine unaufhaltbare Inflation, welche zum Schluß zur einer Explosion führt und das Geldsystem zerreißt.

Die Schulden der Welt können nie wieder zurückgezahlt werden. Eine globale Währungsreform ist deshalb unvermeidlich. Bei dieser „Währungsreform“ werden Privatleute Unsummen verlieren. Eine „Währungsreform“ ist keine Fantasiegebilde - zweimal verloren im letzten Jahrhundert die meisten Menschen ihr Vermögen wegen Geldentwertung.

Inflation und Hyperinflation sind auf Dauer gesehen unausweichlich. Die Notenbanken der Staaten drucken weiter Geld. Der Anfang ist gemacht. Die offiziellen Inflationsdaten sind nichts anderes als ein schönes Märchen.

Gestern zahlte ich beim Bäcker € 3,28 für je 2 Semmel und 2 Kornspitz. Das wäre in alten österr. Schilling ausgedrückt: ATS 45,13. Das anschaulich zum Thema Inflation. Jener Inflation die jedermann täglich im Geldbörstel spürt und die lt. Statistik Austria praktisch nicht vorhanden ist.....

Solange diese globale Gelddruckerei - besonders in Europa und den USA – nicht aufhört, solange ist es nicht zu spät für Sachinvestitionen. Die einzige Möglichkeit, die Kaufkraft der eigenen Ersparnisse zu retten, ist der **rechtzeitige Umtausch** in Sachwerte.

Und wann ist rechtzeitig? Bitte beim heiligen Stuhl nachfragen, der ist unfehlbar und weiß alles, so sagt man zumindest....., ich weiß es leider nicht.

So wie ein Hund unfähig ist, sich einen Wurstvorrat anzulegen, sind die Sozialdemokraten unfähig, Geldvorräte anzulegen. Das **exzessive Schuldenmachen** ist eine Geisteskrankheit, für deren Therapie sie sich hält.

Löst die EZB eine Weltwirtschaftskrise aus?

Besonders dramatisch ist auch die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank. Diese treibt damit nicht nur die Deutsche Bank, sondern fast alle europäischen Geldinstitute in schwere Existenzprobleme, ohne daß der EZB damit die beabsichtigte Ankurbelung der europäischen Krisenregionen gelungen wäre. Die Ausschaltung des Marktzinses als entscheidender Regulierungsmechanismus jeder funktionierenden Wirtschaft wird über die Zerstörung der Finanzwirtschaft hinaus zwangsläufig zum Anwachsen vieler Blasen führen (Immobilienpreisexplosion, falsche Plazierung von Investitionen).

„Dramatisch“ ist im Grund nur ein schwaches Adjektiv, um die zu befürchtenden Folgen der EZB-Gelddruck- und Zinspolitik zu beschreiben. Die damit ausgelöste schrittweise Enteignung der Sparer bedeutet mittelfristig unglaublich gefährlichen Explosivstoff für alle betroffenen Demokratien. Und diese Enteignung droht zusammen mit der Heranzüchtung von Blasen und mit den exzedierenden (nur durch die EZB überhaupt möglich gewordenen!) Staatsdefiziten die bisher größte Wirtschaftskrise der Geschichte auszulösen.

Neben diesen dramatischen Ebenen der Bank-Krise verblaßt zwar die nächste, darf aber nicht unerwähnt bleiben: An der Spitze der Investoren, die derzeit gegen die Deutsche Bank spekulieren, steht nach seriösen Informationen wieder einmal George Soros. Was schon irgendwie seltsam ist bei einem Menschen, der gleichzeitig der Messias aller Linksliberalen sein will. Freilich kann Soros nur so agieren, weil eben die EZB so marktwidrig agiert, weil Amerika und Europa einen unerklärten Wirtschaftskrieg führen, weil die Deutsche Bank viele Fehler und Inkorrektheiten begangen hat.

Damit kommen wir zur letzten Ebene dieser Causa: Die deutsche Regierung steht vor der überaus schwierigen Frage, ob sie mit Steuermitteln die Deutsche Bank retten soll, wenn diese noch mehr in Schieflage geraten sollte und das ist zu erwarten.

Berlin hat immer wieder geschworen, das nicht zu tun. Und auch die überwiegende Mehrzahl der Deutschen will das nicht. Dennoch könnte Berlin bald in Zugzwang geraten. Wobei das Fatale für die deutsche Regierung ist, absolut jede Entscheidung könnte sie noch stärker beschädigen, als das die Willkommenspolitik von IM Erika es ohnedies schon getan hat.

Rettet die deutsche Regierung die Bank mit Steuermitteln, dann steht sie als lächerlich blamiert da. Woran auch der Umstand nichts ändern wird, daß die Schuld an der Bank-Krise gar nicht bei ihr liegt.

Läßt Berlin die Deutsche Bank aber fallen, dann löst es damit die ohnedies drohende Weltwirtschaftskrise aus. Denn dann werden wahrscheinlich zwangsläufig Abertausende deutsche und internationale Unternehmen, die mit der Bank arbeiten, wie Dominosteine ebenfalls in Konkurs geraten. Dann werden binnen weniger Monate Hunderttausende Menschen arbeitslos. Dann kommt eine gar nicht genau abschätzbare Kettenreaktion in Gang.

Viele Dummheiten und Fehler blieben jahrelang scheinbar folgenlos. Wie eben die Politik der EZB, wie eben das Führen und nationale Aufladen eines Wirtschaftskriegs, wie eben das Fehlen von gemeinsamen UNABHÄNGIGEN Schiedsgerichten. Aber irgendwann – und vielleicht sogar recht bald – treten die Folgen all dieser Fehler mit akkumulierter und geballter Gewalt ein.

Und treffen auch die gesamte Bevölkerung die diesen Vorgängen nicht entgegenwirkte, (*weil sie zu Zusammenhänge gar nicht verstand*), und die so bis zum bitteren Ende glaubt, an diesen Ursachen unschuldig zu sein.

Irrtum, der Wirtschaftskrieg wurde von der EU selbst erklärt. Die Einführung des Euro erfolgte unter der expliziten Begründung, den Dollar als Weltleitwährung ablösen und den Euroraum wirtschaftlich stärker als die USA werden zu lassen. Es war ein mehrmals öffentlich erklärtes Ziel, als Wirtschaftsmacht die USA zu überholen. Hat da wirklich irgendjemand geglaubt, die Amis lassen sich einfach so von irgendwelchen altkontinentalen Provinzpolitikern ausrichten, gefälligst ihre Rolle als Weltführungsmacht abzugeben?

Na gut, unseren EU Provinzpolitikern traue ich das zu, das sind nicht gerade die hellsten Kerzen in Gottes Kandelaber. Aber Fakt ist, daß man damals geradezu darum bettelte, sich mit der amerikanischen Wirtschaft anzulegen. Ein Hund, der an ein Bein pinkelt, muß damit rechnen, getreten zu werden.

EU am Abgrund

Das ist ein Kaliber, denn dort sitzen die wirklich kompetenten Entscheidungsträger die von den einzelnen Mitgliedsländern dorthin entsorgt wurden.

- In der EU wird mit Weitblick gearbeitet. Man schreibt mir Bürgerlein z. B. vor, ich darf nur mehr Energiesparlampen kaufen die viel schneller kaputt gehen als normale Glühlampen und die dank ihrer hochgiftigen Quecksilberfüllung Sondermüll darstellen.
Was für ein grandioses Geschäft für die Lampenindustrie und den Elektrofachhandel, Lobbyist hätte ich werden sollen, mit oder auch ohne Registrierung.....,

- Oder der leider bereits verblichene Gurkenkrümmungsradius, das war einfach der Geniestreich eines EU Kommissars schlechthin,
- Oder die zig Tausende EU Arbeitsstunden die dafür verwendet wurden die famosen Maastricht Kriterien zu formulieren, zu lesen, zu beschließen und in alle 26 EU Sprachen zu übersetzen und **dann NIE anzuwenden**. Aber sei es darum, diese auch auf Einhaltung seitens der einzelnen Staaten zu kontrollieren, ja warum auch, wozu? Wir sitzen doch alle im gleichen abgeschmierten und korrupten EU Boot.
- Oder der tolle damalige germanische Erweiterungskommissar der ohne Wenn und Aber, sonst aber forsch, die gefälschten Daten Griechenlands einfach schluckte und da er ein Politiker von Rang und Namen ist wird er daher nie zur Verantwortung gezogen werden. Warum auch, von wem auch? In meinen Augen hat er sich ein Denkmal verdient, wie könnten unsere Politgranden heute sonst die vielen Nächte an der „Rettung“ Griechenlands, an der Rettung des € arbeiten? Sich die Hohlköpfe zerbrechen wie man die grandiose europ. Schuldenpolitik fortsetzen kann ohne den eigenen Pfeifenkopf zu riskieren.

Gestattet mir eine Zwischenfrage, kann mir jemand das Wort „**Schwachsinn**“ an Hand von praktischen EU Beispielen erklären?

Ach ist das eine fürchterlich gute sichere Welt in der ich heute lebe. Ich brauche nicht mehr selbst zu denken, die politischen Parteien denken für mich, wer braucht schon direkte Demokratie, die blöden Schweizer allenthalben, wir doch aber nicht, wir sind anders, wir sind weiter, wir lassen bereits denken von unseren politischen Hohl- und Kohlköpfen.

Ich sehne mich danach, aber es ist fraglich ob ich es in meinem Alter noch erleben werde, daß man mir genauso wie dem Dackel meines Nachbarn in meine Haut einen Chip zwecks Dauer - Identifikation einpflanzt, es wäre dann so vieles noch viel einfacher. Es bedarf dann keines „Facebook“ mehr um zu wissen mit wem ich befreundet bin, es bedarf keiner Kundenkarte mehr die dem Diskonter sagt ob ich bei ihm Sauschädel oder Präservative kaufte. Eine noch viel bessere Infowelt würde sich auf tun. Also Hand aufs Herz, großes Pfadfinder Ehrenwort, ich bin keineswegs frustig, es sieht vielleicht nur so aus, ich bin so unendlich glücklich über meine von den politischen Parteien vollkommen selbstlos bereit gestellten und so verantwortlich machtgeil handelnden und praktisch nie korruptionsanfälligen Politiker auf allen Ebenen, ich liebe sie einfach. Denn wer würde sich sonst um meinen persönlichen Schutz gegen die bösen Terroristen sorgen.....

Ich fühle mich bis zum Abwinken wohl und wie geht es Dir - Euch?

Und was tun wir? Wie immer, wie immer, wie immer..... NICHTS. Aber wie lange tun wir es noch?

Ein Europa, das von einem französischen Zentralismus bestimmt aber mit deutscher Gründlichkeit durchgeführt wird, erfüllt mich mit Schrecken.

Der Brexit hat die obersten EU-Vertreter ziemlich alt aussehen lassen. Und das Schlimme dran ist, daß die Damen und Herren in Brüssel anscheinend gar nicht verstehen (wollen/können?), wie sehr ihnen der Hut brennt. Trotzige Kinder reagieren ähnlich unreif wie Juncker und Co auf das britische Votum: Statt zu sagen, O.K, da lief etwas verdammt schief in Brüssel und der Brexit ist ein sofort umzusetzender Handlungsauftrag, versteifen sie sich auf die Rolle der Bewahrer und Beschützer des Status Quo. Falscher kann man sich in der tiefsten Krise der EU nicht verhalten. Auch wenn die Schimpfe von Brüssel aus hinüber nach England unter einhelligem Zuspruch der Linksmedien stattfand – sie ist trotzdem völlig fehl am Platz.

Wer jetzt noch immer nicht versteht, daß das Problem in Brüssel und Berlin und definitiv nicht in London zu Hause ist, der sollte so ehrlich sein und den Rücktritt auf sich nehmen. Schöngeredet wurden die zentralen Defekte der EU-Politik schon lange genug und die Punkte, die es zu ändern gilt, liegen längst auf der Hand:

1. Die Migrationspolitik

Die kontraproduktive und schon ans Absurde grenzende Einladungs- und Grenzöffnungs-Manie Deutschlands in Verbindung mit einem nicht existenten Schutz der Außengrenzen wird der EU den finalen Stoß versetzen, wenn nicht sofort eine 180-Grad-Wende erfolgt. Diese muß eine passagäre Schließung aller Binnengrenzen beinhalten. Und diese muß aufrecht bleiben bis zum klaglosen Funktionieren der Hotspots an den Außengrenzen und bis zum einwandfreien Arbeiten des Schengen-Grenzschutzes. Offene Grenzen werden die Sozialstaaten und die Kultur Europas zerstören. Das ist zweifellos die schlechteste, leider aber heute noch immer wahrscheinlichste Variante für alle Beteiligten und Betroffenen. Daher werden, wenn diese Wende nicht eintritt, weitere Staaten den Absprung wagen.

2. Europa der Nationen

Die Mehrheit der Europäer will ihre Identität im Rahmen von sowohl von innen wie auch von außen gut erkenn- und spürbaren Nationalstaaten erhalten. Alle Bestrebungen, einen EU-Superstaat zu errichten, der euphemistisch die „Vereinigten Staaten von Europa“ genannt wird, sind sofort abzustellen. Was wir brauchen, ist eine Wirtschaftsunion mit einigen gemeinsamen politischen Eckpunkten, die neu zu diskutieren sind. Denn die Bürger brauchen Arbeitsplätze und keine Brüssler Polit-Phrasen vom ach so schönen gemeinsamen und gleichgeschalteten Europa. Im Grunde interessiert die Leute nur eines:

3. Der Wirtschaftsraum

Brüssel und alle Mitgliederstaaten müssen sich auf die 4 Grundfreiheiten der EU rückbesinnen und allen wirtschaftlichen Bestrebungen den Vorrang geben. Nur die freie Marktwirtschaft macht uns frei. Ein Brüssler Superstaat mit Bürokratie-Monstern und Vorschriften-Orgien knechtet uns und zwingt uns in ein Korsett, das uns die Luft zum Handeln abdrückt. Und ohne Handel gibt es kein Gedeihen. Die Freiheit der Unternehmen und die Unterstützung jeder wirtschaftlichen Produktivität kann erst jene sozialen Budgets schaffen, die wir für die Versorgung der Schwächeren, Alten und Kranken brauchen. Zuerst kommt die Wirtschaft und dann das Soziale, nicht umgekehrt – weil ohne ausreichende Produktivität jedes Sozialsystem scheitert.

Diese 3 Punkte müssen in die linkshypertrophen und nur internationalistisch denkenden Gehirne der EU-Granden hinein. Ansonsten stehen wir heute noch am Abgrund, sind aber schon morgen einen Schritt weiter.

Topflappen

Bis jetzt galt die EU-Verordnung über die Herstellung von Hostien in der katholischen Kirche – mit einem zwingend eingebrennten Verfalldatum – als das extremste Beispiel der EU Regulierungssucht.

Es gibt nichts, das nicht übertroffen werden kann.

Der neueste Ausbund an geistiger Vergewaltigung ist die sogenannte „Topflappen-Verordnung“. Dem seit Jahrhunderten bewährten Topflappen ging es an den Kragen. Schon seit dem Frühjahr 2016 ist nämlich eine EU-Verordnung in Kraft getreten, mit der „einheitliche Standards für die Herstellung von Schutzartikeln“ geschaffen wurden, die u.a. die Hände vor heißen Kochgeräten schützen.

Nach einer Übergangsfrist wird jeder Hersteller von Topflappen nachweisen müssen, daß diese nach EU-Vorschriften gefertigt wurden. Dafür wird es dann eine sogenannte CE-Kennzeichnung geben; der Hersteller muß jedem Topflappen eine entsprechende Konformitätserklärung und auch eine „schickliche“ Gebrauchsanweisung beifügen.

Jetzt darf sich die Durchschnittsanwenderin in der EU nur mehr mit EU genehmigten Topflappen ihre Hände und das auch nur nach strikter Vorschrift verbrennen.....

Und solche Eierköpfe bezahlen wir mit unseren Steuern; wir sollten uns alle nicht von der EU genehmigte „nasse“ Fetzen nehmen und in Brüssel „sauber“ machen.

Freie Meinungsäußerung

EU-Maulkorb: Pläne zur Einschränkung der freien Meinungsäußerung in der EU. Und niemand gebietet Einhalt. Hinter den EU-Mauern wird ein neues „Überwachungsprogramm“ ausgeheckt! Die EU will „intolerante Bürger“ überwachen. Das European Council on Tolerance and Reconciliation (ECTR) hat einen Entwurf dem Ausschuß für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des Europaparlaments überreicht. Er soll zur Verabschiedung vorbereitet werden. Mit dem sinnigen Titel: „European Framework National Statute for the Promotion of Tolerance“.

Der beunruhigende Vorschlag würde europäische Regierungen verpflichten (!), Bürgerinnen und Bürger, die als „intolerant“ angesehen werden, zu überwachen. Dies könnte somit auch zu einem Verbot sämtlicher Kritik gegenüber dem Islam oder dem Feminismus führen...

Gemäß kritischen Beobachtern stellt dieses Statut eine „beispiellose Bedrohung des Grundrechts auf Rede- und Meinungsfreiheit“ dar und könnte letztlich dazu führen, daß das Recht auf freie Meinungsäußerung in Europa massiv eingeschränkt wird.

Weil etwa kritische Stimmen gegenüber dem Islam und dem islamischen Recht, der Scharia, verboten werden könnten.

Auf dieses Ziel haben moslemische Aktivistengruppen seit mehr als zwei Jahrzehnten hingearbeitet. Artikel 4 der vorgesehenen Verordnung ist aufschlußreich: „...es gibt keinen Grund, tolerant gegenüber intoleranten Menschen zu sein. Dies ist dann besonders wichtig, wenn das Recht auf freie Meinungsäußerung, Rede- und Meinungsfreiheit berührt ist!“

Die Ausrottung der Intoleranz hat mit anderen Worten Vorrang vor dem Recht auf freie Meinungsäußerung von Millionen europäischen Bürgern...

Es wird noch besser:

In dem Entwurf wird festgelegt: „Angehörige gefährdeter oder benachteiligter Gruppen genießen zusätzlich (!) zu dem allgemeinen Schutz, zu dem die Regierung jeder Person innerhalb des Staates gegenüber verpflichtet ist, noch besonderen Schutz.“ Dahinter steht die Forderung, das Recht auf freie Meinungsäußerung der Bürger Europas müsse eingeschränkt werden, damit die „zusätzlichen“ Rechte von Minderheiten nicht durch „intolerante“ Bemerkungen beeinträchtigt werden. Alleine schon Satire wäre verboten.

(Anm.: Der geniale Kabarettist Dieter Hildebrand wäre wohl kriminalisiert worden, wäre er nicht rechtzeitig gestorben).

Auch hier „Big Brother“, gepaart mit Bürokratie: Das Rahmenstatut fordert den Aufbau einer „besonderen Verwaltungseinheit“ in jedem der 28 EU-Mitgliedstaaten, die die Durchsetzung und Einhaltung des Statuts überwachen soll. Sie soll dem Justizministerium des jeweiligen Landes direkt unterstellt sein und auch Strafen verhängen dürfen. Zusätzlich soll in jedem Land eine „Nationale Kommission zur Überwachung der Toleranz“ zur „Förderung der Toleranz“ geschaffen werden..

Der Entwurf fordert auch die „Umerziehung“ von Personen

die als intolerant eingestuft werden. „Jugendliche, die Straftaten begangen haben und verurteilt wurden, sind verpflichtet, sich einem Rehabilitierungsprogramm zu unterziehen, durch das ihnen eine Kultur der Toleranz anerzogen (!) werden soll.“ Schulen sollen von der Grundschule an von der Regierung verpflichtet werden, „die Schülerinnen und Schüler im Unterricht zu ermutigen, Verschiedenheit und Vielfalt zu akzeptieren und ein Klima der Toleranz gegenüber den Qualitäten und Kulturen anderer zu fördern.“

Brüssel-Kenner befürchten, daß dieses Statut große Chancen hat, durchgewunken und beschlossen zu werden. Denn schon 2001 erklärte die EU, sie habe das Recht (!), gegen ihre Kritiker vorzugehen. Die schrittweise Einführung des Maulkorbs wird sich wohl kaum mehr verhindern lassen... (Quelle: [Vertraulicher Schweizer Brief](#) Nr. 1377)

Statistik

Endlich wieder eine europäische Statistik, bei der Österreich weit an der Spitze aller 28 EU-Länder liegt. Nein, es ist (noch) nicht die Arbeitslosigkeits-Statistik, trotz ihrer katastrophal schlechten Entwicklung in Österreich. Es ist eine andere Zahl, die nur sehr naive Menschen freuen kann, die aber in Wahrheit für Österreich noch viel schlimmer, langfristig noch viel dramatischer, ist.

Es ist die Bevölkerungsentwicklung im vergangenen Jahr. Die Bevölkerung hat in Österreich nach von der EU veröffentlichten Zahlen in einem einzigen Jahr um unvorstellbare 14,4 pro tausend Einwohner zugenommen. Das ist europaweit weitaus am meisten. In Deutschland, dem zweitplatzierten Land dieser Statistik waren es hingegen nur 11,8 zusätzliche Einwohner. Hingegen haben elf EU-Länder überhaupt Einwohner verloren.

Wie das, werden nun manche erstaunt fragen. Trotz der eindeutig negativen Geburtenrate? Trotz der größten Arbeitslosigkeit seit dem Weltkrieg, die ja auch 2015 ständig gestiegen ist, was ja nach aller ökonomischen Logik eigentlich zur Massenauswanderung führen müßte?

Es ist ganz eindeutig: Österreich ist – primär, aber keineswegs nur aus Verschulden der SPÖ – das weitaus einwanderungsfreundlichste Land Europas. Unabhängig von der wirtschaftlichen Lage. Die hiesigen Wohlfahrtsleistungen, die gigantisch hohe Mindestsicherung auch für Menschen, die keinen einzigen Tag gearbeitet haben, die üppige Grundversorgung für Asylwerber auf der einen Seite und die extrem freigiebige Asylgewährung an alle Zuwanderungswilligen durch Behörden und Gerichte als zweiter Hauptfaktor sind eindeutig die Hauptursachen, die so viele Menschen nach Österreich locken.

Eine Nebenursache ist auch der Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte aus Osteuropa in echte Jobs, wodurch schlechter qualifizierte Menschen, also vor allem jene aus der Türkei, vom Balkan und aus der Dritten Welt, in die Arbeitslosigkeit (plus Mindestsicherung) verdrängt worden sind. Was freilich keineswegs von allen Betroffenen sonderlich als Problem empfunden wird.

Es wird letztlich für Österreich unbewältigbar bleiben, was das alles bedeutet: rapide wachsender Wohnungsmangel, Überbevölkerung in einem ohnedies schon sehr dicht besiedelten Land mit all ihren ökologischen Folgen, kulturelles Auseinanderbrechen, völlige Unfinanzierbarkeit des gesamten Sozialsystems. Ich würde heute auch jenen nicht mehr widersprechen, die darin sogar ein klares Vorspiel zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen sehen.

Aber für die Politik scheint das alles absolut kein Problem zu sein. Jedenfalls wird diese Entwicklung völlig gelassen hingenommen.

Es gibt auch absolut kein politisches Ohrenwackeln zur zweiten dramatischen Veröffentlichung. Das ist die Veröffentlichung von Daten zur Wirtschaftsentwicklung durch

die regierungseigene Statistik Austria (die naturgemäß bemüht war, das absolut un-aufgeregt und beiläufig zu veröffentlichen). Die wichtigsten der Schreckensbotschaften:

- I. 2015 ist Österreichs Volkswirtschaft nur halb so stark gewachsen wie der EU-Schnitt.
- II. Der noch vierte Platz bei BIP pro Kopf nach Kaufkraftstandards ist bedroht.
- III. Das BIP pro Kopf stagnierte 2015 überhaupt.
- IV. 2015 haben die Statistiker für Österreich die geringste durchschnittliche Arbeitszeit seit 1995 gemessen.

Es reicht, und was tun wir dagegen, genau wie immer, **NICHTS**. Das aber gelassen.

Sorgfalt

Da das Geburtshaus von „Adolf dem Schnauzer“ in Braunau immer mehr und mehr zum Anziehungspunkt der Nazis wurde, beschloß das Innenministerium den Ankauf des Gebäudes um es anschließend zu schleifen.

Da hochlöbliche österr. (ehemals k. u. k.) Bundesdenkmalamt verkündete in einer Aussendung, „sicher nicht“, das Gebäude steht unter Denkmalschutz!

Na dann, und laß mir den Franz Joseph, den Gamsbart und den Oberofficial im Salzamt untertänigst aber schön und gebühlich grüßen.....und bei Gelegenheit koordiniert bitte die Bewegungen der rechten mit der linken Hand.

Der gläserne Bürger

Ich handle nicht mit kleinen oder großen Mädchen, nicht mit Rauschgift, ich bin (noch) kein Terrorist, habe nichts zu verbergen, außer mein Privatleben und das geht niemand etwas an, und trotzdem bin ich



und ich freue mich darüber wahnsinnig:

- daß die Verbindungsdaten meines Telefons, der jeweilige Standort meines Telefons, welche WEB Seiten ich mir ansah, an wem ich welchen Text als E-Mail sendete, aufgezeichnet werden,
- über die laufende Fluggastdaten Aufzeichnung. Endlich weiß ich auch später noch wann ich von wo nach wohin geflogen bin,
- daß ich auf der Autobahn wenn ich von A nach B fahre, unzählige Male gefilmt werde, damit ich auch später im Falle einer Demenz noch weiß wohin ich wann gefahren bin,
- die nette Leibesvisitation bei allen Flügen, einfach genital erregend, sie dient ja meiner Sicherheit. Die Flasche Mineralwasser die ich mitbringe, also die ist brandgefährlich, also weg damit, die Flasche Mineralwasser die ich im Abfluggebäude kaufe, die ist o.k., kostete auch das Vielfache. Mein Schweizer Messer, meine Nagelfeile, das sind Mordinstrumente, das darf nicht in die Kabine. Das aus stainless steel gefertigte und in der Business Kabine gereichte Steakmesser, das ist o.k., Terroristen reisen ja auch nicht Business, also alles logisch! Bloß für wem?
- daß die USA, als der sicherheitstechnische Nachfolgestaat der verblichenen DDR, vor einer allenfalls gnädig gestatteten Einreise wissen will ob ich kleine Kinder oder Popcorn im Flieger gegessen habe, - zuvorkommender Weise verlangt das FBI > CIA vom verwendeten WC Papier noch keinen feuchten Durchschlag zwecks DNA Abgleich,
- über die EU'liche Vorreiterrolle Italiens. Hier herrscht schon "Zucht und Ordnung". Der Besuch eines Internetkaffees, der Kauf einer prepaid SIM Karte, egal fürs Telefon oder nur für Daten, die Versendung eines Briefes (durch) mit DHL ist nur mehr dann möglich wenn ein amtlicher Lichtbildausweis vorgelegt wird,
- über das geniale Swift Abkommen der EU mit den USA. Endlich weiß Oncel SAM der in über 700 Garnisonen AUSSERHALB der USA seine GI's gegen den Terrorismus stationiert hat, wenn ich 66,-- € irgend wohin ins Ausland für eine Pornozeitung überweise; man wird das bei meiner nächsten (*sicher nie mehr stattfindenden*) Einreise in die USA entsprechend würdigen,
- daß ich einen Lichtbildausweises vorzeigen muß wenn ich am österr. Postamt einen Erlagschein über die Kehrrichtgebühr bar einzahle,
- über den Gang zum Zollamt wo ich pflichtgemäß anmelde wenn ich 10.000 € oder mehr in Form von meinem Bargeld oder Wertpapieren aus der Alpenrepublik aus- oder gar einführe,

- über die Verpflichtung meiner Bank ihr einige Tage im Voraus bekannt zu geben wenn ich gar ein paar Tausend Euro Bargeld von meinem Konto abheben will, (*nur keine Wellen, der Euro ist sicher, ein ewig lächelnder EX-Bundeskanzler hat es ja oftmals versichert*)
- über den Trojaner den ich nach meinen Patentanmeldungen mehrmals im PC hatte,
- daß man mir meine eigenen Tel. Verbindungsdaten nicht bekanntgeben kann, da diese dem Datenschutz unterworfen sind, etc. etc.

Und wenn man das dann alles noch mit den vorhandenen Daten der E - Card meiner Pflichtkrankenkasse verknüpft, das soll ja ganz schwierig sein, also ich bin so richtig froh, denn wie gesagt „Froh bis zum Überdruß“, ich habe ja nichts zu verbergen.

Wir brauchen keine gläsernen Bürger, sondern den gläsernen Staat

Die Geschichte kam dieser Tage aus China. Dort feilt die Regierung wieder einmal an einem „neuen Bürger“. Die Diktion des „neuen Menschen“ zieht sich bekanntlich durch die Kulturgeschichte und geht immer mit autoritären Machtverhältnissen einher. Nun hat also die Kommunistische Partei Chinas beschlossen, jeden einzelnen der 1,3 Milliarden Chinesen in einem elektronischen Verzeichnis zu erfassen. Für dieses Verzeichnis werden unter anderem Bankdaten, Verwaltungsstrafen und Postings im Internet ausgewertet und in ein Punktesystem gegossen. Das Programm, an dem hochrangige Beamte emsig arbeiten, läuft unter dem fortschrittlichen Namen Social Credit System. Wer in diesem System nicht die erforderlichen Punkte erzielt, bekommt Schwierigkeiten: keinen Job, keine Wohnung, keine Ausbildung. Oxford-Professor Rogier Creemers nannte diese Entwicklung eine „erzwungene soziale Kontrolle“.

Zum Glück leben wir in Österreich. In einem kleinen, feinen Land mit viel kleineren, aber leider nicht feineren Problemen. Wenn wir heutzutage vom gläsernen Bürger reden – so wir überhaupt darüber sprechen –, denken wir an Google, Facebook und Amazon. Also an Bedrohungen, die wir nicht einschätzen können. Nur wenige denken an das konkrete Bankgeheimnis. Im Zuge der Verhandlungen zur Steuerreform wurde dessen Ende bekanntlich beschlossen – jetzt wird es vollzogen. Mein Gott, wer braucht denn schon das Bankgeheimnis – außer Menschen, die etwas zu verbergen haben, die Steuern hinterziehen, Schwarzgeld horten oder andere kriminelle Machenschaften auf dem Kerbholz haben? Das Bankgeheimnis sei ein Relikt aus vergangenen Zeiten, sagt man uns. Es sei international geächtet und diene nur dem Steuerbetrug. Wer sich dieser Tage gegen die systematische Durchleuchtung seiner finanziellen Verhältnisse ausspricht, ist also automatisch verdächtig. Bekommt sofort einen Punkteabzug im österreichischen Social Credit System. Und außerdem: Wer nichts zu verbergen hat, der hat auch nichts zu befürchten, oder?

Tatsächlich will der Staat immer mehr von seinem Staatsbürger wissen und speichern. Hier ein paar Gesundheitsdaten, da ein paar Kontostände. Und weil das

Grundvertrauen in diesen Staat noch immer so groß ist, denken viele, daß alles seine Richtigkeit hat. Wird schon für etwas gut sein.

Ab und zu wird dieses Vertrauen in Vater Staat allerdings doch ein wenig erschüttert. Man denke nur an die gar nicht so kleine und ganz und gar nicht so feine Episode namens Hypo Alpe Adria. Diesmal will der Bürger ausnahmsweise auch einmal etwas von den staatlichen Institutionen wissen. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß wurde installiert, um die politisch Verantwortlichen ausfindig zu machen. Doch siehe da: Wenn es um den Staat selbst geht, ist es mit der Transparenz offenkundig nicht weit her. Da werden Akten geschwärzt, da leiden Staatsdiener plötzlich unter temporärem Gedächtnisschwund, da ist, sobald es ein wenig brenzlich wird, von „Amtsgeheimnis“ die Rede. Wer nichts zu befürchten hat, muß auch nichts verbergen, oder?

Wir leben längst in einer Rechtfertigungsgesellschaft. Wir müssen jedes Allergen in jedem Schnitzel ausweisen, jedes Schnitzel in eine Registrierkassa eintippen, jede Registrierkassa online mit dem Finanzamt verbinden. Wir Staatsbürger rechtfertigen uns ununterbrochen vor dem Staat, aber wo – bitte – rechtfertigt der Staat sich vor dem Staatsbürger? Staatliche Intransparenz und Etikettenschwindel, wohin man schaut. Das beginnt bei einer fiskalischen Blackbox namens Finanzausgleich und endet bei einem unkoordinierten Förderwesen. Von den Wohnbaufördergeldern ganz zu schweigen, die für vielerlei erhalten müssen, nur nicht zur Förderung von Wohnraum.

Österreich wurde das Bankgeheimnis zu Grabe tragen. Ich wünsche Finanzminister Schelling viel Glück bei der Suche nach den unversteuerten Milliarden. Und falls sich diese doch nicht einstellen sollten, so hat ausgerechnet jener Finanzminister, der sich explizit gegen Vermögensteuern ausspricht, mit der Schaffung eines zentralen Kontenregisters den Grundstein für eine künftige effiziente Vermögensbesteuerung gelegt. Soll noch einer sagen: Wer nichts zu verbergen hat, hat nichts zu befürchten.

Bewerbung bei der Polizei

Johann bewirbt sich bei Polizei.

Der Offizier welcher ihn interviewt sagt: "Alle ihre Qualifikationen schauen gut aus, aber da muß noch ein Gesinnungstest gemacht werden bevor wir sie akzeptieren.

Dann schiebt er eine Pistole über den Tisch und sagt: "Nehmen sie die Pistole, gehen sie hinaus und erschießen sie sechs illegale Einwanderer, sechs Drogenhändler, sechs muslimische Extremisten und einen Hasen."

"Warum den Hasen?"

"Großartige Gesinnung“, sagt der Offizier. "Wann können sie anfangen?"

Toleranz

Jiggs McDonald, National Hockey League Hall of Fame Reporter hat in Ontario kürzlich folgendes gesagt: "Ich bin wahrhaftig erstaunt darüber, daß so viele meiner Freunde gegen den Bau einer neuen Moschee in Toronto sind. Ich meine, daß es das Ziel jeden Kanadiers sein sollte, Toleranz gegenüber Jedermann zu üben, unabhängig von dessen religiöser Bindung. Deshalb soll die Moschee unbedingt gebaut werden, um beiderseitig Toleranz zu demonstrieren.

Aus diesem Grunde schlage ich vor, daß neben der Moschee zwei Nachtclubs etabliert werden, wodurch die Toleranz der Moscheebesucher demonstriert werden kann. Einer der Clubs – für Schwule – könnte "Zum Turban Cowboy" heißen; der andere, ein Oben-Ohne Etablissement "Du Meccast Mich Heiss" Daneben sollte ein Fleischaushaus sein, welche Schweinefleischspezialitäten anbietet, und daran anschließend könnte ein Freilichtgrill für Spare-Ribs unter dem Namen "Iraq of Ribs" eröffnet werden.

Auf der gegenüberliegenden Straßenseite sollte ein Dessousgeschäft mit dem Namen "Suleika Hüllenlos" sein, in welchen sexy Mannequins im Schaufenster die Modelle vorführen. Daneben könnte es einen Schnapsladen mit dem Namen "Mohammed" geben.

Mit all diesen Details könnten Muslime dazu ermutigt werden, ihrerseits die Toleranz zu zeigen, die sie von uns, dem GASTLAND, immer und laufend einfordern.

Ja, und wir sollten soviel Toleranz haben, daß wir diesen Text weiter geben.

Frankreichs neue Scharia-Polizei

Der Staatsrat, das höchste Verwaltungsgericht Frankreichs, urteilte weil es Religionsfreiheit gibt, darf der Burkini nicht verboten werden. Im Prinzip ist das richtig, warum sollten Menschen nicht in der Lage sein zu tragen, was sie möchten und wann sie das möchten, aber es gibt Gesetze und die sollte auch ein Verwaltungsgericht kennen?

Mit seiner bemerkenswerten Verordnung verweist der Staatsrat auf das Gesetz von 1909 bezüglich des Tragens eines Talars und beachtete die jüngeren Gesetze einfach nicht, über die ein souveränes Volk abgestimmt hat und die den Schleier in Schulen (2004) sowie die Burqa in der Öffentlichkeit (2010) verbieten. Der Staatsrat fühlte sich auch nicht von der verfassungsmäßigen Verpflichtung gegenüber Frauen angespornt: „**Das Gesetz garantiert Frauen in allen Bereichen dieselben Rechte wie Männern.**“

Zusätzlich waren die Richter einfach weltfremd weil sie nicht erkannten, daß die islamische Kleiderordnung das Trojanische Pferd des islamistischen Jihad darstellt.

So sahen die nur spärlich bekannt gewordene Realitäten aus:

7. September:

In Guingamp (Bretagne) wurde ein 17-jähriges Mädchen in Shorts von einem Mann geschlagen, der ihr Outfit für „zu provokativ“ befand. Obwohl der Angreifer entkam, so daß die Polizei keine Ahnung hat, wer er ist oder was sein Hintergrund sein könnte, ist es Vorgeschmack auf das, was kommen wird.

7. September:

In Toulon in Südfrankreich befanden sich zwei Familien auf einem Fahrradweg, als sie von einer Bande von 10 „Jugendlichen“ (die französische Presse benutzt „jeunes“ [Jugendliche] um nicht Araber oder Muslime zu sagen) beleidigt wurde. Nach Angaben des örtlichen Staatsanwalts brüllten die „Jugendlichen“ die Frauen an: „Huren!“ und „Zieht euch aus!“ Als die Ehemänner der Frauen protestierten, gingen die „Jugendlichen“ auf sie zu und es begann ein Kampf. Einer der Ehemänner wurde mit zahlreichen Brüchen im Gesicht bewußtlos aufgefunden.

Zuerst wurde berichtet, daß das Motiv des Angriffs damit verbunden war, das die Frauen Shorts trugen, aber tatsächlich trugen sie keine, sondern Leggings.

19. Juli:

In einem Resort in Garde-Colombe (Alpen) stach ein Marokkaner auf eine Frau und ihre drei Töchter ein, offenbar weil sie leicht bekleidet waren. Eines der Mädchen wurde schwerverletzt. Der Angreifer, Mohamed, sagte, er sei das „Opfer“, er behauptete der Ehemann der Frau, auf die er einstach, habe sich vor Mohameds Frau im Schritt gekratzt. Nach Angaben des Staatsanwalts „erinnert sich der Mann des Opfers nicht eine solche Geste getätigt zu haben“.

7. Juli:

In einem Tageslager in Reims in Ostfrankreich wurde eine Notiz rundgereicht, die die Eltern aufforderte ihre Töchter keine Röcke tragen zu lassen, weil Jungen im Alter von 10 bis 12 Jahren sich anstößig verhielten. Eine Mutter veröffentlichte das Dokument auf Twitter und kommentierte auf Facebook: „Offensichtlich kam niemand auf die Idee, daß nicht kleine Mädchen sich mit ihrer Kleidung großen Widerlingen anpassen haben, sondern daß große Widerlinge Erziehung brauchen.“

Anfang Juni wurde die 18-jährige Maude Vallet von einer Gruppe Mädchen in einem Bus in Toulon bedroht und bespuckt, weil sie Shorts trug. Sie postete ein Foto von sich auf Facebook; darunter schrieb sie: „Hallo, ich bin eine Schlampe.“ Der Post wurde von mehr als 80.000 Personen geteilt. Die Angreifer waren muslimische Mädchen.

22. April:

Nadia, eine 16-jährige, die einen Rock trug, wurde in Gennevilliers, einem Vorort von Paris, von drei Mädchen verprügelt, die offensichtlich muslimisch waren.

Ironischer Weise löste jedoch keiner dieser Vorfälle die internationale Aufmerksamkeit und Empörung aus, die einem Burkini-Vorfall in Nizza entgegenschlug.

Eine Frau, offenbar Muslima, lag in der Nähe eines Polizeipostens alleine, ohne Handtuch, Buch, Sonnenschirm, Sonnenbrille, Ehemann (oder Bruder oder Vater) zu ihrem „Schutz“ an einem Strand, im grellen Mittagssonnenlicht im in Frankreich verbotenen Burkini (*dem weiblichen islamischen Vollkörper- Badekondom*) und ein Fotograf stand in der Nähe bereit und wartete darauf Bilder davon zu schießen, wie sie von vier Polizisten umringt wurde. Wer alarmierte sie?

Die Frau erhielt ein Bußgeld und wurde möglicherweise angewiesen auf dem Strand einen Teil ihrer Kleidung abzulegen. Bilder des Vorfalls wurden zuerst am 23. August von der Daily Mail veröffentlicht und verbreiteten sich rasend schnell, lösten internationale Entrüstung über diese scheinbar rassistischen Franzosen aus, die unschuldige arabische Frauen diskriminieren.

Eine Woche später deutete die Daily Mail allerdings an, daß dieser Vorfall durchaus „inszeniert“ worden und die „Bilder GESTELLT“ sein könnten.

Die wahre Frage lautet also, nutzen Islamisten in Frankreich heute Fotos und Videos auf die Art, wie die Palästinenser es gegen Israel tun? Filmen und verbreiten sie gefälschte und inszenierte Situationen, um globale Empörung über angeblich arme muslimische „Opfer“ zu verbreiten – besonders Frauen, die in Frankreich angeblich „diskriminiert“ werden?

„Im Krieg, den der Islamismus mit Entschlossenheit gegen andere insbesondere katholische Zivilisationen führt, werden Frauen ein richtiges Thema“, sagte Berenice Levet, Schriftstellerin und Philosophie-Professorin an der École Polytechnique gegenüber der Tageszeitung Le Figaro. Und Sie fügte hinzu: „Statt Zahlen vorzulegen, die alles und nichts sagen, fordere ich die Anerkennung der Tatsache, daß heute die Geschlechterrollen in Frankreich gezwungen sind sich zurück zu entwickeln. Wenn Domination und Patriarchat sich in Frankreich erneut etablieren dann hat das ausschließlich mit der Tatsache zu tun, daß wir muslimische Werte importiert haben.“ Ironischer Weise beschloß im selben Moment Frankreichs Ministerin für Familie, Kinder und Frauenrechte, Laurence Rossignol, öffentliche Gelder in eine Werbekampagne gegen „alltäglichen Sexismus“ zu stecken – den vermeintlichen Sexismus aller französischen Männer gegen angeblich auf ewig zum Opfer gemachte Frauen. Doch es gab in dieser Kampagne nicht ein einziges Wort über die mögliche Opferrolle oder den möglichen Ausgang aus der zunehmenden Verbreitung der Burqa, des Schleiers oder des Burkinis bei muslimischen Frauen.

Opfern französische Institutionen eine Freiheit zugunsten einer anderen? Wird das Prinzip der Gleichberechtigung von Mann und Frau der freien Religionsausübung (des Islam) geopfert, um der französischen Gesellschaft dessen Diktate aufzuzwingen?

In Frankreich patrouillieren (noch) keine organisierten islamistischen Brigaden auf den Straßen (wie in Deutschland oder Großbritannien), um Alkoholkonsum zu bekämpfen oder Frauen wegen ihrer Art sich zu kleiden zu verprügeln. Doch in der Praxis tun Banden „Jugendlicher“, wieder sowohl Männer als auch Frauen, zunehmend genau das. Inzwischen zwingen „große Brüder“ ihre Mütter und Schwestern einen

Schleier zu tragen, wenn sie aus dem Haus gehen. Und da diese Arbeit jetzt getan ist, haben sie angefangen nichtmuslimische Frauen zu bekämpfen, die Shorts und Röcke tragen – nicht länger nur in sensiblen muslimischen Enklaven, den „No-Go-Areas“ der Vororte, wo Frauen es nicht länger wagen Röcke zu tragen – sondern jetzt auch im Herzen großer Städte.

Mehr und mehr versucht das Äquivalent der „islamistischen Tugend-Polizei“ diese Standards mit Hilfe von Gewalt durchzusetzen. So sagte Celine Pina, ehemalige Regionalrätin der Île-de-France im Le Figaro:

„Im Angriff auf die Familien in Toulon, bei dem sie „Huren“ und „zieht euch aus“ brüllten, verhielten sich die jungen Männer wie eine „Tugendpolizei“, von der wir glauben, daß sie in Frankreich unmöglich wäre.....“

Die Burkini-Frage, die Verbreitung der Vollverschleierung, Angriffe auf Frauen in Shorts und ihre Begleiter zu verprügeln haben dieselbe Logik: den Körper der Frau zu einer sozialen und politischen Frage zu machen, zum Anzeiger des Fortschritts einer Ideologie innerhalb der Gesellschaft.

Wo sind die „grünen“ Profis der öffentlichen Empörung? Laurence Rossignol, Ministerin für Frauenrechte, schwieg ebenfalls. In Frankreich ist also eine neue Regel entstanden: Je weniger Politiker und Institutionen islamistische Normen kritisieren wollen, desto gewalttätiger ist die Debatte in den sozialen Netzwerken.

Die Frage lautet: Gleichberechtigung von Mann und Frau oder (islamische) Religionsfreiheit?

Im Gegensatz zur donnernden Empörung über die Polizei, weil sie gegen eine Muslima in einem Burkini eine Geldbuße verhängte, schweigen die Politiker und Menschenrechtsorganisationen, wenn nichtmuslimische Frauen gewalttätig angegriffen werden, weil sie Shorts tragen; das signalisiert einen immens wichtigen politischen und institutionellen Schritt: Ein fundamentales und verfassungsmäßiges Recht, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, wird im Namen der freien Religionsausübung geopfert, womit man einer Religion (den Islam) ermöglicht dem Rest der Gesellschaft seine Diktate aufzuzwingen.

Im Islam gilt das Privatrecht des Ehemannes, des Vaters oder der Gemeinschaft.

Wir die katholische Gesellschaft dürfen niemals akzeptieren, was unseren Gesetzen und Werten entgegensteht. Eine Ungleichheit von Frauen kann niemals mit der freien Religionsausübung verteidigt werden.

Frankreichs sozialistische Regierung und Verwaltungsrichter haben es offenbar politisch nützlich gefunden den Islamisten gegenüber Zugeständnisse zu machen. Vielleicht stimmten sie Burkinis ursprünglich nicht nur deswegen zu, weil sie glaubten die Menschen sollten tragen, was sie wollen, sondern auch in der vergeblichen Hoffnung, daß der permanente Druck nachläßt, der zunehmend ein kultureller Jihad zu sein scheint. Es mag ihnen nicht einmal der Gedanke gekommen sei, daß sie möglicherweise das Prinzip der Gleichberechtigung der Frau damit opfern.

Viele Menschen wissen offenkundig immer noch nicht, daß der Islam eine Religion und eine politische Bewegung ist, die sich mit dem Westen im Krieg befindet – und offen beabsichtigt den Westen zu unterwerfen. Ihm muß als solchem begegnet werden. Das Problem besteht darin, daß muslimische Extremisten jedes Mal, wenn entsprechend reagiert wird, Deckung unter der beanspruchten freien Religionsausübung suchen und diese auch bekommen.....

Es ist höchste Zeit, daß die französischen und europäischen Politiker eine harte Linie zwischen dem ziehen, wo das persönliche Recht auf Religion, wie man sie sieht, endet und wo das Recht der Gesellschaft auf Freiheit und Sicherheit beginnt. Und es ist an der Zeit nicht unbedingt den Burkini, sondern das sehr reale Problem des aggressiven Vorherrschaftsanspruchs zu verbieten. Es ist für westliche Gesellschaften entscheidend damit anzufangen zwischen freier Meinungsäußerung und der Aufstachelung zu Gewalt zu unterscheiden und endlich beginnen Angriffe auf Unschuldige, ebenso wie Aufrufe zu Angriffen auf Unschuldige, wirklich **ernsthaft zu bestrafen**.

Ebola-Virus 2009

Warum haben die USA den Ebola-Virus am 26. Oktober 2009 patentieren lassen? Wie kann man überhaupt einen Virus für sich exklusiv in Anspruch nehmen? Der soll doch aus der Natur stammen. Wurde in den USA der Virus erfunden? Offensichtlich doch, die US Patentanmeldung Nr.: [US 20120251502](#) gibt Aufschluß.

In der Patentanmeldung steht, das US-Gesundheitsministerium hat den isolierten menschlichen Ebola-Virus genannt Bundibugyo bei der CDC, Zentrum für Krankheitskontrolle und Prävention, in Atlanta am 26. November 2007 deponiert. Das ist der Grund warum Kent Brantly, ein Arzt, der sich bei seiner Arbeit in Liberia mit Ebola angesteckt hatte, in die USA geflogen und in die Universitätsklinik von Atlanta eingeliefert wurde.

Brantly wurde in einer Spezialabteilung der Klinik behandelt. Der leitende Arzt Bruce Ribner und seine Kollegen kümmern sich um ihn. Ribner sagte: *"Wir sind auf die Abwehrkräfte angewiesen. Wir müssen den Patienten so lange am Leben halten, bis der Körper die Infektion kontrollieren kann."*

Heißt das, sie wollen die Wirkung des Virus studieren und die Antikörper die der Patient entwickelt einsammeln?

Barack Obama hat eine [Abänderung](#) zu einem bestehenden Exekutivbefehl unterschrieben, die ihm die Einsammlung und Internierung von Amerikanern erlaubt, welche Anzeichen von "Atemwegerkrankungen" aufweisen. Influenza oder Grippe wird im Text ausdrücklich ausgenommen.

Der Exekutivbefehl Nr. [13295](#) seines Vorgängers George W. Bush vom April 2003 ermöglicht die "Einsammlung, Internierung oder bedingte Freilassung von Individuen, um die Einführung, Übertragung oder Verbreitung von ansteckenden Krankheiten zu verhindern." Obama hat jetzt die Liste der Symptome die zu einer Quarantäne führen erweitert.

Warum sagt die Sprecherin des US-Außenministeriums, Marie Harf, es handelt sich um eine "Ebola-Attacke" in Afrika? Die richtige Wortwahl wäre "Ebola-Ausbruch" oder "Epidemie". Eine Attacke klingt wie von Menschen gemacht: Wie schon in den 90er Jahren vermutet, ist Ebola ein Biologischer Waffenversuch der USA, überraschender Weise sind immer die „USA Gesundheits-Spezialisten“ schon „vor“ einem Ausbruch vor Ort.....

Grüner Waffenwahn

Ein Redakteur der Wiener „Presse“ hat die politischen Ziele der Grünen vor einiger Zeit in einem Satz zusammen gefaßt: „**Verbieten, verteuern oder Radweg.**“ Das klingt witzig, ist es aber nicht. Denn der in der Politik der Grünen zum Ausdruck kommende unduldsame Paternalismus, stellt sogar den der Roten in den Schatten. Stets sind sie mit Repressionsmaßnahmen zur Hand, um das dumpfe Volk vor den Fährnissen des Lebens, zuallererst aber vor sich selbst zu beschützen.

Freie, selbstbewußt und -bestimmt handelnde Individuen sind ihnen verhaßt. Daß viele besorgte Bürger seit dem Beginn der NEUEN Völkerwanderung beginnen, sich für den Fall der Fälle zu wappnen und sich Waffen zulegen, ist es Ihnen ein Dorn im Auge. Die Zahl der Anträge auf Ausstellung von Dokumenten, die zum Besitz von Faustfeuerwaffen und halbautomatischen Flinten und Büchsen berechtigen, hat explosionsartig zugenommen. Der Waffenhandel meldet Rekordumsätze. Einige Waffentypen (wie frei erwerbbar Flinten) und bestimmte Munitionsarten waren über Monate ausverkauft oder nur mit langen Verzögerungen lieferbar. Langsam normalisiert sich die Lage wieder.

Das Signal läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: In den Augen der Bürger versagt der Staat bei seiner Hauptaufgabe, das Leben, die Unversehrtheit und das Eigentum seiner Bürger zu schützen und für Recht und Ordnung zu sorgen. Folgerichtig sieht sich ein wachsender Teil der Bevölkerung genötigt, den Schutz seiner Familie und seines Eigentums in die eigenen Hände zu nehmen. Angesichts der durch massenhaft einwandernde wehrfähige Männer aus vormodernen Gewaltkulturen dramatisch veränderten Umstände, handelt es sich dabei um eine absolut verständliche Reaktion. Es sind keine gewaltbereiten Narren, die sich bewaffnen, sondern unauffällige, rechtschaffene Menschen von nebenan, die sich von ihrer Regierung – zu Recht – verraten und verkauft fühlen.

Kein Wunder: Kaum ein Tag vergeht ohne Meldungen von Gewalttaten. Die Aufrüstung privater Haushalte ist das Symptom einer erratischen Politik. Wer diese Aufrüstung der Privathaushalte ablehnt, sollte daher an deren Ursache ansetzen. Gute Therapien richten sich nämlich nicht gegen Symptome, sondern gegen Ursachen – und das gilt nicht nur in der Medizin. Da es politisch unkorrekt ist, die Ursachen der sich verschlechternden Sicherheitslage zu benennen, bleibt es beim Versuch der Symptombekämpfung.

Wer es vorzieht, sich aggressiven Gewalttätern wehrlos auszuliefern, der mag es tun. Von einer Bewaffnungspflicht ist schließlich keine Rede. Aber nicht jeder ist bereit, wehrlos der Gewalt zu weichen. Und keiner der vorhat sich zu wehren, ist im Unrecht! Recht muß dem Unecht nicht weichen. Das österreichische Strafgesetz schreibt in seinem Paragraphen drei unzweideutig die Zulässigkeit der Notwehr fest (in Deutschland ist die Notwehr, beinahe wortgleich, im Paragraphen 32 des StGB geregelt). Es liegt auf der Hand, daß einem bewaffneten Gewalttäter am zweckmäßigsten mit Waffengewalt zu begegnen ist. Nicht jeder will sich damit begnügen, Stunden nach vollzogener Tat und dem Verlust von körperlicher Unversehrtheit und Eigentum, der Polizei eine Täterbeschreibung zu liefern. Viele kommen zum Schluß, daß es zweckmäßiger ist, robusten Widerstand zu leisten, als sich auf der Intensivstation oder im Leichenschauhaus wiederzufinden.

Das ist in den Augen grüner Staatsanbeter natürlich untragbar. Für totalitäre Kollektivistinnen wie sie genießt das Gewaltmonopol des Staates unbedingten Vorrang vor dem Recht auf Unversehrtheit, dem Sicherheitsbedürfnis und der Notwehrfähigkeit des einzelnen Bürgers. Sie wollen ihn jeder Möglichkeit berauben, selbst für seine Sicherheit zu sorgen und lügen daher Notwehrhandlungen zur Selbstjustiz um. Folgerichtig fordern sie ein Totalverbot des privaten Waffenbesitzes – nach dem leuchtenden Vorbild Großbritanniens, wo seit der 1997 geltenden Waffenprohibition, die naturgemäß nur von rechtschaffenen Bürgern befolgt wird, die Gewaltkriminalität geradezu explodiert ist.

Geringfügige Ausnahmen soll es nach dem Willen der grünlinken Politdesperados allenfalls für Jäger geben. Sportschützen, Sammler oder Menschen die – siehe oben – Waffen für ihre eigene Sicherheit beschafft haben, sollen – mutmaßlich entschuldigungslos – enteignet werden. Das wäre ein einzigartiger Eingriff in private (Eigentums-) Rechte, der, faktisch begründungslos, denn historische Sammler- Jagd- oder Sportwaffen werden so gut wie niemals zu kriminellen Handlungen mißbraucht, durchgesetzt werden soll – wohl um illegal bewaffneten Gangstern das Leben zu erleichtern.

Es steht zu erwarten, daß, sollte ihre Initiative umgesetzt werden, für viele bislang gesetzestreue Bürger eine rote Linie überschritten wird. Deren Sorge, Opfer krimineller Gewalttaten zu werden, verschwindet ja nicht mit der Einziehung ihrer legal erworbenen Waffen. Ganz im Gegenteil. Diese Leute werden dann vermutlich nicht mehr länger bereit sein, den immer dreisteren Anmaßungen des Leviathans Folge zu leisten und sich auf dem Schwarzmarkt besorgen, was der Staat ihnen geraubt hat. Klartext: Mit dem Waffenverbot würde der Waffenbesitz zum Verbrechenstatbestand. Doch der Besitz einer Waffe ist kein Verbrechen. Keiner kommt dadurch zu Schaden. Es gibt keine Opfer. Der sich gesetzeskonform verhaltende Besitzer einer rechtmäßig erworbenen Waffe ist kein Verbrecher. Er hat es daher weder verdient, wie ein potentieller Mörder behandelt zu werden, noch daß der Staat ihm – ohne Veranlassung – einen Vermögensschaden zufügt.

Die grünen Verehrer des totalen Staates stehen, wie gewohnt, ohne rationale Argumente da: Bei allen in jüngster Zeit verübten Gewalttaten bei denen Schusswaffen im Spiel waren, wurden illegal erworbene Tatmittel verwendet. Bei terroristischen Verbrechen kommen regelmäßig gestohlene Militärwaffen zum Einsatz. Ein Kampf gegen den legalen Waffenbesitz hat auf die Schusswaffenkriminalität folglich nicht die

geringste Auswirkung, wie viele internationale Studien belegen. Naheliegenderes Exempel: Die Schweiz. Bildete der legale Waffenbesitz die Ursache für eine hohe Schusswaffenkriminalitätsrate, würde die Schweiz einem Schlachthaus gleichen. Das ist aber nicht der Fall.

Das Geschäftsmodell von Kriminellen ist, es, Gesetze zu übertreten. Wer annimmt, daß diese Leute ausgerechnet vor einer Übertretung des Waffengesetzes haltmachen würden, hat nichts begriffen.

Natürlich ist all das auch den Grünen bekannt. Mit der Sorge um die innere Sicherheit hat ihre Anti-Privatwaffenkampagne auch nicht das Geringste zu tun. Der verbissene geführte Kampf gegen den privaten Waffenbesitz steht in einem größerem Zusammenhang: Die weitgehende materielle Staatsabhängigkeit der Bürger hat die Linke bereits verwirklicht. Die totale Meinungs- und Deutungshoheit hat sie längst errungen. Jetzt wendet sie sich dem verbliebenen Rest – der inneren Sicherheit – zu. Die Bürger sollen krimineller Gewalt wehrlos gegenüberstehen. Sie sollen endgültig zu hilf- und willenlosen Objekten des Staates und seiner Schergen werden, die als einzige imstande zu sein behaupten, ihnen Trost und Hilfe zu spenden.

Durch ein allgemeines Waffenverbot würden die Menschen eines wesentlichen Teils der ihnen verbliebenen Freiheit beraubt. Der Staat und seine Büttel dagegen hätten völlig freie Bahn.

Fazit: Wer seine Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren. Spätestens dann, wenn ein Grüner das Amt des Polizeiministers übernimmt.

Psychothronwaffen

Im Zuge meiner Forschungen um das Wassermolekül in seine Bestandteile Wasserstoff und Sauerstoff aufzuspalten befaßte ich mich u. a. auch mit den Themen Ultra- und Infrarot und da stieß ich auf unglaubliche Infos im Hinblick auf vorrätige Psychothronwaffen.

Nur wenn es wirklich interessiert, und nur wenn die Nerven absolut gesund sind, schicke ich diese Info einzeln zu.

Frühpensionen für Suchtgiftkonsumenten

Es wird vor allem Pensionisten interessieren wie ein 25-Jähriger zu einer Pension von rund 1.000 € kommen kann.

Die Antwort findet sich in § 236, Abs. 4 ASVG, wonach „für eine Leistung aus einem Versicherungsfall der geminderten Arbeitsfähigkeit sowie aus dem Versicherungsfall des Todes, wenn der Versicherungsfall vor der Vollendung des 27. Lebensjahres des (der) Versicherten eingetreten ist und bis zu diesem Zeitpunkt mindestens **sechs Versicherungsmonate**, erworben sind“ genügen.

Profiteure dieser Bestimmung sind vor allem jene Suchtgiftabhängigen, die infolge ihrer Erkrankung arbeitsunfähig geworden sind, aber zuvor irgendwann einmal 6 Monate gearbeitet haben. Die Höhe ihrer Invaliditätspension hängt dann eben von der Dauer dieser Beschäftigung und der Höhe des damaligen Gehaltes ab. Sie hat im Vorjahr einschließlich Ausgleichszulagenrichtsatz aber mindestens 746 € betragen.

Nach der gleichen Rechtsquelle (§ 236 Abs. 4 Z 3 ASVG) benötigen beispielsweise Bergknappen für Ihre Alterspension mindestens 300 Beitragsmonate (25 JAHRE).

Wie eine Expertengruppe der Salzburger Universität erst kürzlich in einer umfangreichen Studie festgestellt hat, genießt der fragliche Personenkreis auch in anderer Hinsicht besondere Bevorzugungen. So sind schon vor Jahren allein von den Gebietskrankenkassen österreichweit für Ersatztherapien der Suchtgiftkonsumenten (ca. 11.000 Patienten) rund 27,40 Mill. € ausgegeben worden. Die meisten Verschreibungen werden in Wien vorgenommen, was auch zu einem schwunghaften Handel mit diesen Präparaten am Schwarzmarkt geführt hat.

So hat etwa ein Wiener Dealer nicht nur den Grazer Suchtgiftmarkt mit Ersatzdrogen versorgt, sondern dafür auch noch Invaliditätspension bezogen, die er auf ein festverzinsliches Sparkonto gelegt hat.

Der Fall des in Vorarlberg einsitzenden, des Kindesmordes verdächtigten Serben und realen „Invaliditätspensionisten“ sollte für den Sozialminister Anlaß sein, die soziale Treffsicherheit der ASVG-Pensionsbestimmungen einer genaueren Überprüfung zu unterziehen.

Die nicht suchtgiftabhängigen österreichischen Pensionisten mit vielen Versicherungsjahren werden es ihm zu danken wissen.

10 Irrtümer der Betreuungsindustrie in Afrika

1. Irrtum:

“Entwicklungsländer erhalten zu wenig Geld“. Alle sollten innehalten und reflektieren, was wir in der Entwicklungshilfe eigentlich tun. Getan wird viel, aber es gibt keine systematische Bestandsaufnahme, geschweige denn Wirkungsanalysen. Es sollte nicht mehr auf anspruchsvolle und überprüfbare Ziele verzichtet werden. Lediglich mehr Geld zur Verfügung zu stellen, heißt noch lange nicht, daß es bei den Menschen ankommt und daß die Projekte sinnvoll sind.

Die Entwicklungsarbeit stößt dort an Grenzen, wo die afrikanischen Regierungen nur am Machterhalt und Bereicherung und nicht am Gemeinwohl interessiert sind.

Es gibt in der Entwicklungshilfe viel mehr Geld zu verteilen, als annähernd sinnvoll ausgegeben werden kann. Immer mehr Geld zu fordern ohne Ausstiegsklauseln wegen Verstoß gegen den Menschenrechts TÜV des BMZ oder gegen Transparenzregeln fügt den Menschen in Entwicklungsländern großen Schaden zu. Es ist immer dasselbe: mehr Geld muß dann auch um jeden Preis ausgegeben werden, damit wir dieses törichte 0,7 Ziel (Prozentsatz des Nationaleinkommens (BNE) als Entwicklungshilfe) erreichen. Das rituelle Beschwören der 0,7 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt, die wir für Entwicklungshilfe bereitstellen sollen, ist an Ideenlosigkeit kaum zu unterbieten. Das Schlimmste an „0,7“ ist, daß es die Richtigkeit der Gleichung „mehr Geld = mehr Entwicklung“ suggeriert. Mit weniger Geld für besonders förderungswerte Länder, d.h. mit Führungen, die den Rechtsstaat achten und ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen, würden wir die Länder endlich in die Unabhängigkeit von entwürdigender Hilfe entlassen.

2. „Afrika braucht einen Marshallplan“

In den vergangenen Jahrzehnten haben die Industriestaaten den Entwicklungsländern Milliarden zur Verfügung gestellt. Auch private Spendenaufrufe für wechselnde hehre Ziele gehören zu unserem Alltag.

George Ayittey ist einer der bedeutendsten Wirtschaftswissenschaftler Afrikas. Er schreibt: „Afrika zu helfen ist ehrenwert, und dem Kontinent muß geholfen werden. Aber die Aktion ‚mehr Hilfe‘ ist derart von Rührseligkeit, Hyperkorrektheit und postkolonialen Schuldgefühlen geprägt, daß Pragmatismus, Vernunft und Effizienz auf der Strecke bleiben. Regierungen, Entwicklungshilfeorganisationen und Privatpersonen sind nach Afrika gegangen, um Menschen zu helfen, die sie nicht verstehen. Sechs Marshallpläne wurden seit 1960 ohne erkennbares Ergebnis nach Afrika gepumpt. Die ganze Übung erinnert an einen Ahnungslosen, der einen Blinden führt.“

Der Wirtschaftsnobelpreisträger Angus Datong, erklärte am 16. Juni 2016 in der NZZ:

„Ein Land von außen zu entwickeln ist unmöglich. Länder entwickeln sich von innen. Dazu braucht es eine Regierung und eine Bevölkerung, die gemeinsam auf ein Entwicklungsziel hinarbeiten.“

3. „Viele Staaten sind Demokratien“

Viele Staaten sind immer noch weit davon entfernt, den Ansprüchen eines demokratischen Rechtsstaates zu genügen. Die Regierung – die sich als Hüter der Stabilität präsentiert – kontrolliert oft große Teile der Presse und kann die staatliche Infrastruktur für ihren Wahlkampf nutzen. Die meisten Länder sind von echter Gewaltenteilung weit entfernt. Teilhabe an demokratischen Entscheidungsprozessen beschränkt sich in der Regel darauf, Repräsentanten zu wählen. Freie und allgemeine Wahlen sind aber nur dann demokratisch wirkungsvoll, wenn sie in gesicherte Bürgerrechte und Gewaltenteilung eingebettet sind. Demokratie erzeugt nicht automatisch fairen sozialen Ausgleich und Wohlstand, das leisten nur soziale Demokratien.

Aber auch eine Demokratische Ordnung ist allein noch keine Garantie für die Herstellung sozial und politisch gerechter Verhältnisse. Anfang der 90er Jahre wechselten viele afrikanische Staaten zu formaler Demokratie. Mit wenigen Ausnahmen (Eritrea, Somalia, Swasiland) führen afrikanische Länder heute Wahlen mit mehreren Parteien durch. Dennoch waren auch diese Demokratien kein Allheilmittel für die immer deutlicher werdenden Probleme Afrikas. Statt eine Politik für das Gemeinwohl zu betreiben, waren die neuen, gewählten Politiker kaum weniger hinter ihrem persönlichen Profit her. Eine funktionierende Demokratie hängt aber von mehr ab als den Wahlzetteln in der Urne. Sie braucht Respekt für geltende Gesetze, funktionierende und gerechte Strukturen sowie einen freien Informationsfluß. In Gambia gibt es Wahlen, dennoch ist es eine finstere Diktatur. Aber nur in wenigen Staaten (Ghana, Sambia, Mauritius, Kap Verde, Senegal, Seychellen) ist die Fairneß der Wahl so groß, daß die Opposition eine reelle Chance hat, die Mehrheit der Sitze zu erringen. In anderen Staaten ist zu befürchten, daß die Bekanntgabe des Ergebnisses zu Turbulenzen führt – unabhängig davon, wer zum Sieger erklärt wird.

4. „Afrikanische Regierungen haben in den letzten Jahren ihre gute Regierungsführung weiterentwickelt“

Die meisten Staaten sind von Machtmißbrauch zerrüttet. Die Traditionen und Herrschaftsstrukturen haben die vergangenen zehn Jahre überdauert. Es fehlt an Respekt vor den Rechten lokaler Gemeinschaften. Afrikanische Autokratien haben kein Interesse daran, daß ihr Handeln öffentlich diskutiert und durchleuchtet wird. Viele afrikanische Politiker haben kein Zukunftsbild, das dem gesellschaftlichen Zusammenhalt Rechnung trägt. Leider grübeln afrikanische Politiker zu wenig über die Herausforderungen der Zukunft ihrer Länder nach. Sie halten nicht inne und reflektieren, was sie eigentlich tun bzw. nicht tun. Es gibt keine systematische Bestandsaufnahme, geschweige denn ein stärkeres Engagement zum Nutzen der breiten Bevölkerung. Nur wenn die Bevölkerung mitbestimmen kann und Gestaltungsräume hat, fühlt sie sich verantwortlich und motiviert. Es fehlt oft an transparenten und wirksamen Überprüfungs- und Rechenschaftsmechanismen. Auch die Instandhaltung bleibt eine wichtige Herausforderung. Afrikanische Regierungen müssen eine Kultur der Instandhaltung entwickeln. Fast überall gibt es Managementprobleme z.B. bei Instandhaltung der Bildungs- und Krankenhausinfrastruktur. Es mangelt an klaren Richtlinien und Verantwortlichkeiten. Der Staat hält sich diskret im Hintergrund, wenn es um die Versorgung der Bevölkerung geht.

5. „Die Afrikanische Union (AU) ist ein Motor für Frieden und Demokratie in Afrika“

Leider nein, denn etwa ein Drittel der afrikanischen Mitgliedstaaten verweigert der AU eine ernsthafte und aktive Mitarbeit. Das fängt damit an, daß die Mitgliedsbeiträge nicht oder nur schleppend bezahlt werden. Die „African Charter on Democracy, Governance and Elections“ haben nach fünf Jahren erst 15 der 54 Mitgliedsstaaten ratifiziert. Andere zentrale Rechtsdokumente über Frauenrechte, Antikorruptionspolitik und verantwortliches staatliches Handeln (NEPAD) werden nicht ernst genommen und verschleppt.

6. „Einer der größten Wettbewerbsvorteile Afrikas ist die stark wachsende junge Bevölkerung“

Eine junge Bevölkerung wirkt sich aber für afrikanische Länder nur positiv aus, wenn sie die Perspektive auf sichere Arbeitsplätze hat. Das vielgepriesene Bevölkerungswachstum ist derzeit kein Vorteil, sondern eine gewaltige Herausforderung. Die Geburtenrate in Afrika beträgt 4,7 Kinder pro Frau. In Asien liegt sie bei 2,2. Experten rechnen mit einer Bevölkerungsverdoppelung in Afrika bis 2050.

Nach einer Studie der Weltbank werden in den nächsten zehn Jahren 11 Millionen junge Leute unter 25 Jahren auf den Arbeitsmarkt drängen, für die nicht ausreichend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Heute sind nach UN-Angaben 60 Prozent der 15- bis 24-Jährigen in Afrika arbeitslos. Diese hohe Zahl Jugendlicher ohne Zukunftsperspektive bleibt ein ernstes Problem für den Kontinent und wegen der Flüchtlingsströme auch für Europa.

7. „Das stetige afrikanische Wirtschaftswachstum schafft Wohlstand“

Afrika ist ein extrem reicher Kontinent. Es gibt Rohstoffe und Mineralien in Fülle, viel mehr als etwa in Europa. Das Bruttosozialprodukt ist ein irreführender Indikator für die Wirtschaftsleistung oder gar den sozialen und politischen Fortschritt eines Landes. Wenn man in afrikanischen Staaten einen Laden betritt, findet man so gut wie nichts, was im Lande hergestellt wurde. Einheimische Eliten bereichern sich an Importlizenzen für ausländische Produkte.

Westliche Analysten verbreiten aufgrund von Bruttosozialprodukt und Konsumkraft einer kleinen, aber zahlungskräftigen Oberschicht den surrealen Optimismus vom afrikanischen Aufschwung. Das rasche Wirtschaftswachstum durch die natürlichen Ressourcen ist bisher ohne Nutzen für die meisten Menschen in Afrika. Die Zukunft ist nicht rosig, solange die Lebensqualität für die durchschnittliche Bevölkerung sich nicht erhöht. Im Gegenteil, die Mehrzahl der Afrikaner wird immer ärmer. Die Schere zwischen Arm und Reich in Afrika halte ich für demokratiegefährdend. Der Kontinent bleibt Rohstofflieferant. Mangels Transparenz profitiert vom Export der Rohstoffe aber nur eine kleine Elite. In Mosambik, Angola, Sierra Leone und Kongo hat der Rohstoffreichtum sogar Bürgerkriege verursacht und finanziert.

Nur wenige Staaten wie Südafrika und Botswana nutzen ihre Rohstoffe für eine industrielle Entwicklung. Die Probleme können nicht alleine durch staatliche Intervention gelöst werden, sondern die Stimulierung des Unternehmertums muß im Vordergrund stehen. Dann werden auch die sozialen Probleme infolge der Arbeitslosigkeit gelöst werden.

Nigeria hat 112 Millionen Arme, und dies in einem Land, das hunderte Milliarden Euro mit dem Handel von Öl verdient. Ohne ein Mindestmaß an Veredelung der Rohstoffe und die Entwicklung eines produzierenden Gewerbes dürfte es in Afrika kaum eine industrielle Revolution nach dem Vorbild Asiens geben. Für die Veredelung der Bodenschätze fehlt ein „Mittelbau“ aus Ingenieuren, technischen Mitarbeitern und ausgebildeten Facharbeitern in technischen Berufen sowie eine regelmäßige Stromversorgung.

8. „Der Handel in und mit Afrika sorgt für den Aufschwung“

Leider bleibt der Warenfluß in Afrika ein wesentlicher Schwachpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung. Unzureichende oder fehlende Bahn- und Straßenverbindungen

sind das Hauptproblem beim Warentransport in Subsahara-Afrika. Hinzu kommen Hindernisse wie tagelange Abfertigung an Grenzübergängen, Korruption und Straßensperren.

Über 50 % der durchschnittlichen Endpreise von Malawis Exportgütern ergibt sich aus den Transportkosten. Nach neueren Analysen der Weltbank kommt es immer wieder zu Mangelversorgung und Nahrungsmittelkrisen in Afrika, weil Lebensmittel wie Mais und Reis aufgrund politischer und bürokratischer Hemmnisse nur eingeschränkt zwischen den Ländern transportiert werden können.

9 „Wir“ müssen die regionale Integration der afrikanischen Staaten vorantreiben.

Hohe Hürden wie Handelszölle und fehlende Infrastruktur erschweren den Warenfluß. Es ist heute einfacher, Waren aus Europa nach Angola zu importieren, als von Südafrika aus. Afrika muß wirtschaftlich an Fahrt gewinnen, die Länder müssen weit- aus enger zusammenarbeiten. Diesen Refrain kennt man, aber es ändert sich nichts. Debatten über diese wichtigen Fragen finden in Afrikas Parlamenten kaum statt. Bis heute haben die lokalen Entscheidungsträger den intraregionalen Handel vernachlässigt. Er beträgt nur 10 % des Handels in Afrika. Innerafrikanische Schranken und die Tatenlosigkeit der Machteliten kosten wichtige Marktanteile. Vereinbarungen mit den unmittelbaren Nachbarn werden – nach Untersuchungen des südafrikanischen Instituts IDASA – nicht umgesetzt. Hohe Bestechungsgelder und stundenlange Wartezeiten an Kontrollpunkten bremsen den Handel. In einer Untersuchung für die Staatschefs der Afrikanischen Union vom Januar 2012 steht: „Innerafrikanische Grenzformalitäten sind bürokratisch, kostspielig und langsam. Die Transportkosten innerhalb Afrikas sind durchschnittlich 63 Mal höher als in den Industrienationen“. Aufgrund der politischen Konflikte handeln viele afrikanische Länder heute mehr mit Europa oder den USA als mit ihren direkten Nachbarn. Ökonomische und politische Strukturen müssen stärker auf die benachbarten Regionen ausgerichtet werden und weniger auf den Weltmarkt. Dies ist aber ein endogener Prozeß, der von außen nur unterstützt werden kann.

10. „Die Industrieländer sind an den Hungersnöten in Afrika schuld“

Afrika hat alle Voraussetzungen, sein Ernährungsproblem zu lösen und könnte binnen einer Generation zum Selbstversorger werden. Für Weizen, Reis, Mais oder Sojabohnen sind viele Flächen ungeeignet. Traditionelle Getreidesorten wie etwa Hirse sowie Yams oder der Brotfruchtbaum gedeihen jedoch vorzüglich. Die afrikanischen Staaten müssen deutlich mehr gegen Hunger und Unternährung tun. Wer die Armut bekämpfen will, muß die Landwirtschaft fördern, insbesondere die Leistungsfähigkeit der Kleinbauern stärken. Es macht keinen Sinn, Lebensmittel zu importieren, die es im Land selbst gibt. 60 Prozent der potentiell landwirtschaftlich nutzbaren Fläche weltweit liegen laut Weltbank in Afrika. Obwohl es noch große Reserven an erschließbaren Agrarflächen gibt (in Afrika befinden sich 27 % aller fruchtbaren Böden der Erde), führen afrikanische Staaten jährlich Lebensmittel im Wert von 50 Milliarden US Dollar ein. In nur wenigen Ländern wird die Landwirtschaft gefördert. Die angolische Volkswirtschaft ist in allen Bereichen auf Importe angewiesen. Darunter Grundnahrungsmittel wie Reis, Eier, Gemüse (Knoblauch, Zwiebeln, Kartoffeln, Süß-

kartoffeln, Tomaten, Kohl, Mais und Maniok) und sogar Früchte (Mango, Bananen und Ananas).

Dort, wo es Hungersnöte gibt, beruhen sie vornehmlich auf sozialer Ungerechtigkeit und nicht auf dem Unvermögen, ausreichend Nahrungsmittel zu produzieren. Bis heute kann nicht von guten politischen/institutionellen Rahmenbedingungen gesprochen werden. Mangelnde Finanzinstrumente (z.B. Genossenschafts- oder Agrarbanken) ermöglichen den Kleinbauern nicht, zu klein- oder mittelständischen Unternehmen zu werden. So entstehen freilich auch keine Arbeitsplätze, die so dringend für die Beschäftigung von jungen Menschen nötig wären.

Wie viele Artikel und Bücher über den Aufstieg Afrikas sind, angetrieben von hehren Absichten, schon geschrieben worden!

In Anlehnung an Karl Kraus sage ich, man kann Afrika nicht hoch genug überschätzen. Die politischen und wirtschaftlichen Einrichtungen sind entweder Anreiz für Innovation oder ersticken sie. Letzteres geschieht in den afrikanischen Staaten.

Was uns die Völkerwanderung wirklich kosten wird

Der österreichische Fiskalrat ist eine gesetzliche Einrichtung zur Überwachung und Berechnung der Staatsschulden. Ihm obliegt es, dazu Analysen und Studien zu erstellen. Finanz-Experten haben nun im Auftrag des Fiskalrats berechnet, was uns die aktuelle Zuwanderung aus dem Orient und Afrika die nächsten Jahrzehnte kosten wird.

Es kam erwartungsgemäß nichts Erfreuliches dabei heraus: Jeder aufgenommene Asylwerber verursacht pro Kopf jährliche Kosten von 16.200 Euro. Insgesamt laufen pro Mann und Nase 277.000 Euro bis zum Jahre 2060 an. Das wird unsere Staatsschulden um gigantische 23 Milliarden Euro erhöhen.

Klares Erkenntnis der Experten: Die Zuwanderung senkt den Wohlstand. Das BIP steigt weniger stark als es sollte und notwendig wäre. Die Schulden werden deutlich mehr und damit auch der Zinsendienst. Die Leidtragenden sind die Österreicher, die das alles bezahlen müssen und nie gefragt wurden, ob sie das überhaupt auch wollen.

Das „Beste“ an der Studie ist, daß diese hier gezeigten Ergebnisse dann und nur dann erreicht werden, wenn die sogenannten Asyl-Obergrenzen halten bzw. überhaupt erst real eingeführt werden. Geschieht das nicht, könnten sich die Berechnungen als ein optimistischer Irrtum herausstellen und die wahren Kosten als noch viel höher. Jedenfalls gilt: Österreich wird bluten, soviel ist sicher.

Selbst wenn die Ankömmlinge einen samt und sonders hohen Bildungsstandard hätten und lauter Akademiker, Raketentechniker und Ärzte wären (wie man uns ja am Anfang der Migrationskrise weismachen wollte), kommen bei den Berechnungen in den nächsten Jahren nur Kosten auf den Staat zu und kein Benefit für die Gesellschaft heraus.

Jetzt fragen wir uns: Warum investieren wir diese offensichtlich verfügbaren Milliarden nicht in das Sozial- und Gesundheitssystem, sondern in eine Völkerwanderung, die niemandem etwas bringt? Warum wird dieses Geld nicht in die manifesten österreichischen Bedürfnisse investiert? Warum bezahlen wir damit nicht die fehlenden Kinderbetreuungsplätze, unterstützen bedürftige Familien und bauen unser Schulsystem aus? Warum werden damit nicht die Pensionen gestützt und die Pflege-Notstände behoben? Welcher perfide Plan und/oder welche gigantische Inkompetenz stecken hinter dieser definitiv unserem Land schadenden Krise?

Schauen wir uns die Faktenlage noch einmal genau an: Wir wissen, daß fast niemand der illegalen Migranten die Kriterien der Genfer Flüchtlingskonvention erfüllt, aber trotzdem sehr viele Leute Asyl bei uns bekommen. Wir wissen auch, daß sehr viele Migranten trotz Ablehnung des Asylantrags hier bleiben werden und in der Duldung unbefristet verharren, weil die Rückführung kaum funktioniert. Alle diese Leute werden staatlich gesponsert – vom österreichischen Steuerzahler. Von der Illegalität und Kriminalität, die die Bürger zunehmend gefährdet und ebenfalls enorme Kosten verursacht, noch gar keine Rede.

Wir wissen auch, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die aktuelle Migration und die offenen Grenzen ablehnt und wir wissen, daß von der Zuwanderung nur die Asylindustrie und ein paar linke politische Gruppierungen profitieren. Längst ist auch bekannt, daß die bei uns schon länger integrierten und für Österreich arbeitenden Migranten es für einen Fehler halten, daß wir keinen Grenzschutz haben und keine Taten gesetzt werden, der schädlichen Massenmigration Einhalt zu gebieten. Den bei uns lebenden etablierten, integrierten, legalen und willkommenen Migranten schadet nämlich die gegenwärtige ungelöste Migrationskrise noch mehr als der autochthonen Bevölkerung.

Die Einladungspolitik von Merkel und unsere im Jahre 2015 ihr brav folgende Regierung haben uns nur Nachteile gebracht. Was passiert ist und noch passieren wird, schadet Österreich ganz massiv und hilft selbst bei rosiger Betrachtung auch den Ankömmlingen nicht. Die Segregation der Gesellschaft ist bereits Alltag, daß Mißtrauen der Österreicher schon ein Normalbefund und die Befürchtungen der Bürger scheinen sich angesichts der oben dargestellten Berechnungen nun als berechtigt zu beweisen: Es wird dem Land durch die Massenmigration schlechter gehen.

Leider ist keine Änderung der Politik in Sicht, wir erleben täglich nur großtönende Ankündigungen der diversen Regierungsverantwortlichen. Taten wurden bisher kaum gesetzt. Und es scheint, daß es bis zum Regierungswechsel auch so bleiben wird. Fragt sich nur, wie lange Herr und Frau Österreicher mit dem täglichen kostenintensiven und letztlich böartigen Pflanz noch leben wollen?

Übrigens: Der öffentlich-rechtliche und zur Information verpflichtete ORF berichtete auf seiner Website von der Studie des Fiskalrates mit keiner Zeile. Das einzige Medium, das die horriblen Finanz-Szenarien auf der Titelseite brachte, war die Tageszeitung „Die Presse“. Auch das ist ein Sittenbild der österreichischen Medienlandschaft, in der einzelne große Player noch immer (oder mehr denn je) versuchen, manipulativ in die Informationsgestaltung einzugreifen.

Zukunftsvisionen.....

Die deutsche Finanzministerin Sahra Wagenknecht begrüßt den frisch angelobten österreichischen Bundeskanzler HC Strache zu Gesprächen über das Friedensprojekt EUROPA (es lebe hoch! hoch! hoch!), den kommenden EUROPA-Gipfel unter dem Motto „Haus EUROPA post Frexit/“Belgien“/Finxit“ in Brüssel/Exklave der République populaire wallonne, den Eurorettungsschirm 2.0, Griechenland-Hilfspaket VI sowie Italien-Hilfspaket I, Portugal-Hilfspaket II und die neuen Offensiven der deutschen Bundesregierung samt EU mit Kommissionschef Joschka Fischer (Ratspräsident Werner Faymann).

Auf der Tagesordnung stehen auch noch die Punkte:

Höhere Quoten für Flüchtlingsaufnahmen, EU-Benzin- und Diesel- und Heizöl- und Autogassteuer nebst Finanztransaktionssteuer, Wertschöpfungsabgabe, Maschinensteuer und Mehrwertsteuer-Erhöhung und -Harmonisierung zur Finanzierung, plus die Prio1-Projekte „Kampf gegen Rechts“, „Rettet den Borkenkäfer“, „Aktionsplan Weltklima mit Verbot von Heizpilzen, Elektrogrillern, SUVs und privater Luftfahrt“, „Körperliche Züchtigung für Schwarzarbeiter, Steuerhinterziehung und Hatespeech“, „Social Media Polizei/Interpol/Geheimdienst“, „Gender Awareness“, „Smash Sexism/PinkStinks“ und „Feminist Bikram Yoga/Dance Therapy“. und nachmittags verpflichtender Schwimmunterricht für Kinder ab 2 Jahren

Sklaven



Früher waren etliche Afrikaner, insbesondere für die weißen US Herren, die Sklaven.

Heute sind wir unsere eigenen ½ Sklaven. Viele von uns arbeiten die Hälfte des Jahres NUR für den Staat, ergo sind wir in weiten Teilen der EU, heute ½ Sklaven.

EU Parlament

Da diese Entsorgungsanstalt für abgehalfterte Politiker nichts wirklich beschließen und zum Gesetz erheben kann genügt es für einen „Entschließungsantrag“, man höre und staune, wenn ein DRITTEL der bestens bezahlten Abgeordneten **auch nur anwesend sind.**

Im Juni wurden „Finanzhilfen“ für Tunesien beschlossen, die österr. Blauen waren dagegen, sonst waren alle dafür. *Was geht die EU Tunesien an ?*



Bei den EU Vögeln hilft keine Medizin, nicht einmal Antiidiotikum, alles wirkungslos.

Wenn jemand die Galle übergeht dann soll Schwedenbitter helfen....., mein Bedarf dafür ist enorm erhöht, meine Gallenwerte auch wenn ich darn denke.

U.K. ~ EU

".....Großbritannien verläßt die EU, weil eine Mehrheit die Konstruktionsfehler der Gemeinschaft nicht länger hinnehmen wollte. Dazu hat IM Erika mit ihren Alleingängen in der Flüchtlingspolitik maßgeblich beigetragen....."

Die EU ist aus meiner Sicht das BESTE was uns Europäern passieren konnten, aber so wie sich die Dinge entwickelt haben, KANN man aus diesem Verein nur möglichst schnell austreten, welche Staaten werden jetzt noch dazu den Mut haben, in demokratischer Art und Weise, ihr Volk dazu befragen.....?

Ich liebe die Tommys dafür, auch wenn im U.K. das Essen nahezu immer ungenießbar ist.

Ein Vergleich der Brutto Jahreseinkommen

Jüngere Daten habe ich leider nicht bekommen.

Da komm Freude auf.....

Wir Österreicher sind schon etwas besonderes, wir haben die Nase einfach vorne, bei uns wird LEISTUNG und nie die Bartlänge finanziell entlohnt, da kommen andere einfach nicht mit.

Ich hoffe ich kann Euch mit meinem Enthusiasmus anstecken, wenn jemand keine nasse Tücher (mancher sagt auch Fetzen) hat, ich verkaufen, verleihe gerne....., nein nicht dafür, ach Gott wie kann man nur an so etwas denken.

Die Leihtücher dürfen nur bei Schweißausbrüchen (z.B. bei Gedanken an die Hypo Alpe Adria) und allenfalls zum Tränen ab- und aufzuwischen verwendet werden.

Hier die Leistungsschau:

David Brenner (SzbG. Finanzlandesrat bis 01/2013)		€ 196.800,-
Timothy Geithner (US Finanzminister bis 01/2013)		€ 140.000,-
Heinz Fischer (ehem. Bundespräsident)		€ 328.000,-
Barack Obama (US Präsident)		€ 296.000,-
Ewald Nowotny (Chef österr. Nationalbank)		€ 334.000,-
Ben Bernanke (Chef US Notenbank)		€ 148.000,-
Werner Faymann (ehem. Österr. Bundeskanzler)		€ 286.000,-
Angela Merkel (Deutsche Bundeskanzlerin)		€ 217.000,-
Alexander Wrabetz (Chef ORF)		€ 350.000,-
Peter Boudgoust (Chef ARD)		€ 273.000,-
.....ich denke das reicht, war das Freude genug?		

Bargeldverbot

Die Einschläge kommen näher, zuerst einmal eine Limitierung von Barzahlungen, dann die Abschaffung des 500,- € Scheins und die verbale Kriminalisierung der Bargeldverwendung durch staatsnahe prominente (Hof-) Ökonomen.

Die konzertierten Aktionen für den Umstieg auf ein reines Plastikgeldsystem nehmen fast täglich an Intensität zu. Eine grandiose Möglichkeit zur flächendeckenden Durchsetzung von Negativzinsen bei Guthaben.

Du blöder Sparer, warum hast Du dein bereit zumindest einmal hoch versteuertes Geld auch noch gespart.....

Ein (der Marktwirtschaft völlig fremder) Negativzins kann nicht ungehindert durchgesetzt werden, solange die Menschen in bares Geld flüchten‘ und sich so dem Zugriff von Zentralbanken und Fiskus wirkungsvoll entziehen.

Die Strategie des Bargeldverbotes wird sicher aufgehen, wenn sich der Widerstand der Menschen gegen den Umstieg auf ein rein virtuelles Geldsystem nicht deutlich verstärkt.

Und wer wird die Höhe der Gebühren für die Benutzung der Kreditkarten bestimmen? Es tun sich tolle Möglichkeiten auf, wie beim abkassieren an der Tankstelle, hier zahlt man auch nur wenig Geld für den Treibstoff und enorm viel an Steuer.

Eine der Möglichkeiten, über die jedermann verfügt, ist der Verzicht auf den Einsatz von Kreditkarten – auch wenn damit ein Verlust an Bequemlichkeit verbunden ist.

Von einer Reihe guter Gründe, die für den Erhalt des Bargeldes sprechen, ragt der von Fjodor Dostojewski formulierte heraus: ‚Geld ist geprägte Freiheit. ‘ In unserer Zeit des Papiergeldes müßte statt dessen von ‚gedruckter Freiheit‘ die Rede sein.

Da das Nutzen privater (kaum kontrollierbarer) Bargeld Transaktionen unmöglich ist wird sowohl von den Banken (Geschäft ist Geschäft) und vor allem von den Regierungen das total überwachbare Plastikgeldsystem forciert.

Es geht um sehr viel mehr als um die Entscheidung Bares oder Plastikgeld. **Es geht um unsere Freiheit.**

Die listigen Betreiber der Kampagne für den Umstieg auf virtuelles Geld (und dessen potentielle Nutznießer) schrecken vor keiner Desinformation zurück. Die infame Gleichsetzung „Bargeld = Kriminalität“, ist nur eine davon.

Interessant in diesem Zusammenhang ist, die Deutsche Bundesbank hat schon 2014 dem IWF-Vorschlag zugestimmt in „absoluten Ausnahmesituationen“ eine Zwangsabgabe in Höhe von 10% auf Sparguthaben zu erheben?

Die Voraussetzungen sind also längst geschaffen worden.

(Quelle). http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/01/27/bundesbank-stimmt-zwangsabgabe-auf-sparguthaben-zu/#cxrecs_s

Die 8 reichsten Herrscher Afrikas (und ihr Kontostand)

Die Menschen des afrikanischen Kontinents gelten als arm. Sie sind arm, weil die reichlich vorhandenen Rohstoffe den Kontostand der afrikanischen Herrschenden auf

ausländischen Banken, nicht aber den Lebensstandard der breiten Bevölkerung erhöhen. Die Diskrepanz zwischen Arm und Reich, zwischen Knechten und Herren, bleibt eines der größten Probleme in Afrika. Die Erfordernisse einer Modernisierung und einer Transparenz ihres politischen Handelns sind vielen Verantwortlichen in Afrika nicht im Bewußtsein. Fast überall mehrt sich Korruption. Dort, wo afrikanische Politiker, jeder auf seine Art, beliebig über die Ressourcen und die Bevölkerung des Landes verfügen, ist eine Armutsbekämpfung nicht möglich. Diese Politiker herrschen über Menschen, sie fühlen sich ihnen gegenüber nicht verantwortlich. In Afrika als Autokrat bezeichnet zu werden, ist für die meisten Politiker keine Beleidigung. In der afrikanischen Kultur ist der Gehorsam gegenüber Älteren und Chefs tief verwurzelt. In diesem kulturellen Umfeld ist eine Rechenschaftspflicht des Präsidenten schwer durchzusetzen. Für junge Afrikaner ist es schwierig, ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen und nicht bloße Beobachter des öffentlichen Lebens zu bleiben. Für die überalterten Regierenden und ihre Funktionäre beginnt die politische Partizipation mit den Wahlen, und sie endet auch mit ihnen. Diese Zementierung und Überalterung bedeutet eine zunehmende Marginalisierung der afrikanischen Jugend, zumal sie nicht einmal in Partei-Entscheidungen wirklich mit einbezogen wird. Wer sind diese Herrscher, die sich unverfroren der Reichtümer bedienen, während viele Afrikaner von zwei Dollar am Tag leben müssen?

Das britische Statistikbüro „Africaranking“ hat eine Liste der acht reichsten Präsidenten / Könige erstellt. Die Zahlen stammen aus öffentlichen Quellen und dürften deshalb eher zu niedrig angesetzt sein. Ihre genauen Vermögenswerte kennen wohl nur die Präsidenten selbst. Fast immer sind riesige Ländereien und massive Rohstoffvorkommen die Basis der Vermögen.

JOSE EDUARDO DOS SANTOS VERMÖGEN: 20 Milliarden US Dollar

Dos Santos ist seit 37 Jahren Präsident von Angola. Das Land ist neben Nigeria der größte Erdölproduzent auf dem afrikanischen Kontinent. Fast alle Staatseinnahmen stammen aus dem Rohstoffgeschäft. José Eduardo dos Santos führt das Land wie einen Familienbetrieb. Nahezu alle Schlüsselpositionen sind mit engen Verwandten des Präsidenten besetzt. Nicht selten entscheidet der Präsident selbst. Macht wird informell und über klientelistische Netzwerke ausgeübt. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch berichtet von Dutzenden Milliarden Petro-Dollars, die an der Zentralbank vorbeigeschleust wurden. Im „Forbes“-Magazin wird Peter Lewis, Professor für Afrikastudien an der Johns-Hopkins-Universität in Baltimore (USA), zitiert: „Das zentrale Problem in Angola ist die komplette Abwesenheit von Transparenz.“

Die Tochter des Präsidenten, Isabel dos Santos, wird bei Forbes mit 3,8 Milliarden gelistet. Während sie Geld mit vollen Händen ausgibt, lebt die Mehrheit der 21 Millionen Angolaner in großer Armut. Jeder dritte Erwachsene ist Analphabet, viele leben ohne Strom und sauberes Wasser. Im Index für menschliche Entwicklung der Vereinten Nationen (Human Development Index) rangiert die Nation nur auf Rang 148 von 187 analysierten Ländern.

MOHAMMED VI VON MAROKKO: 2,1 Milliarden

Der König von Marokko ist auch der bedeutendste Geschäftsmann des Landes. Er übernahm die Macht vor 17 Jahren nach dem Tode seines Vaters König Hassan II.

TEODORO OBIANG NGUEMA MBASOGO: 600 Millionen

Obiang ist seit 37 Jahren Präsident von Äquatorialguinea. Nach einem Militärputsch gegen seinen Onkel Francisco Macias Nguema übernahm er 1979 die Macht. Nach dem Putsch ließ er seinen Onkel töten. Im Zuge der allgemeinen Demokratisierung in Afrika führte er „demokratische Wahlen“ ein. Zuletzt ließ er sich mit 95,4 Prozent der Stimmen wiederwählen. Seine Partei hält 99 von 100 Sitzen im Parlament und 74 von 75 Sitzen im Senat. Mit etwa 700.000 Einwohnern ist Äquatorial-Guinea eines der kleinsten Länder Afrikas. Die ehemalige spanische Kolonie in Zentralafrika gewährt ausländischen Journalisten nur selten Einreisevisa.

Äquatorialguinea hat eine Öl-Förderung pro Kopf wie Katar. Trotz des Rohstoff-Booms leben weite Teile der Bevölkerung in Armut. Auf dem Index der menschlichen Entwicklung der Vereinten Nationen belegt das Land den 136. Platz von 187 Staaten.

UHURU KENYATTA: 500 Millionen

Kenyatta ist seit drei Jahren der vierte Präsident von Kenia. Er ist der Sohn des ersten Staatschefs, Jomo Kenyatta. Er besitzt erhebliche Ländereien und zahlreiche Unternehmen, wie die Commercial Bank, die Heritage Hotels, die Medienfirma Mediamax und den größten Molkereikonzern Ostafrikas, Brookside.

PAUL BIYA: 200 Millionen

Biya ist seit 34 Jahren Präsident von Kamerun. In diesem Land zeigt sich beispielhaft die direkte Verbindung zwischen politischer Macht und Reichtum. In Kamerun sind die Reichen nicht die Unternehmer, sondern die Günstlinge des Regimes. Die miserable Platzierung des Landes auf dem Korruptions-Index von Transparency International ist keine abstrakte Zahl, sondern wird bei jeder Bewegung im Alltag fühlbar. Eine gemeinsame Debatte über wichtige Fragen findet nicht einmal in der Regierung statt. Es gibt nämlich so gut wie keine Kabinettsitzungen mit dem Präsidenten. Er kann keine wirkliche Demokratie wollen. Er hat ein informelles Subsystem von Personenbeziehungen aufgebaut, das der Machtausübung und der Machtsicherung dient. Minister oder Präfekte erfahren ihre Ernennung oder Absetzung – zur selben Zeit alle Bürger – durch das staatliche Fernsehen CRTV. Sie wurden zuvor nicht einmal gefragt. Zu Reformen sagt Biya regelmäßig ja, ohne sie anwenden zu wollen. Seine Amtsgeschäfte führt er gern von einem Luxushotel in Genf aus. Ein Urlaub vor ein paar Jahren, den Biya mit seinem Hofstaat und der Familie im französischen La Baule verbrachte, war ausgesprochen mondän: 43 Suiten mieteten der Präsident und seine Entourage, für 800.000 Euro.

KÖNIG MSWATI III: 200 Millionen

Das Königreich Swasiland im Süden Afrikas ist mit knapp 17.400 Quadratkilometern etwa so groß wie Sachsen.

Mswati III. ist seit 31 Jahren König von Swasiland und somit Oberhaupt der letzten absolutistischen Monarchie Afrikas. Während das Volk in Armut lebt und Aids sich rasant ausbreitet, bereist der König die Welt oder pflegt seinen teuren Fuhrpark. Millionen soll er für die neuen Paläste seiner 13 Gattinnen ausgegeben haben. Hinzu kommen Privatstraßen und eine private Wasserversorgung sowie aufwendige Shoppingtouren der Königinnen in europäischen Metropolen.

Dem Monarchen gehören 25 Prozent an allen Minen des Landes. Während die königlichen Ausgaben auf 61 Millionen Dollar pro Jahr gestiegen sind, lebt die Hälfte von Mswatis Untertanen von weniger als 30 Dollar im Monat.

IDRIS DEBY: 50 Millionen

Gewaltsame Machtkämpfe sind eine Konstante in der Geschichte des Tschad. Als Sicherheitsberater des Diktators Hissene Habre erwarb sich Deby einen umstrittenen Ruf bei der brutalen Zerschlagung von Rebellenverbänden. Seit 26 Jahren ist der Ex-Militär selbst an der Macht. Frankreich schätzt ihn. Der Tschad gilt in der unruhigen Region als vergleichsweise stabil. Deby bleibt trotz Menschenrechtsverletzungen an der Macht, weil das Ausland ihn läßt – oder sogar ermutigt. Wenn es um Afrika geht, galt im Westen schon immer die Devise: Keine Experimente. Als Deby 2012 eine weitere Frau heiratete und die Kosten dieser Heirat laut französischen Medien sich auf 18 Millionen Euro beliefen, gab es keinerlei Kritik.

2003 wurde das Land fünftgrößter Ölproduzenten des Kontinents.

ROBERT MUGABE: 10 Millionen

Mugabe herrscht seit 36 Jahren über Simbabwe. Das Land ist reich an Mineralien wie Platin, Diamanten, Graphit und Gold. Von den Bodenschätzen profitieren nur wenige Simbabweer um die Familie Mugabe. First Lady Grace Mugabe beutet z.B. das außerordentlich ertragreiche Diamantenfeld von Marange nahe der Grenze zu Mosambik als Privatbesitz aus. Im Volk wird sie Gucci Grace genannt, in Anspielung auf ihren luxuriösen Lebensstil. Auf Mugabe trifft zu, was der südafrikanische Wissenschaftler Moeletsi Mbeki in seinem Buch „Architects of Poverty“ schreibt: daß die meisten Länder im südlichen Afrika noch von Parteien regiert werden, die gegen die Kolonialmacht gekämpft haben. Sie seien überzeugt davon, daß sie der Freiheitskampf berechtigt, das Land für immer zu regieren. Auch würden sie nicht akzeptieren, dem Volk gegenüber rechenschaftspflichtig zu sein. Mugabe hat Simbabwe so weit heruntergewirtschaftet, daß es inzwischen ein Land der Armut mit vierzehn Millionen teils hungernden Menschen geworden ist. Dies sind die Folgen von Repression, Korruption und zynischem Desinteresse von Mugabe an einer Daseinsvorsorge für die Bevölkerung. Es gibt unverändert unglaubliche Armut und Not. Gleichzeitig nimmt das Vermögen der Oberschicht märchenhafte Dimensionen an. Die Sunday Times vom 14. Februar 2009 berichtete, daß Mugabe in Hongkong eine Villa für 5,6 Millionen US Dollar gekauft hat. Schon deshalb dürfte die Schätzung des Vermögens durch Africaranking zu niedrig ausgefallen sein.

Seit Jahren gönnt sich Mugabe luxuriöse Feierlichkeiten zu seinem Geburtstag. Im letzten Jahr ließ er sich von tausenden Anhängern im Fünf-Sterne-Ressort „Elephant Hill Hotel“ in der Nähe der Victoria Fälle feiern. Für Mugabes großspuriges Geburts-

tagsmenü, das 1 Million Dollar kostete, wurden 100 Tiere, darunter 2 Elefanten geschlachtet. Dieses Jahr hat die Geburtstags-Zeremonie 800 000 US-Dollar (umgerechnet 715 000 Euro) gekostet.

(Die obige Info stammt von *Volker Seitz*. Er war von 1965 bis 2008 in verschiedenen Funktionen für das deutsche Auswärtige Amt tätig, zuletzt als Botschafter in Kamerun, der Zentralafrikanischen Republik und Äquatorialguinea mit Sitz in Jaunde. Er gehört zum *Initiativ-Kreis des Bonner Aufrufs zur Reform der Entwicklungshilfe* und ist Autor des Buches „*Afrika wird armregiert*“, das im Herbst 2014 in erweiterter siebter Auflage bei dtv erschienen ist.)

Nichts ist in der Regel unsozialer als der sogenannte Wohlfahrtsstaat. Solche Wohltaten muß das Volk immer teuer bezahlen, weil kein Staat seinen Bürgern mehr geben kann, als er ihnen vorher abgenommen hat - und dann noch abzüglich der Kosten einer zwangsläufig immer mehr zum Selbstzweck ausartenden Sozialbürokratie.

fmpolitics

Der Wert eines Mitbürgers
DER VERGLEICH MACHT SICHER ...

Die von einem Afghanen vergewaltigte Mutter aus Sillhöfen, Tirol, muss von **900 Euro Krankenstandsgeld** mit ihren zwei Kindern im Teenageralter durchkommen.

Für eine dreiköpfige afghanische Asylwerber-Familie stellt der Staat hingegen alleine für Unterkunft und Verpflegung **1.767 Euro pro Monat** zur Verfügung.

Österreich steckt mitten in der größten Krise der Nachkriegszeit – und es herrscht Friedhofsruhe. Wer die Probleme beim Namen nennt, wird ganz schnell in die rechte Ecke gestellt.

Warum eigentlich?

Am Mittwoch den 17.08.2016 antwortete die deutsche Bundesregierung auf eine kleine Anfrage im Parlament mit einer bisher nicht gekannter Schonungslosigkeit wie folgt:

„Als Resultat der islamisierten Innen- und Außenpolitik Ankaras hat sich die Türkei zur zentralen Aktionsplattform für islamistische Gruppierungen entwickelt“, hieß es da unter Berufung auf Geheimdienstquellen. So unterhalte das Land unter Erdogan enge Beziehungen zur ägyptischen Muslimbruderschaft, zur Hamas und den bewaffneten islamistischen Kämpfern in Syrien. Die schwarze Liste der Terrorfreunde wurde damit zumindest teilweise entschwärzt. Würde es sich nicht um Erdogan, sondern um Putin handeln, hätte der Westen längst harte Wirtschaftssanktionen verhängt. Erdogan dagegen bekommt für seine Flüchtlingsbremse einen Drei-Milliarden-Scheck der EU.

Anregung:

Vielleicht sollte man das Geld künftig direkt an die Terrorgruppen weiterleiten. Das spart zumindest Verteilungs- bzw. Überweisungskosten.....

Der fürsorgliche Staat braucht gehorsame, resignierte, verzagte, also entmündigte Bürger.

Der staatliche Eingriff kommt oft als Vorteil, Wohltat oder Ordnung daher und jeder freut sich. Doch der Dolch im Gewande heißt Entmündigung und Gängelung. Das Selbstvertrauen stirbt, das Opferbewußtsein wächst, das Warten auf den großen Beweger. Und irgendwann weigern wir uns, unser Leben selbst zu führen. So gewöhnen wir uns daran, die Preisgabe unserer Selbstbestimmung als Beitrag für das Gemeinwohl zu verstehen. Selbstwirksamkeit gedeiht nicht, wo der Staat wirkt.

„Die Stierkämpf´ ...a matte Sache. Simmering – Kapfenberg, das nenn´ i Brutalität.“

Ältere Semester werden sich noch dieses geflügelten Wortes aus dem Qualtinger-Sketch „Travnicek im Urlaub“ entsinnen. Doch Brutalität kennt – abseits von Sportarten – noch ganz andere Formen der Brutalität.

Es geht um den Umgang der Regierenden mit den Wünschen und Interessen der Bürger. Da viele autochthone Österreicher sich in wachsendem Maße von der Politik angewidert und entsprechend aufmüßig zeigen, was sich etwa darin manifestiert, daß die „Politikverdrossenheit“ im Lande stetig zunimmt, haben insbesondere die Parteien des linken Spektrums beschlossen, neue Wege des Machterhalts zu beschreiten. Die „Flüchtlingswelle“ kommt ihnen dazu wie gerufen, bietet sie ihnen doch die einzigartige Gelegenheit, den bereits zügig vorangeschrittenen Austausch der Bevölkerung (*wer´s nicht wahrhaben will, fahre einmal mit der Wiener U6 oder suche eine x-beliebige Spitalsambulanz in einer der Landeshauptstädte auf*), einen Turbolader zu verpassen.

Das Kalkül ist einfach: Wenn einem die angestammten Wähler in Scharen davonlaufen (wie das bei der Arbeiterschaft der Fall ist, die nun anstatt der Sozialisten mehrheitlich den Freiheitlichen den Vorzug gibt), müssen eben neue her. Wer wäre dafür besser geeignet, als flugs eingebürgerte Migranten, die dank weitgehenden Mangels an verwertbaren beruflichen Fähigkeiten, zu dauerhaften Klienten des Wohlfahrtsstaates und damit ihren sozialistischen Wohltätern ewig verpflichtet sein werden? Und so wimmelt es im Land der Hämmer folgerichtig von Neoösterreichern mit „Migrationshintergrund“.

Als fatal für die mit chronischer Kurzsichtigkeit geschlagenen Genossen wird sich indes erweisen, daß es nicht lange dauern kann, bis die von ihnen aufs Abgreifen des von anderen erwirtschafteten Wohlstands konditionierten Damen und Herren Zuwanderer, bundesweit agierende Migrantenparteien bilden werden, die zu ihnen in Konkurrenz treten.

In Wien existiert eine solche Partei bereits. Man braucht nicht lange zu rätseln, wo im politischen Spektrum sich Türken- und/oder Muslimeparteien auf Bundesebene positionieren werden: Da sie mehrheitlich Nettotransferbezieher vertreten, verteilungspolitisch links der Mitte. Damit wäre der Traum der Genossen vom SPÖ-Höhenflug dank orientalischer Sozialhilfebezieher auch schon wieder ausgeträumt.

Richtig ist allerdings das Kalkül der Linken, mittels Einbürgerung von Zuwanderern aus Drittweltländern bürgerliche Mehrheiten dauerhaft unmöglich zu machen. Sind es jetzt noch die einheimischen Benefiziarer des Wohlfahrtsstaates, die jede notwendige Reform der Steuer- und Sozialsysteme verunmöglichen, werden es künftig die Mitglieder der muslimischen Umma sein, die den verbliebenen bürgerlichen Kuffar die Haare von Kopf fressen und ihnen den letzten Funken von Leistungswillen austreiben.

Abseits dieser strategischen Überlegungen sind die (rot-grünen) Genossen aber auch auf taktischer Ebene nicht faul, um den realen Sozialismus voranzutreiben, was sich am hartnäckigen Kampf gegen Bürgerwünsche zeigt. Zwei Beispiele aus jüngster Zeit: Zum einen geht es um das Gefühl der Bedrohung durch gewaltbereite „Flüchtlinge“, der immer mehr Bürger dadurch Rechnung tragen, daß sie sich auf legale Weise bewaffnen. Die Zahl der Anträge auf Ausstellung einschlägiger Dokumente ist sprunghaft angestiegen. Der Waffenhandel kommt mit den Lieferungen kaum nach.

Wie reagieren die linken Parteien auf diesen Trend? Nicht, indem sie den Ursachen der Verunsicherung entgegentreten, sondern indem sie, auf vielfältige Weise, zu verhindern trachten, daß die Bürger das tun, wozu sie sich aus freien Stücken entschließen. Dazu werden verschiedenste Register gezogen – vom Verbot bestimmter Waffentypen über die Verweigerung von zum Besitz berechtigender Dokumente, bis hin zur Einführung von Waffensteuern und Verwahrungsvorschriften, die den (legalen) Waffenbesitz in prohibitiver Weise verteuern. Im realen Sozialismus kann einfach nicht sein, was nicht sein darf. Die Sicherheit wird durch den Vopo garantiert – basta.

Private Sicherheitsbemühungen sind daher zu unterbinden – nicht zuletzt auch der Sorge der Herrschenden wegen, am Ende einmal in den Lauf der Waffe eines von ihnen geknechteten Bürgers blicken zu müssen.

Das zweite Beispiel betrifft ebenfalls eine Reaktion auf einen sich zur Bürgerbewegung ausweitenden Trend: Weg vom Kassenarzt – hin zum Wahlarzt. Patienten, die keine Lust haben, sich stundenlang im Kreise mehrheitlich unerfreulicher Zeitgenossen ins Wartezimmer eines Kassenarztes zu hocken, machen zunehmend von der Möglichkeit Gebrauch, einen Doktor ihrer Wahl aufzusuchen, wo sie rasch drankommen, und in aller Regel freundlich und kompetent behandelt werden. Anschließend können sie einen Teil des Honorars von der Krankenkasse, bei der sie, oft gegen ihren Willen, zwangsweise „versichert“ sind, zurückfordern. Das ist für in der Wolle gefärbte Rote, die in der Existenz privater Angebote von Gesundheitsdienstleitungen eine nicht hinnehmbare Form der Zweiklassenmedizin erblicken, inakzeptabel. Eine Übernahme eines (ohnehin nicht übermäßig großen) Teils der Kosten dieser Ärzte ohne Kassenvertrag, soll es daher nicht mehr geben, so die Forderung.

Der daraufhin losgebrochene Sturm der Entrüstung war zu groß, um das Ansinnen weiter voranzutreiben. Es zeigt aber, wie rote Apparatschiks ticken: Jede „Flucht“ aus dem kollektiven Krankheitsverwaltungssystem wird von ihnen als Verrat betrachtet. Gleichmacherei ist für sie eben das Größte. Private Konkurrenz zum sozialistischen Einheitsbrei verhaßt. Sollten sie selbst einmal medizinischer Hilfe bedürfen, müssen sie sich ja keinesfalls mit Wartelisten herumschlagen, wie das gewöhnliche Fußvolk.

Für den roten Kanzler Kreisky war im Bedarfsfall schließlich binnen Minuten ein Spitalsbett frei – so wie jetzt für Genossin Oberhauser (Gesundheitsministerin, SPÖ) – möge sie bald genesen! Politiker haben es nicht nötig, um eigenes Geld einen Privatarzt zu konsultieren. Für sie stehen ja die vom Beitrags- und Steuerzahler finanzierten Gesundheitseinrichtungen 24 Stunden pro Tag, 365 Tage im Jahr jederzeit – und zwar prompt – zur Verfügung.

In beiden Fällen werden die taktischen Manöver der Genossen nicht zum Erfolg führen. Wer legal keine Waffe erwerben kann, besorgt sich eben schwarz eine. Und wer auf seine Gesundheit Wert legt, wird sich auch durch den Entzug eines Kostenzuschusses nicht vom Besuch eines Wahlarztes abhalten lassen.

War Goethe ein Hellseher?

Es erben sich Gesetz´ und Rechte
Wie eine ew´ge Krankheit fort;
Sie schleppen von Geschlecht sich zum Geschlechte,
Und rücken sacht von Ort zu Ort,
Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage;
Weh dir, daß du ein Enkel bist!
Vom Rechte, das mir uns geboren ist,
Von dem ist leider nie die Frage.

Mephisto (in Goethes Faust I)

**Ohne Abweichung von der Norm ist jeglicher Fortschritt
(Forschung) unmöglich.**

Warnung vor Facebook

Daß er damals wußte, was er da zusammenfrickelt, ist unwahrscheinlich. Erst Jahre später bekannte der Gründer von Facebook offenherzig: „Facebook ist das mächtigste Werkzeug zur Kontrolle der Bevölkerung, das jemals erschaffen wurde“.

Dafür müßte er theoretisch mit der CIA- Ehrenmedaille ausgezeichnet werden.

Eigentlich sollte es lediglich ein Online- Facemash werden, ein bebildertes Jahrgangsverzeichnis seines Studienjahrgangs an der Harvard University. Allerdings mit einer kleinen Erweiterung. Das Mash sollte zugleich ein Votinginstrument anbieten, um die hochgeladenen Fotos zu bewerten – ganz im Sinne von ‘Hot or Not’. Die Bilder zweier seiner Kommilitoninnen hatte er zu diesem Zweck bereits ins Netz gestellt – und bekam Prügel dafür. Danach wurde er vorsichtiger und professioneller, vor allem was das Datenschutzrecht anging. Es sollte sich lohnen. Heute verzeichnet Facebook um **die 1,1 MILLARDEN Besucher, TÄGLICH!**

Da freut sich Mr. Zuckerberg und die CIA.

Für die CIA wurde damit ein Traum wahr. Hatte sich deren Augenmerk bisher eher auf Flugtickets und Hotelrechnungen gerichtet, so hatte die ‘Firma’ nun den Zugang zu Menschen in aller Herren Länder und konnte so einen wahren Tsunami an Informationen in ihre Rechner leiten. Weltweit laden Menschen nicht nur ihr eigenes Konterfei hoch, sondern auch das ihrer Freunde und ihrer Familie. Präzise Erlebnisprofile werden von Usern wie in einem Tagebuch regelmäßig aktualisiert. Besser noch können CIA- Agenten nun persönlich mit Usern in Kontakt treten, wie beispielsweise ein Schlapphut unter dem Pseudonym ‘Agent Frank Lewis’, der ebenfalls auf Facebook ‘Freunde sucht’. Von Vorteil ist allenfalls der Umstand, daß die Agents nun völlig legal an die Informationen herankommen, ohne Drohungen, ohne Geiselnahme von Familienmitgliedern oder Erpressung mit kompromittierenden Fotos und Filmen. Zugleich jedoch steht nunmehr unwiderruflich fest, daß die CIA keineswegs hinter zwielichtigen Agenten, gefährlichen Maulwürfen und schweren Jungs her ist, sondern vor allem hinter Normalbürgern. Dies ist ein typisches Muster aller repressiven Regime. Nur Diktaturen überwachen ihre Bürger so engmaschig wie zum Beispiel seinerzeit die StaSi, nur Diktatoren haben Angst vor dem eigenen Volk.

Zuckerberg und die CIA trieben es weit mit ihrer Datensucht. Hatte man früher lediglich unterschiedliche Datensätze miteinander vernetzt, um so persönliche Beziehungen zwischen unterschiedlichen Menschen aufzudecken, so folgte 2010 die Gesichtserkennung.

Ungefähr 350 Millionen Fotos werden täglich bei Facebook hochgeladen und sofort anhand einer speziellen Software den jeweiligen Namen zugeordnet. Zu diesem Zweck hatte Facebook extra die israelische Firma Face.com übernommen. Die so gewonnen Ergebnisse fließen ein in die Kameraüberwachung öffentlicher Straßen und Plätze. Wenn Sie nicht wollen, daß Wachdienste Sie beim Einkaufen filmen, während unter ihrem Bild bereits Ihr Name, Ihr Wohn- und Geburtsort, die Namen Ihrer Kinder und weitere persönliche Details stehen, dann werden Sie sich künftig entweder auf eine ländliche Umgebung beschränken müssen oder Facebook konsequent ignorieren.

Als letzter Dolchstoß der Datenkrake folgte die Neuerung, daß alle User sich nur noch unter ihrem Klarnamen dort anmelden dürfen. Verwendet jemand ein Pseudonym oder gibt die falsche Adresse ein, kann es ihm passieren, daß er ausgesperrt wird. Facebook weiß (fast) alles, Facebook kennt heute nahezu jeden.

All diese Schnüffelei scheint den Mitgliedern offenbar zusehends auf die Nerven zu gehen. Ein Chatplace ist eine Sache, eine andere jedoch ist es, einen Großteil der Privatsphäre zu verlieren und dann auch noch das Gefühl erleben zu müssen, unter Kontrolle zu stehen. Der jüngste Coup des Unternehmens – quasi über Nacht wurden die Mail- Adressen der Mitglieder in Facebook- Mail- Adressen zwangsumgewandelt und mit diesen überschrieben.

Die User kommen nicht mehr anders als über Facebook an ihre alten Kontakte heran, Kontakte aus dem wirklichen Leben und nicht irgendwelcher virtueller Onlinefreunde.

Verständlicherweise sind manche Leute angesichts solcher Eingriffe in ihre Persönlichkeitssphäre wenig angetan. Entsprechend flachte die Zuwachskurve ab.

Erfolgsstrategien für eine moderne Verwaltungsführung

An Hand des Fallbeispiels : *"Ein totes Pferd reiten"*



Eine uralte Weisheit der Dakota-Indianer besagt:

"Wenn Du entdeckst, daß Du ein totes Pferd reitest, steig ab."

Diese Einstellung ist geprägt von Resignation und Passivität und damit kein Vorbild für uns. Na ja, was verstehen die Sioux auch schon von Pferden?

Da sind wir weiter. Wir als hochqualifiziertes Führungspersonal in der kommunalen Verwaltung haben für derartige Situationen zahlreiche erfolgsorientierte Strategien und zielführende Methoden entwickelt:

Wir sagen:

"So haben wir das Pferd doch immer geritten."

Wir weisen den Reiter an, sitzen zu bleiben, bis das Pferd wieder aufsteht.

Wir stellen dem Reiter eine Beförderung in Aussicht.

Wir ordnen Überstunden für Reiter und Pferd an.

Wir schließen mit dem Reiter eine Zielvereinbarung über das Reiten toter Pferde.

Wir gewähren dem Reiter eine Leistungsprämie, um seine Motivation zu erhöhen.

Wir schicken den Reiter auf ein Weiterbildungsseminar, damit er besser reiten lernt.

Wir organisieren regelmäßige Teamgespräche mit einem externen Supervisor, um die Kommunikation zwischen Reiter und totem Pferd zu verbessern.

Wir schlagen dem Personalrat vor, Leistungsanreize für tote Pferde einzuführen.

Wir erläutern dem Pferd, daß sein Verhalten zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen führen könnte.

Wir setzen den Reiter um und schreiben die Stelle verwaltungsintern aus.

Wir schreiben die Stelle des Reiters des toten Pferdes bundesweit aus, nachdem sich aus dem eigenen Haus kein qualifizierter Bewerber gefunden hat.

Wir besorgen eine größere Peitsche.
Wir verdoppeln die Futterration für das Pferd.

Wir wechseln den Pferdelieferanten.

Wir wechselnd den Futterlieferanten.

Wir wechselnd das Stroh im Stall aus.

Wir lassen den Stall renovieren.

Wir schließen mit dem Personalrat eine Dienstvereinbarung über den Einsatz toter Pferde in der Verwaltung.

Wir berufen einen ämterübergreifenden Arbeitskreis, um das tote Pferd zu analysieren.

Wir besuchen andere Verwaltungen, um zu sehen, wie man dort tote Pferde reitet.

Wir stellen fest, daß die anderen auch tote Pferde reiten und erklären dies zum Normalzustand.

Wir schließen uns einem interkommunalen Vergleichsring an, um entsprechend dem best-practice-Gedanken das tote Pferd zu optimieren.

Wir bringen im Rahmen des Budgets die Produkt- und die Finanzverantwortung des toten Pferdes zur Deckung.

Wir starten einen verwaltungsinternen Ideenwettbewerb zum Reiten toter Pferde.

Wir ernennen einen Verwaltungsmitarbeiter zum Beauftragten für das Toteferdewesen.

Wir beauftragen eine renommierte Beratungsfirma mit einem Gutachten, ob es billigere und leistungsfähigere tote Pferde gibt.

Das Gutachten stellt fest, daß das tote Pferd kein Futter benötigt und empfiehlt, nur noch tote Pferde zu verwenden.

Ein Ergänzungsgutachten ergibt, daß die Leistung des toten Pferdes etwa doppelt so hoch ist wie die Arbeitsleistung eines durchschnittlichen Beamten und empfiehlt die Verbeamtung des Pferdes. ("Häh???)

Wir erhöhen die Qualitätsstandards für den Beritt toter Pferde.

Wir lassen das tote Pferd nach DIN EN ISO 9001 zertifizieren.

Wir bilden eine Task Force, um das tote Pferd wiederzubeleben.

Wir stellen Vergleiche unterschiedlich toter Pferde an.

Wir ändern die Kriterien, die besagen, ob ein Pferd tot ist.

Wir schirren mehrere tote Pferde zusammen an, damit sie gemeinsam schneller werden.

Wir erklären: "Kein Pferd kann so tot sein, daß man es nicht doch motivieren könnte."

Wir beantragen Fördermittel der EU aus dem Landwirtschaftsfond für Pferdehaltung.

Alternativ schlagen wir vor, das tote Pferd als EU-Kommissar nach Brüssel zu berufen.

Wir erklären: "Wenn man das tote Pferd schon nicht reiten kann, dann kann es doch wenigstens eine Kutsche ziehen".

Wir bilden einen Qualitätszirkel, um eine Verwendung für tote Pferde zu finden.

Wir überarbeiten die Dienstanweisung für das Reiten von Pferden.

Wir richten eine unabhängige Kostenstelle für tote Pferde ein.

Wir weisen darauf hin, daß im Rahmen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements das tote Pferd als bewegliches Anlagevermögen zu bewerten ist.

Wir definieren ein eigenes Produkt "Reiten toter Pferde".

Wir erstellen eine Power-Point-Präsentation, um zu zeigen, was das Pferd könnte, wenn es denn nicht tot wäre.

Wir bilden innerhalb der Verwaltung ein neues Sachgebiet mit Integration aller toten Pferde, um Synergieeffekte zu nutzen.

Wir überlegen die Gründung einer kommunalen GmbH für tote Pferde, nachdem die Einrichtung eines optimierten Regiebetriebes bzw. eines Eigenbetriebes keinen Erfolg brachte.

Wir suchen einen finanzstarken Partner aus der Privatindustrie und gründen zusammen mit dessen toten Pferden ein Public-Private-Partnership-Projekt.

Wir tauschen das tote Pferd gegen ein anderes totes Pferd aus, das laut Produktbeschreibung schneller läuft.

Wir tauschen das tote Pferd gegen eine tote Kuh aus.

Wir erschießen alle lebendigen Pferde, um die Chancen unseres toten Pferdes zu erhöhen.

Wir kündigen nach Anhörung des Personalrates dem Pferd fristlos, da es sich um einen klaren Fall von Arbeitsverweigerung handelt.

Wir verklagen das Pferd zivilrechtlich auf Schadensersatz wegen Nichterbringung einer zugesicherten Leistung.

Wir wenden die Helmut-Kohl-Strategie an: Wir setzen uns hin und warten sechzehn Jahre, ob das Pferd sich nicht einfach nur tot stellt.

Wir wenden die Gerhard-Schröder-Strategie an: Wir schnallen dem toten Pferd einen leichteren Sattel um, damit es die Chance hat, sich wieder von selbst zu erholen.

Wir wenden die Angela-Merkel-Strategie an: Alle dürfen munter sich widersprechende Vorschläge machen und am Schluß ist der Koalitionspartner schuld, wenn das Pferd sich nicht bewegt.

Wir erklären, daß ein totes Pferd von Anfang an unser Ziel war.

Wir legen das tote Pferd bei jemand anderem in den Stall und behaupten, es sei seines.

Wir leugnen, jemals ein Pferd besessen zu haben.

P.S.: Eine weitverbreitete Handlungsmaxime in der Praxis lautet:

"Wenn Du merkst, daß Du ein totes Pferd reitest, Sorge für einen bequemen Sattel - es könnte ein langer Ritt werden!"

(Frank Menzel 2008)

.....und ich wiehere dazu.....

Es sagte... Aristoteles (384-322 v.Chr.)

„Zur Wahrscheinlichkeit gehört auch, daß das Unwahrscheinliche eintreten kann.“
.....und es trat auch ein. „Grünbello“ wurde doch Präsident.....

Trump

Es ist gut so, die Empörung der Menschen über die abgehobenen politischen Eliten steigert sich praktisch weltweit und kontinuierlich, er erhebt sich die Frage wann erfolgt der Aufstand?

Le Penn in Frankreich, der Brexit, der Zusammenbruch des Clintons-Clans in den USA, AfD in Deutschland, Hofer „Fast“ Präsident in Österreich, es sind Mahnrufe, der hoffentlich die alten Machtmechanismen bald aufbrechen und neu ordnen. Ein frischer Wind weht durch den etablierten Politikbetrieb und es ist nicht immer ein Mailüfterl.

Weltweit das Wahlvolk erweist sich immer mehr und mehr mündiger und ist in der Lage sich trotz Belehrungsversuchen und Drohszenarien durchaus ein eigenständiges Urteil zu bilden. Die Machtstruktur der Eliten ist versteinert, teilweise verrottet, ihr Besitzanspruch hat sich verselbständigt, ihre Ignoranz erweist sich als maßlos und ihr politisches Programm als egoistisch und ideologisch obsolet. Alternative, sich immer stärker formierende politische Bewegungen werden pauschal mit Kampfrhetorik überschüttet, strikt dem altbewährten Leitspruch folgend: Links ist gut und rechts ist böse.

Die Nachwehen des Bebens, das die gewohnten Verhältnisse in den USA so unverhofft über den Haufen geworfen hat, wird auch europaweit zu einer politischen Tektonik führen, selbst wenn sich die Alteingesessenen noch an ihre Macht klammern, ihre Pfründe zu retten, und nicht begreifen, daß es einfach auf Dauer unmöglich ist an den Wünschen der Wähler vorbei zu regieren.

Die von der heutigen Elite als politische Außenseiter belächelten Parteien werden beginnend ab 2017 das Gesicht Europas nachhaltig verändern.

Ausblick für 2017

Besser wird es nicht werden, mit einem Wort, jeder sollte versuchen das Beste aus seiner jeweiligen Situation heraus machen.....und frommer *guter Zuspruch von Freunden ist immer willkommen!*

Some remarks for my English speaking friends

Left-wing politicians take away your liberty in the name of children and of fighting poverty, while right-wing politicians do it in the name of family values and fighting drugs. Either way, government gets bigger and you become less free. (Harry Browne)

That government is best which governs not at all"

The oppressed are allowed once every few years to decide which particular representatives of the oppressing class are to represent and repress them. (Karl Marx)

GREAT TRUTHS

1. In my many years I have come to a conclusion that one useless man is a shame, two is a law firm, and three or more is a congress. **John Adams**
2. If you don't read the newspaper you are uninformed, if you do read the newspaper you are misinformed. **Mark Twain**
3. Suppose you were an idiot. And suppose you were a member of Congress. But then I repeat myself. **Mark Twain**
4. I contend that for a nation to try to tax itself into prosperity is like a man standing in a bucket and trying to lift himself up by the handle. **Winston Churchill**
5. A government which robs Peter to pay Paul can always depend on the support of Paul. **George Bernard Shaw**
6. A liberal is someone who feels a great debt to his fellow man, which debt he proposes to pay off with your money. **G. Gordon Liddy**
7. Democracy must be something more than two wolves and a sheep voting on what to have for dinner. **James Bovard**, Civil Libertarian (1994)
8. Foreign aid might be defined as a transfer of money from poor people in rich countries to rich people in poor countries. **Douglas Case**, Classmate of Bill Clinton at Georgetown University.
9. Giving money and power to government is like giving whiskey and car keys to teenage boys. **P.J. O'Rourke**, Civil Libertarian
10. Government is the great fiction, through which everybody endeavors to live at the expense of everybody else. **Frederic Bastiat**, French economist (1801-1850)
11. Government's view of the economy could be summed up in a few short phrases: If it moves, tax it. If it keeps moving, regulate it. And if it stops moving, subsidize it. **Ronald Reagan** (1986)
12. I don't make jokes. I just watch the government and report the facts. **Will Rogers**
13. If you think health care is expensive now, wait until you see what it costs when it's free! **P. J. O'Rourke**
14. In general, the art of government consists of taking as much money as possible from one party of the citizens to give to the other. **Voltaire** (1764)
15. Just because you do not take an interest in politics doesn't mean politics won't take an interest in you! **Pericles** (430 B.C.)

16. No man's life, liberty, or property is safe while the legislature is in session. **Mark Twain** (1866)
17. Talk is cheap, except when Congress does it. **Anonymous**
18. The government is like a baby's alimentary canal, with a happy appetite at one end and no responsibility at the other. **Ronald Reagan**
19. The inherent vice of capitalism is the unequal sharing of the blessings. The inherent blessing of socialism is the equal sharing of misery. **Winston Churchill**
20. The only difference between a tax man and a taxidermist is that the taxidermist leaves the skin. **Mark Twain**
21. The ultimate result of shielding men from the effects of folly is to fill the world with fools. **Herbert Spencer**, English Philosopher (1820-1903)
22. There is no distinctly Native American criminal class, save Congress. **Mark Twain**
23. What this country needs are more unemployed politicians. **Edward Langley**, Artist (1928-1995)
24. A government big enough to give you everything you want is strong enough to take everything you have. **Thomas Jefferson**
25. We hang the petty thieves and appoint the great ones to public office. **Aesop**

The FIVE BEST SENTENCES

1. You cannot legislate the poor into prosperity, by legislating the wealthy out of prosperity. *In my mind the substance of each GREEN Party*
2. What one person receives without working for, another person must work for without receiving.
3. The government cannot give to anybody anything that the government does not first take from somebody else.
4. You cannot multiply wealth by dividing it. *Oh Union, please think.....*
5. When half of the people get the idea that they do not have to work, because the other half is going to take care of them, and when the other half gets the idea that it does no good to work, because somebody else is going to get what they work for, that is the beginning of the end of any nation!

A MESSAGE FROM THE QUEEN

To the citizens of the United States of America from Her Sovereign Majesty Queen Elizabeth II

In light of your failure in recent years to nominate competent candidates for President of the USA and thus to govern yourselves, we hereby give notice of the revocation of your independence, effective immediately. (You should look up 'revocation' in the Oxford English Dictionary)

Her Sovereign Majesty Queen Elizabeth II will resume monarchical duties over all states, commonwealths, and territories (except North Dakota, which she does not fancy).

Your new Prime Minister, David Cameron, will appoint a Governor for America without the need for further elections.

Congress and the Senate will be disbanded. A questionnaire may be circulated next year to determine whether any of you noticed.

To aid in the transition to a British Crown dependency, the following rules are introduced with immediate effect:

1.

The letter 'U' will be reinstated in words such as 'colour,' 'favour,' 'labour' and 'neighbour.' Likewise, you will learn to spell 'doughnut' without skipping half the letters, and the suffix '-ize' will be replaced by the suffix '-ise.' Generally, you will be expected to raise your vocabulary to acceptable levels. (look up 'vocabulary').

2.

Using the same twenty-seven words interspersed with filler noises such as 'like' and 'you know' is an unacceptable and inefficient form of communication. There is no such thing as U.S. English. We will let Microsoft know on your behalf. The Microsoft spell-checker will be adjusted to take into account the reinstated letter 'u' and the elimination of '-ize.'

3.

July 4th will no longer be celebrated as a holiday.

4.

You will learn to resolve personal issues without using guns, lawyers, or therapists. The fact that you need so many lawyers and therapists shows that you're not quite ready to be independent. Guns should only be used for shooting grouse. If you can't sort things out without suing someone or speaking to a therapist, then you're not ready to shoot grouse.

5.

Therefore, you will no longer be allowed to own or carry anything more dangerous than a vegetable peeler. Although a permit will be required if you wish to carry a vegetable peeler in public.

6.

All intersections will be replaced with roundabouts, and you will start driving on the left side with immediate effect. At the same time, you will go metric with immediate effect and without the benefit of conversion tables. Both roundabouts and metrication will help you understand the British sense of humor.

7.

The former USA will adopt UK prices on petrol (which you have been calling gasoline) of roughly \$10/US gallon. Get used to it.

8.

You will learn to make real chips. Those things you call French fries are not real chips, and those things you insist on calling potato chips are properly called crisps. Real chips are thick cut, fried in animal fat, and dressed not with catsup but with vinegar.

9.

The cold, tasteless stuff you insist on calling beer is not actually beer at all. Henceforth, only proper British Bitter will be referred to as beer, and European brews of known and accepted provenance will be referred to as Lager. South African beer is also acceptable, as they are pound for pound the greatest sporting nation on earth and it can only be due to the beer. They are also part of the British Commonwealth – see what it did for them. American brands will be referred to as Near-Frozen Gnat's Urine, so that all can be sold without risk of further confusion.

10.

Hollywood will be required occasionally to cast English actors as good guys. Hollywood will also be required to cast English actors to play English characters. Watching Andie Macdowell attempt English dialect in *Four Weddings and a Funeral* was an experience akin to having one's ears removed with a cheese grater.

11.

You will cease playing American football. There is only one kind of proper football; you call it soccer. Those of you brave enough will, in time, be allowed to play rugby (which has some similarities to American football, but does not involve stopping for a rest every twenty seconds or wearing full kevlar body armour like a bunch of nancies).

12.

Further, you will stop playing baseball. It is not reasonable to host an event called the World Series for a game which is not played outside of America. Since only 2.1% of you are aware there is a world beyond your borders, your error is understandable. You will learn cricket, and we will let you face the South Africans first to take the sting out of their deliveries.

13.

You must tell us who killed JFK. It's been driving us mad.

14.

An internal revenue agent (i.e. tax collector) from Her Majesty's Government will be with you shortly to ensure the acquisition of all monies due (backdated to 1776).
15.

Daily Tea Time begins promptly at 4 p.m. with proper cups, with saucers, and never mugs, with high quality biscuits (cookies) and cakes; plus strawberries (with cream) when in season.

God Save the Queen!

PS:

Only share all this with friends who have a good sense of humour (NOT humor)!